

# Tätigkeitsbericht

Direktion der Institutionen  
und der Land- und  
Forstwirtschaft

—

2013



**Direction des Institutions, de l'agriculture et des forêts**  
DIAF  
**Direktion der Institutionen und der Land- und**  
**Forstwirtschaft ILFD**

---

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat.....</b>	<b>3</b>		
1.1	Tätigkeit des Generalsekretariats .....	3		
1.2	Gesetzgebung.....	7		
1.3	Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten .....	7		
1.4	Aussenbeziehungen.....	9		
<b>2</b>	<b>Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) .....</b>	<b>10</b>		
2.1	Bereich Zivilstandswesen.....	10		
2.2	Bereich Einbürgerungen.....	11		
<b>3</b>	<b>Amt für Gemeinden (Gema) .....</b>	<b>13</b>		
3.1	Tätigkeit.....	13		
3.2	Kommissionen und Arbeitsgruppen.....	15		
<b>4</b>	<b>Amt für Landwirtschaft (LWA) .....</b>	<b>16</b>		
4.2	Tätigkeiten der Kommissionen .....	23		
4.3	Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden .....	24		
4.4	Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche.....	24		
4.5	Landwirtschaftliche Pacht .....	24		
4.6	Viehhandelspatente.....	24		
4.7	Besondere Ereignisse .....	24		
<b>5</b>	<b>Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen .....</b>	<b>24</b>		
5.1	Einleitung .....	24		
5.2	Tätigkeit .....	25		
<b>6</b>	<b>Amt für Wald, Wild und Fischerei.....</b>	<b>40</b>		
6.1	Wald .....	40		
6.2	Jagd, Wild und Fischerei.....	47		
<b>7</b>	<b>Oberämter.....</b>	<b>50</b>		
7.1	Oberamt männerkonferenz .....	50		
7.2	Oberamt des Saanebezirks .....	50		
7.3	Oberamt des Sensebezirks .....	53		
7.4	Oberamt des Greyerzbezirks .....	56		
7.5	Oberamt des Seebezirks .....	58		
7.6	Oberamt des Glanebezirks .....	60		
7.7	Oberamt des Broyebezirks.....	66		
7.8	Oberamt des Vivisbachbezirks .....	69		
7.9	Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik).....	71		
<b>8</b>	<b>Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg.....</b>	<b>72</b>		
8.1	Tätigkeit und besondere Ereignisse..	72		
8.2	Berufsbildungen .....	72		
8.3	Milchwirtschaft.....	73		
8.4	Dienstleistungen .....	74		
8.5	Betriebe.....	74		
<b>9</b>	<b>Nutztierversicherungsanstalt (Sanima)</b>	<b>76</b>		
<b>10</b>	<b>Personalbestand.....</b>	<b>76</b>		

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

Staatsrätin, Direktorin: **Marie Garnier**

Generalsekretäre: **Peter Maeder, Samuel Russier**

---

## 1.1 Tätigkeit des Generalsekretariats

Im Rahmen der Gesetzgebung, mit deren Umsetzung sie beauftragt ist, hat die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) die Entscheide in ihrem Zuständigkeitsbereich gefällt, insbesondere in den Bereichen Zivilstandswesen, Aufsicht über die Gemeinden, Förderung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produkte, Tätigkeiten zur Erhaltung der Waldfläche, zur Förderung von Holz und Holzbau, zur Aufsicht über Fauna und Flora sowie im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Veterinärwesens.

Das Generalsekretariat hat seinerseits gemäss Artikel 50 des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates in seiner Funktion als Stabstelle Unterstützungsaufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktion wahrgenommen, vor allem indem es an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkte. Es untersuchte und prüfte für die Staatsrätin, Direktorin zahlreiche Geschäfte, die dem Staatsrat unterbreitet wurden, vor allem Geschäfte aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

### 1.1.1 Umsetzung der Kantonsverfassung

Zur Erinnerung, im Tätigkeitsbericht des Staatsrats für das Jahr 2011 war festgehalten, dass die 2004 vom Staatsrat geschaffene Projektorganisation 2011 aufgelöst worden ist und die zuständigen Direktionen nun direkt gegenüber dem Staatsrat für die noch zu realisierenden Projekte verantwortlich sind. Für die ILFD betrifft dies die Schaffung einer Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten und die Festlegung der Wahlkreise.

Was die **Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten** betrifft, so hat die ILFD zur Umsetzung der Herausforderung 7, Baustelle 4 des Regierungsprogramms beigetragen: «Entwicklung und Anwendung des Konzepts einer Ombudsstelle in der Verwaltung».

Betreffend die **Festlegung der Wahlkreise** hat die ILFD zur Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 7 des Regierungsprogramms beigetragen: «Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen».

### 1.1.2 Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

Die Delegation des Staatsrats, der die Direktorin der EKSD, der Direktor der SJD und die Direktorin der ILFD (Präsidium) angehören, hatten sich gewünscht, die neuen Religionsgemeinschaften im Verlaufe des Herbstes zu treffen. Doch angesichts des Rücktritts von Staatsrätin Isabelle Chassot war dies nicht vor der Vereidigung und dem Amtsantritt ihres Nachfolgers möglich. Die mit den Vertretern der muslimischen und orthodoxen Gemeinschaften vorgesehenen Treffen werden im Februar 2014 stattfinden.

Die ILFD führt im Übrigen das Sekretariat der kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge. 2013 ist die kantonale Kommission zweimal zusammengetreten. Die Phase der Umsetzung von neuen Seelsorge-Einrichtungen (Rahmenvereinbarungen und Leistungsvereinbarungen) für Anstalten, die direkt dem Staat unterstellt sind, geht mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung am Interkantonalen Spital der Broye dem Ende zu.

2014 wird eine eingehende Bilanz der Tätigkeit der Anstaltsseelsorge von den Mitgliedern der katholischen und reformierten Kirche in Zusammenarbeit mit den in den verschiedenen Sektoren der Anstaltsseelsorge tätigen Personen ausgearbeitet werden. Die Rahmenvereinbarung über die Ausübung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Seelsorge in den staatlichen Anstalten ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten und wurde über eine anfängliche Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Sie wird stillschweigend für fünf Jahre verlängert, wenn sie nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Daher muss diese Auswertung vor Ende 2014 abgeschlossen sein. So können sich die Parteien der Rahmenvereinbarung auf diese Bilanz stützen, um über eine allfällige Kündigung der Vereinbarung zu entscheiden.

---

### 1.1.3 Territoriale Strukturen und Wahlkreise

Was die **Förderung der Gemeindezusammenschlüsse** und die **Aufgabentflechtung zwischen Staat und Gemeinden** betrifft, so hat die ILFD zur Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 6 des Regierungsprogramms beigetragen: «Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen».

Parallel zum laufenden Prozess der Gemeindezusammenschlüsse hat die ILFD eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die den Auftrag hat, die spezifische Frage zu prüfen zur Verbindung der Agglomeration Freiburg und der Fusionsprojekte, die gleichzeitig Mitglied- und Nichtmitgliedgemeinden der Agglomeration betreffen. Diese Arbeitsgruppe, der Vertreter des Staates, des Oberamts Saane, der Agglomeration und der betroffenen Gemeinden angehören, prüft namentlich mögliche Anpassungen der Finanzierung der Agglomeration Freiburg, um die Ausdehnung des Agglomerationsperimeters im Rahmen von Gemeindefusionen zu fördern.

### 1.1.4 Zivilstandswesen und Einbürgerungen

Im Rahmen der Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 7 des Regierungsprogramms «Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen» haben die ILFD und das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen mit den Arbeiten zur Neuorganisation der Zivilstandskreise begonnen.

Das Jahr 2013 war im Übrigen vom Umzug des Zivilstandsamts Saane an die Rue de l'Abbé-Bovet in Freiburg geprägt und dem neu für Ziviltrauungen zur Verfügung gestellten oberen Saal im Gutenbergmuseum, in Zusammenarbeit mit dem Museum.

### 1.1.5 Gemeinden

Nebst den Arbeiten für die Erfüllung der Herausforderung 6 des Regierungsprogramms, namentlich im Bereich der Gemeindezusammenschlüsse und der Aufgabentflechtung, hat die ILFD mit der Auswertung des interkommunalen Finanzausgleichssystems begonnen, das seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist. Die erste Auswertung ist im Laufe des Jahres 2014 vorgesehen. Ende 2013 wurden erste Kontakte, namentlich mit dem Freiburger Gemeindeverband, aufgenommen, um die Gruppe zu bilden, die für dieses Dossier zuständig ist.

### 1.1.6 Landwirtschaft

**Agrarpolitik 2014-2017:** Nachdem National- und Ständerat in der Frühjahrsession die Anpassungen im Landwirtschaftsgesetz genehmigt hatten, folgte die Vernehmlassung des Verordnungspaketes. Der Kanton Freiburg hat sich in seiner Stellungnahme für eine möglichst einfache Umsetzung eingesetzt, was nur teilweise gelungen ist. Ende Oktober hat der Bundesrat die definitiven Verordnungen publiziert und per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Die verschiedenen Ämter und dabei insbesondere das Amt für Landwirtschaft waren gefordert, die Anwendung der neuen Agrarpolitik auf der Basis der provisorischen Verordnungstexte vorzubereiten, damit deren Umsetzung überhaupt per 1. Januar 2014 möglich wurde. Dies galt unter anderem auch für das neue Kollektivprogramm für Landschaftsqualitätsbeiträge. Eine Arbeitsgruppe der Direktion hat kantonale Richtlinien erarbeitet und parallel dazu zwei Projekte begleitet, eines in der Region Intyamou - La Jogne (Naturpark Gruyère Pays d'Enhaut) sowie ein interkantonales Projekt in der Broye.

**Agroscope Liebefeld Posieux ALP:** Der Grosse Rat genehmigte im März einen Studienkredit von 4,2 Millionen Franken für den Bau eines oder mehrerer Gebäude zur Verlegung von ALP vom Standort Bern-Liebefeld an den Standort Posieux. Daraufhin wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kantonalen Hochbauamt und dem Bundesamt für Bauten und Logistik ein Architekturwettbewerb gestartet. 31 Projekte haben am Wettbewerb teilgenommen. Die Projektauswahl erfolgt im Februar 2014. Für das gesamte Gelände ALP und LIG wurde zudem im Vorfeld des Wettbewerbs ein Masterplan mit einer Mobilitätsvorstudie erstellt und bearbeitet.

**Hofdüngerweisungen:** Zusammen mit der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat die Direktion beschlossen, die 2011 in Kraft gesetzten Hofdüngerweisungen aufzuheben. Dies nicht zuletzt weil das Bundesamt für Umwelt und das Bundesamt für Landwirtschaft im Dezember 2012 ein Modul der Vollzugshilfe für den Umweltschutz in der Landwirtschaft veröffentlicht hatten. Ziel dieses Dokuments ist ein schweizweit koordinierter und einheitlicher Vollzug des Bundesrechts. Es deckt genau den Inhalt der Weisungen vom 12. Dezember 2011 ab

---

und relativiert deren Bedeutung. Die involvierten Ämter der beiden Direktionen setzten aber ihre enge Zusammenarbeit in den Bereichen Information, Beratung und Vollzug fort.

**Aktionsplan Biolandwirtschaft:** In enger Zusammenarbeit mit Bio Freiburg wurde ein Aktionsplan Biolandwirtschaft erarbeitet. Weitere Partner (Bio Suisse, Forschungsinstitut für biologische Landwirtschaft, Freiburger Bauernverband, AGRIDEA, Prokana) waren ebenfalls beteiligt. Bis 2020 soll die Anzahl der Biobetriebe im Kanton Freiburg von heute 140 auf über 200 ansteigen. Für die Umsetzung des Aktionsplans hat das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve die Federführung.

#### 1.1.7 Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

**Lebensmittelgesetz:** In der Frühlingssession behandelten die eidgenössischen Räte die Revision des Lebensmittelgesetzes. Die Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit des Nationalrates beantragte, die Kosten für die Fleischkontrollen vollumfänglich den Kantonen zu übertragen, was für den Kanton Freiburg eine Mehrbelastung von rund 3 Millionen Franken zur Folge gehabt hätte. Die Direktion setzte sich für die heutige Praxis (die Kostenübernahme grösstenteils weiterhin den Schlachtbetrieben zu belasten) ein, und hatte Erfolg.

**Tuberkulose:** Die Entdeckung epidemischer Herde von Rindertuberkulose im Kanton Freiburg im März hat das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und insbesondere den Sektor Tiergesundheit über mehrere Monate stark gefordert. In der Schweiz wurde letztmals 1959 ein Fall von Rindertuberkulose diagnostiziert. Rund 4500 Tiere wurden untersucht. In enger Zusammenarbeit mit der kantonalen Nutztierversicherungsanstalt SANIMA konnte die Krise bewältigt werden. 2014 ist eine umfassende Nachkontrolle aller 2013 getesteten Tiere geplant.

#### 1.1.8 Wald und Wild

**Waldrichtplanung:** Die Erarbeitung eines kantonalen Waldrichtplanes soll in einem partizipativen Prozess realisiert werden. Eine Steuerungsgruppe des Amts für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) hat den Prozess zusammen mit externen Planungsbüros definiert. Die Umsetzung erfolgt im Wesentlichen 2014.

**Wildruhezonen:** Im Gebiet La Berra wurde eine Wildruhezone eingerichtet. Einerseits war die Schaffung einer solchen Zone Teil der Kompensationsmassnahmen für die Erteilung der Konzession für den Betrieb der neuen Bergbahn „Kombibahn La Berra“, andererseits ist diese Zone auch ein Pilotprojekt für den Kanton.

**Reorganisation Amt für Wald, Wild und Fischerei:** Mit der Zusammenführung der Sektoren Jagd und Fischerei zu einem Sektor Fauna, Biodiversität, Jagd und Fischerei wurde die erste Etappe der Reorganisation abgeschlossen. Der neue Sektorchef ist damit direkter Vorgesetzter aller Wildhüter.

#### 1.1.9 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Der Leistungskatalog der verschiedenen Verwaltungseinheiten wurde gemäss den entsprechenden Anweisungen aktualisiert.

#### 1.1.10 Deponie La Pila

Die Arbeiten im Rahmen der Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila (Hauterive FR) wurden gleichzeitig auf mehreren Ebenen fortgeführt:

In Zusammenhang mit dem Sanierungsprojekt gemäss der Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (AltIV), das im Dezember 2010 vom Konsortium für die Sanierung der Deponie La Pila beim Amt für Umwelt (AfU) eingereicht wurde, konnten die Bauherren im Frühling 2013 zu den Ergebnissen des Gutachtens Stellung nehmen, das im Auftrag der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion von einem im Bereich der Erdwissenschaften spezialisierten öffentlichen französischen Institut erstellt wurde, und im Besonderen zu den 30 darin enthaltenen Empfehlungen. Auf dieser Grundlage hat das AfU einen Aktionsplan für die kommenden Jahre erstellt. Dieser Aktionsplan sollte klarstellen, ob allfällige zusätzliche Abklärungen und Untersuchungen nötig sind, oder sogar neue Lösungswege im Hinblick auf die Sanierung des Standorts vorschlagen.

Vor Ort konnten die im Juli 2011 begonnenen vorbereitenden Massnahmen für die Sanierung 2013 quasi abgeschlossen werden. Die Arbeiten beinhalteten namentlich Erdarbeiten am Ufer und die Reinigung des Saanebetts in unmittelbarer Nähe zur Deponie zwischen einer 2013 errichteten Spundwand und dem Wasserlauf. Diese Arbeiten

wurden in enger Zusammenarbeit mit Groupe E durchgeführt und erfolgten teilweise unter dem Schutz eines flexiblen Vorhangs, um eine erneute Mobilisierung der verschmutzten Sedimente zu verhindern. 2014 müssen noch rund 1750 m<sup>3</sup> Aushubmaterial abgeführt werden.

Parallel zu diesen beiden Hauptelementen wurden die Überwachung und die Monitoringmassnahmen der Deponie und der Saane (einschliesslich der Fische) gemäss den genehmigten Programmen (Mehrjahresprogramm) weitergeführt.

### 1.1.11 Politische Rechte

Auf Antrag der ILFD erliess der Staatsrat im Hinblick auf die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg für die für 2013 vorgesehenen Urnengänge die folgenden Beschlüsse.

#### Eidgenössische Abstimmungen

- > Beschluss vom 18. Dezember 2012 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 3. März 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik;
  - > Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei»;
  - > Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG).
- > Beschluss vom 18. März 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 9. Juni 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»;
  - > Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG).
- > Beschluss vom 25. Juni 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 22. September 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»;
  - > Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG);
  - > Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) – Öffnungszeiten von Tankstellenshops.
- > Beschluss vom 1. Oktober 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 24. November 2013, über folgende Vorlagen:
  - > Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 – Für gerechte Löhne»;
  - > Volksinitiative vom 21. Juli 2011 «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»;
  - > Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG).

#### Kantonale Wahlen

- > Beschluss vom 25. Juni 2013 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Ergänzungswahl in den Staatsrat vom Sonntag, 22. September 2013

### 1.1.12 Streitsachen

Die Direktion beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d. h. vor allem Entscheide des Amts für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amts für Landwirtschaft, des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Amts für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist. 2013 wurden folgende Streitsachen behandelt:

Art	behandelt	hängig
1 Beschwerdeentscheide	24	12
2 Haftpflichtfälle	0	2
3 Ausstandsentscheide	9	1

<b>Art</b>	<b>behandelt</b>	<b>hängig</b>
4 Erstinstanzliche oder Einspracheentscheide	16	13
5 Aufsichtsbeschwerden	4	2
6 Aufsicht BGV	416	0
7 Personalwesen	2	0
8 Verschiedenes	1	0

Acht von der Direktion gefällte Beschwerdeentscheide sind bei höheren Instanzen hängig.

## 1.2 Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind im Folgenden in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) aufgelistet:

### 1.2.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 19. März 2013 über die Gewährung eines Studienkredits für den Bau eines oder mehrerer Gebäude zur Verlegung von Agroscope ALP-Haras vom Standort Bern-Liebefeld an den Standort Posieux
- > Dekret vom 19. Juni 2013 über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung – Unverzüglicher Abbruch der Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL)
- > Gesetz vom 9. Oktober 2013 über den Zusammenschluss der Gemeinden Cerniat und Charmey
- > Gesetz vom 14. November 2013 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden

### 1.2.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 19. Februar 2013 über das Waldreservat Les Marais-de-Courtes-Poses, Gemeinde Vuissens
- > Verordnung vom 26. März 2013 über die Sömmerungsbedingungen
- > Verordnung vom 16. April 2013 über die Prämien und Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- > Verordnung vom 16. April 2013 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Nutztiersversicherung
- > Verordnung vom 23. April 2013 über die Prämien der Sanima und die Höchstbeträge des Schätzwerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 23. Mai 2013 über die Schutzzone der Belegstation Dent-de-Lys
- > Zivilstandsreglement (ZStR) vom 1. Juli 2013
- > Verordnung vom 7. Oktober 2013 über den interkommunalen Finanzausgleich im Jahr 2014 (IFAV 2014)
- > Verordnung vom 11. November 2013 über die Wildruhezone La Berra
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 18. Dezember 2013 zur Änderung der Verordnung über die Reben und den Wein

## 1.3 Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten

### 1.3.1 Jugendrat

Gemäss dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 ist die ILFD für die administrative Betreuung des Jugendrats (JR) des Kantons Freiburg zuständig. 2013 war der JR wenig aktiv. Am 16. November hat die ILFD den Rat neu bestellt. Dazu hat sie 16 Mitglieder ernannt, darunter ein Drittel deutschsprachige. Das Mandat dauert zwei Jahre (November 2013 bis November 2015) und ist erneuerbar. Alle Bezirke sind vertreten. Am 14. Dezember 2013 wurde Julien Heckly, aus Grandvillard, zum neuen Präsidenten des Jugendrats gewählt.

---

### 1.3.2 Behörde für Grundstückverkehr

Präsident: **Henri Nuoffer**

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

#### 1.3.2.1 Tätigkeit

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 13 (14) Plenarsitzungen (102 (229) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (597 (411) Präsidialentscheide) behandelt.

##### 1.3.2.1.1 Bäuerliches Bodenrecht (BGBB)

Die BGV hat 560 (521) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 307 (266) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB);
- > 152 (165) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht;
- > 65 (60) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB);
- > 6 (8) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB);
- > 30 (22) die Feststellung von landwirtschaftlichem Gewerbe (Art. 7 BGBB).

##### 1.3.2.1.2 Landwirtschaftliche Pacht (LPG)

Die BGV hat 65 (50) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 14 (15) eine Verkürzung der Pachtdauer;
- > 18 (7) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses;
- > 2 (3) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 28 (24) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 3 (1) Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins. In 6 Fällen hat sie den Pachtzins gesenkt.

In 4 (3) Fällen wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

### 1.3.3 Verwaltung der Staatsreben

Verwalter: Peter Maeder wurde zum neuen Verwalter der Staatsreben ernannt und trat am 1. April 2013 die Nachfolge von Jacques Clément an.

#### 1.3.3.1 Tätigkeit

Die Verwaltung der Staatsreben (VSR) verwaltet die Rebgrüter des Staates und übernimmt den Absatz und den Verkauf der weinbaulichen Erzeugnisse. Sie sorgt für die Erhaltung des Weinbauerbes des Kantons Freiburg und kontrolliert die Arbeiten an den Reben und in den Weinkellern. Aufgabe der VSR ist vor allem die Verwaltung des Lagerbestandes und der Verkäufe sowie die Buchhaltung.

#### 1.3.3.2 Besondere Ereignisse

In der Domaine des Faverges befindet sich ein Teil des Rebgrutes, d. h. 6 Hektaren, seit 2013 in Umstellung zum Biobetrieb, um ab dem Jahrgang 2015 das «Knospe»-Label zu erhalten. Im Berichtsjahr wurden die Freiburger Staatsweine mit diversen Auszeichnungen gewürdigt:

- > Der Pinot Noir «Vully Etat de Fribourg» 2012 erhielt anlässlich des Wettbewerbs «Sélection des Vins du Vully» über alle Rebsorten gesehen die Bestnote.
- > Der Chasselas 2012 der Domaine des Faverges erhielt eine Silbermedaille am Grand Prix du Vin Suisse.



- > Der Merlot 2011 der Domaine des Faverges erhielt ebenfalls eine Silbermedaille am Grand Prix du Vin Suisse.
- > Und der Pinot Noir 2012 der Domaine des Faverges wurde am Mondial du Pinot mit Silber ausgezeichnet.

### 1.3.3.3 Ergebnisse der Weinlese der beiden Gebiete

Die speziellen klimatischen Bedingungen mit einem kalten und feuchten Frühling wirkten sich sowohl im Lavaux als auch im Vully nachteilig auf die Erntemengen für das Jahr 2013 aus. Die Ernte 2013 entspricht rund 2/3 der Ernten aus den Vorjahren, während die Verkäufe stabil geblieben sind.

<b>Ernte - Faverges</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Faverges weiss	52 310 l	73 100 l	77 000 l
Ogoz (nur weisse Trauben)	7 330 l	12 500 l	12 600 l
Faverges rot	25 440 l	40 870 l	42 960 l
<b>Ernte - Vully</b>			
Etat de Fribourg weiss	7 050 l	11 450 l	9 700 l
Château de Mur weiss	9 450 l	17 700 l	11 200 l
Etat de Fribourg rot	4 100 l	5 200 l	5 200 l
Château de Mur rot	6 950 l	9 450 l	8 150 l

## 1.4 Aussenbeziehungen

### 1.4.1 Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ)

Diese Konferenz hat 2013 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > den Transfer des informatisierten Standesregisters an den Bund – Transfermodalitäten
- > die Annahme des Budgets für die Schaffung einer einheitlichen Plattform für Zivilstandsdokumente für alle Kantone
- > die Annahme des Voranschlags 2014

### 1.4.2 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren

Diese Konferenz hat 2013 dreimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > die Verordnungsentwürfe des Bundes über die neue Agrarpolitik (AP 2014-2017)
- > den Gewässerraum

### 1.4.3 Konferenz der kantonalen Forstdirektorinnen und -direktoren

Diese Konferenz hat 2013 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > die Waldgesetzrevision im Rahmen der Umsetzung der Waldpolitik
- > die Organisation und die Entwicklung der Konferenzen der Forstdirektorinnen und -direktoren und der Jagddirektorinnen und -direktoren

### 1.4.4 Konferenz der kantonalen Jagddirektorinnen und -direktoren

Diese Konferenz hat 2013 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > die Änderung der Jagdverordnung
- > die Grossraubtiere – Entwicklung/Strategie
- > die gegenseitige interkantonale Anerkennung – Ausbildung und Nachweise

## 2 Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)

Amtsvorsteher: **Jean-Pierre Coussa**

Im Verlauf des Jahres 2013 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) mit folgenden Geschäften befasst:

### 2.1 Bereich Zivilstandswesen

#### 2.1.1 Tätigkeiten der zentralen Dienste

<b>Zivilstandsurkunden mit Auslandbezug</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2006, ZStV)	1439	1612
Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV)	153	94
Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an die Fremdenpolizei (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst)	2027	2150
Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen	27	36

<b>Eheschliessungen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren von Ausländerinnen und Ausländern (Art. 16 ZStV)	184	347
zurückgezogene Eheschliessungsverfahren	7	9

<b>Eingetragene Partnerschaften</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Prüfung der Akten im Hinblick auf eine eingetragene Partnerschaft	4	4
zurückgezogene eingetragene Partnerschaften	0	1

<b>Anerkennungen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV)	36	66

<b>Zivilstandsänderungen</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV)	30	54
verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst	65	77

<b>Bearbeitung von Adoptionsakten (Art. 264 ff. ZGB)</b>		
bewilligt durch die ILFD	20	21
zurückgezogene Gesuche	0	1

<b>Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):</b>		
bewilligt durch das ZEA	218	188
zurückgezogene Gesuche	13	25

## Bürgerrecht

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) und des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) wurden folgende Tätigkeiten hinsichtlich der Zivilstandskontrolle (Überprüfung von Dokumenten und der Identität, Klärung der Abstammung) ausgeführt:

	2013	2012
<b>Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht</b>		
nach Art. 21, 23 und 58 BüG	18	5
nach Art. 21 BRG	12	5
ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG)	511	486
erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG)	506	545
erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a, und 31b BüG)	13	10
erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a, und 58c BüG)	54	69
Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG)	18	1
Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton (Art. 27 BRG)	0	4
Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 10 und 42 BüG)	1	0
Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG)	2	12
Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	9	1

<b>Verschiedenes</b>	<b>2013</b>	<b>2012</b>
Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV)	33	46
Suche nach einem Familienmitglied	11	8

### 2.1.2 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2013 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

	2013	2012
Geburten	2365	2498
Anerkennungen	764	736
Eheschliessungen	1238	1288
Todesfälle	1803	1763
Ehescheidungen	579	652
Eingetragene Partnerschaften	14	14
Auflösungen von eingetragenen Partnerschaften	3	5
Namenserklärungen	663	213

## 2.2 Bereich Einbürgerungen

2013 registrierte das ZEA insgesamt 1110 (1026) neue Dossiers.

### 2.2.1 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 372 (268) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Albanien	1	Luxemburg	3
Angola	7	Malta	2
Äthiopien	4	Marokko	11
Bangladesch	1	Mazedonien	21
Belgien	14	Nepal	1
Bolivien	2	Niederlande	2
Bosnien-Herzegowina	12	Nigeria	5
Brasilien	6	Peru	1
Burundi	6	Philippinen	1
Chile	7	Polen	2
China	2	Portugal	76
Demokratische Republik Kongo	22	Ruanda	7
Deutschland	20	Rumänien	10
Elfenbeinküste	1	Russland	5
Eritrea	1	Schweden	4
Frankreich	75	Serbien	30
Griechenland	9	Somalia	9
Guinea	8	Spanien	22
Irak	11	Sri Lanka	11
Iran	4	Thailand	2
Irland	7	Togo	5
Italien	43	Tunesien	7
Kanada	6	Türkei	21
Kapverden	1	Ukraine	2
Kolumbien	1	Ungarn	2
Kongo	3	Uruguay	1
Kosovo	80	Venezuela	1
Kroatien	5	Vereinigtes Königreich	4
Kuba	1	Vietnam	5
Libanon	2	Weissrussland	1
		Schweizer Staatsangehörige	1

169 (96) dieser 372 (268) Gesuche wurden von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 636 (369) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d. h. 372 (197) Ausländerinnen und Ausländer mit 100 (59) ausländischen Ehegatten und 164 (113) ausländischen Kindern.

### 2.2.2 Feierlicher Empfang für neu eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer

2013 organisierte das Amt 4 offizielle Empfänge, an denen die neu eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer und Freiburgerinnen und Freiburger sich vor einem Vertreter des Staatsrats dazu verpflichteten, der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung treu zu sein.

---

Diese Empfänge fanden an folgenden Daten und Orten statt:

- > 15. Januar 2013 an der Orientierungsschule des Seebezirks in Murten: 122 neu Eingebürgerte
- > 23. April 2013 an der Orientierungsschule des Glanebezirks in Romont: 160 (101) neu Eingebürgerte
- > 5. Juli 2013 an der Orientierungsschule des Broyebezirks in Domdidier: 198 (150) neu Eingebürgerte
- > 9. Oktober 2013 an der Orientierungsschule des Greyerzbezirks in Bulle: 144 (118) neu Eingebürgerte

### 2.2.3 Kantonsbürgerrecht

Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 1 (5) Schweizer Staatsangehörigen durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 12 (4) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 20 (9) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

### 2.2.4 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 518 (286) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

403 (226) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

115 (60) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a und 58c BüG) oder die nicht in die Einbürgerung eines Elternteils einbezogen werden konnten (Art. 31a und 31b BüG).

### 2.2.5 Wiedereinbürgerungen

9 (6) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

### 2.2.6 Nichtigklärungen

4 (15) erleichterte Einbürgerungen wurden nach der Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

8 (10) Fälle von Gesetzesmissbrauch und missbräuchlicher Eheschliessung wurden dem Bundesamt für Migration gemeldet.

## 3 Amt für Gemeinden (GemA)

Amtsvorsteher: **Gérald Mutrux**

---

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, namentlich:

- > die Verordnung vom 7. Oktober 2013 über den interkommunalen Finanzausgleich, mit der das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG) für das Jahr 2014 umgesetzt wird. Die neuen Parameter finden sich im Anhang der Verordnung;

- 
- > die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Gemeindefinanzen, das das neue Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) für die freiburgischen Gemeinden einführt; es wurde eine Projektgruppe gebildet, die den Auftrag hat, die Empfehlungen der Finanzdirektorenkonferenz zum HRM2 zu prüfen;
  - > das Gesetz vom 9. Oktober 2013 über den Zusammenschluss der Gemeinden Cerniat und Charmey (neue Gemeinde: Val-de-Charmey). Dieser Zusammenschluss trat am 1. Januar 2014 in Kraft;
  - > das Gesetz über die Gemeinden wurde am 14. November 2013 teilrevidiert. Die Revision betraf die Möglichkeit für Mitgliedsgemeinden eines Gemeindeverbands, die Gesamtheit ihrer Stimmen von einer Person vertreten zu lassen, sofern sie dies möchten und es die Verbandsstatuten erlauben. Der geänderte Artikel 115 des Gesetzes über die Gemeinden ist am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Ausserdem wurde das Amt auf informeller Basis in die Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten einbezogen, was gelegentlich mit beträchtlichem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war.

### 3.1.2 Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle

Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voranschläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2012 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

### 3.1.3 Ausarbeitung der Finanzlage der Gemeinden

Das Amt hat für alle Gemeinderechnungen den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die üblichen Finanzindikatoren ausgearbeitet. Es wurde ausserdem häufig von den Gemeinden für Beratungen zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, zu Indikatoren, zur gesetzlichen Verschuldungskontrolle, zu Budgetanalysen und zur Rechnungsprüfung angefragt.

### 3.1.4 Berechnung des interkommunalen Finanzausgleichs

Das Amt hat die Steuerpotenzialindizes (Ressourcenausgleich) und die synthetischen Bedarfsindizes (Bedarfsausgleich) der 163 Gemeinden (Stand am 1. Januar 2014) berechnet, sowie die Beträge für die beitragspflichtigen Gemeinden und die vom Ressourcenausgleich begünstigten Gemeinden und die Beträge für alle vom Bedarfsausgleich begünstigten Gemeinden.

### 3.1.5 Finanzierungsbewilligungen

Das Amt hat 127 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

### 3.1.6 Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse

Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und den Betroffenen mitgeteilt. Gegebenenfalls hat es auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung oder Aufhebung von Steuerfüssen über 100 % der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

### 3.1.7 Statistiken

Die statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt. Gewisse statistische Daten stehen im Übrigen auf der Website des Amts für Gemeinden zur Verfügung.

### 3.1.8 Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten

Das Amt kontrollierte bei 12 Statuten von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht entsprechen. Es bereitete in diesem Zusammenhang die Genehmigungsgesuche zuhanden der zuständigen Behörden vor.

---

### 3.1.9 Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen

Das Amt hat 132 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die ILFD zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

### 3.1.10 Ausarbeitung von Revisionsformularen

Das Amt stellt die folgenden Formulare zur Verfügung: «Periodische Kontrolle der Bilanzwerte» und «Rechnungsprüfungsformular für die Revisionsstellen». Diese Formulare werden regelmässig auf den neuesten Stand gebracht.

### 3.1.11 Rechtliche Auskünfte

Das Amt wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

### 3.1.12 Ausbildungskurse

Die Arbeiten betreffend die interkantonale französischsprachige Ausbildung BE-NE-JU-FR-VD-GE-VS der Gemeindeschreiber wurden im Jahr 2013 weitergeführt. In Anbetracht dessen, dass dieser Bildungslehrgang nun alle Westschweizer Kantone einschliesslich Bern umfasst, war seine fünfte Ausgabe mit einer Namensänderung verbunden: er heisst nun «Formation romande des cadres communaux FR2C». Das Fach Gemeinderecht im zweiten Modul wird seinerseits in gemeinsamem Unterricht erteilt, was die allgemeinen Erläuterungen betrifft, und gesondert, was die kantonalen Besonderheiten angeht. Zwei Mitarbeiter des Amts haben an den Kursen mitgewirkt, die den Besonderheiten des Kantons Freiburg gewidmet waren.

## 3.2 Kommissionen und Arbeitsgruppen

- > Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- > Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- > Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- > Kommission für Schulbauten;
- > Arbeitsgruppe «Kantonales Konzept der präklinischen Notfallversorgung»;
- > Arbeitsgruppe «Agglomeration-Fusionen»;
- > Kommission für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals der Gemeinden des Sense- und des Seebezirks;
- > Arbeitsgruppe «Umfassende Politik zugunsten Betagter – Senior+»;
- > Arbeitsgruppe «Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime»;
- > Interkantonale Koordinationsgruppe HRM2;
- > Paritätisches Organ für die Finanzierungsstudie der Feuerwehrstützpunkte – FriFire SP;
- > Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Gesetzesvorentwurfs zur Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden;
- > erweiterte Arbeitsgruppe für die Umsetzung der Gesetzgebung über die Geoinformation;
- > Steuergruppe für die Revision des Gesetzes über die Schulzahnpflege und -prophylaxe;
- > Arbeitsgruppe für die Vorbereitung eines Gesetzesvorentwurfs über die Mehrwertabgabe;
- > Projektgruppe für die Ausarbeitung eines Harmonisierten Rechnungsmodells für die Freiburger Gemeinden;
- > Projektgruppe Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden.

## 4 Amt für Landwirtschaft (LwA)

Amtsvorsteher: **Pascal Krayenbuhl**

### 4.1.1 Beitragswesen

Das Amt ist mit der Verwaltung der Direktzahlungen des Bundes und der spezifischen kantonalen Beiträge beauftragt. In der folgenden Tabelle sind die Beiträge aufgeführt, die gewährt wurden.

Bundesbeiträge:

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Fr.	
Flächenbeiträge	2668	(2723)	88 307	(88 231)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2387	(2447)	37 069	(38 910)
Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerten Produktionsbedingungen	1529	(1558)	20 253	(20 315)
Allgemeine Hangbeiträge	1278	(1296)	3039	(3064)
Hangbeiträge für Rebflächen	13	(13)	25	(19)
Total der allgemeinen Direktzahlungen			148 693	(150 539)
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	2602	(2655)	7857	(7512)
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1000	(995)	2380	(2238)
Beiträge für den biologischen Landbau	150	(141)	1451	(1286)
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1478	(1478)	6263	(6088)
Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2210	(2245)	14 234	(14 267)
Beiträge für Sömmerungs- und Hirtenbetriebe	599	(607)	8146	(8117)
Beiträge Gewässerschutz	67	(66)	407	(619)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	655	(571)	792	(679)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	1073	(866)	2 338	(1 885)
Beiträge für die Luftreinhaltung	31	(25)	514	(357)
Total der Ökobeiträge			44 382	(43 048)
Ackerbaubeiträge			5277	(4976)
Total Bundesbeiträge			198 352	(198 563)
<b>Kantonsbeiträge</b>				
Sömmerungsbeiträge	48	(50)	210	(210)
Beiträge Gewässerschutz	67	(66)	110	(134)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	655	(571)	198	(170)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	1073	(866)	584	(471)
Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	66	(57)	90	(64)
<b>Total Kantonsbeiträge</b>			<b>1192</b>	<b>(1049)</b>



2013 ist der RGVE-Beitrag für Milchkühe von 450 Franken/GVE auf 425 Franken/GVE gesunken. Die Anzahl Betriebe mit Direktzahlungen geht weiterhin zurück (-55).

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche befindet sich in der Endphase. Die Gemeinde Villaz-St-Pierre wurde 2013 kontrolliert und es wurde eine Konsultation zu den Plänen durchgeführt.

Gemäss Artikel 24 der Verordnung über Sömmerungsbeiträge hat das Amt 29 Sömmerungsbetriebe nach den Vorgaben des Bundes kontrolliert.

Die kantonalen Sömmerungsbeiträge basieren auf dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 bzw. dem dazugehörigen Reglement vom 27. März 2007, in dem die Bedingungen für die Gewährung der Beiträge festgelegt sind. Die kantonale Hilfe wird mit dem Ziel gewährt, die Verwertung der Käseproduktion im Sömmerungsgebiet zu fördern. Für das Jahr 2013 stand ein Betrag von 210 000 Franken zur Verfügung. Dieser Betrag wurde entsprechend den an den Sömmerungsorten erzeugten und zur Vermarktung bestimmten Produktionsvolumen auf 48 Empfänger verteilt. Im Jahr 2013 betrug das Gesamtvolumen 3 083 785 kg Milch, was 6,8 Rappen pro Kilo Milch entspricht.

#### 4.1.2 Anerkennung von Betrieben

2013 sind 49 Entscheide über die Anerkennung von Betrieben, bzw. die Widerrufung der Ankerkennung gefällt worden. 8 Betriebsgemeinschaften wurden gebildet und 11 aufgelöst, 12 Betriebszweiggemeinschaften wurden gebildet und 11 aufgelöst und 7 neue einfache Betriebe wurden anerkannt.

#### 4.1.3 Strukturhilfen

##### 4.1.3.1 Agrarsubventionen

#### Vom Kanton subventionierte Arbeiten, Gewährung

Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2013 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen.

	<b>Anrechenbarer Kostenvoranschlag Fr.</b>	<b>Kantonale Beiträge Fr.</b>
Güterzusammenlegungen	8 911 257	2 769 857
Alpwege und Hofzufahrten	5 063 197	1 436 911
Wasserversorgungen	2 878 325	386 084
Andere Bodenverbesserungen*	2 635 000	658 750
Landw. Bauten und Sennereien	64 165 000	5 800 000
Total 2013	83 652 779	11 051 602
Total 2012	47 372 486	8 199 018

\* Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken

Die kantonalen Beiträge für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone belaufen sich auf 743 700 Franken für 18 Fälle.

Die Gesamtsumme der Beiträge, die im Jahr 2013 unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen zugesichert wurden, beläuft sich auf 785 450 Franken bei einem anrechenbaren Kostenvoranschlag von 5 127 950 Franken, was 42 Projekten oder Etappen entspricht.

## Vom Bund subventionierte Arbeiten, Zusicherungen

Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung der im Jahr 2013 zugesicherten Bundesbeiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 299 248
Alpwege und Hofzufahrten	1 803 797
Wasserversorgungen	1 154 864
Andere Bodenverbesserungen	720 500
Landw. Bauten und Sennereien	2 672 000
<b>Total der Bundesbeiträge an den Kanton im Jahr 2013:</b>	<b>7 650 409</b>
2012	7 238 502

## Im Jahr 2013 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Kantonale Beiträge Fr.	Bundesbeiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	1 835 814	1 907 769
Alpwege und Hofzufahrten	1 318 746	1 533 828
Wasserversorgungen	999 804	1 269 914
Andere Bodenverbesserungen	630 474	732 589
Landw. Bauten und Sennereien	4 113 639	3 259 421
Hofdüngeranlagen	-	-
Total 2013	8 898 477	8 703 521
Total 2012	8 594 077	8 291 093

Am 31. Dezember 2013 befanden sich 26 (20) Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamts für Landwirtschaft.

Die pro Rubrik ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten unterschiedlich ausfallen können.

## Im Jahr 2013 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2013	676 105
Total 2012	1 050 955

## Stand der Verpflichtungen nach Unternehmensart

Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2013 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	3 243 370
Alpwege und Hofzufahrten	1 904 701
Entwässerungen	488 000
Wasserversorgungen	900 725
Andere Bodenverbesserungen	62 000
Landw. Bauten und Sennereien	4 919 000
Hofdüngeranlagen	0
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2013	11 517 796

	Fr.
Am 31. Dezember 2012	10 468 812

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2013 auf 978 168 Franken.

**Güterzusammenlegungen.** In Lécheltes wurde eine Körperschaft gegründet. Zwei Körperschaften hielten ihre Auflösungsversammlung in Villarepos und Villarvolard ab.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

**Alpwege und Hofzufahrten.** Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten zur Verfügung gestellt wurden, sind 2013 im Vergleich zu den beiden Vorjahren gestiegen. Die Nachfrage der Gemeinden nach Wiederinstandstellungen von Feldwegen steigt deutlich an.

**Wasserversorgungen.** Unter dieser Rubrik werden nach wie vor zahlreiche Beitragsgesuche gestellt. 2013 wurden 14 Projekte unterstützt.

**Andere Bodenverbesserungen.** 2013 wurden 1 Bewässerungsprojekt und 2 Projekte zur Wiederinstandsetzung von Entwässerungen subventioniert. Die Fortführung bestehender Projekte und die Unterstützung von Landwirten, die verpflichtet sind, qualitativ gute Lebensmittel zu produzieren, sind für die Aufrechterhaltung einer dynamischen Landwirtschaft unabdingbar.

**Landwirtschaftliche Bauten und Sennereien.** Die am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen erlauben es, einzelne landwirtschaftliche bauliche Elemente zu subventionieren (z. B. Ställe, Schuppen). Seither konnten so gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden.

Der Kanton hat im Berichtsjahr 18 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert (8 im Jahr 2012).

#### 4.1.3.2 Fonds für Bodenverbesserungen

**Geldverkehr.** Einnahmen:

	Fr.
Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik	
3425/3510.002	500 000.--
jährliche Zinsen von 1 %	16 712.20
Zahlungen der Grundbuchämter	4 679 297.45
Total der Einnahmen	5 496 009.65

Ausgaben:

	Fr.
Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/4021.001	4 679 297.45
Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/4510.002	675 000.--
Vermögensrückgang	158 287.80
Total der Ausgaben	5 496 009.65

#### 4.1.3.3 Investitionskredite

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2013

Zweck	Beträge Fr.
Starthilfen	6 452 000
Bau von Wohnhäusern	1 112 000

<b>Zweck</b>	<b>Beträge Fr.</b>
Umbau von Wohnhäusern	2 843 000
Betriebskäufe durch Pächter	0
Bau von Hühnerställen	1 434 000
Bau von Gewächshäusern	187 000
Bau von Ökonomiegebäuden	7 411 000
Umbau von Ökonomiegebäuden	3 845 000
Schuppen, Garagen und Geschäfte	706 000
Wohn- und Ökonomiegebäude	623 000
Diversifizierung	1 195 000
Jauchegruben und Misthaufen	17 000
Kleine gewerbliche Betriebe	0
<b>Total 2013</b>	<b>25 825 000</b>
Total 2012	16 060 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 11,9 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 175 680 Franken.

Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2013

<b>Zweck</b>	<b>Beträge Fr.</b>
Gemeinsamer Kauf landwirtschaftlicher Maschinen	365 000
Für die Milchwirtschaft bestimmte Gebäude	3 299 000
Verarbeitungs- und Lagergebäude	0
Gemeinschaftsanlagen zur Energieerzeugung aus Biomasse	0
Wasserversorgungen und -verteiler	469 000
Wege, Strassen	390 000
<b>Total 2013</b>	<b>4 523 000</b>
Total 2012	4 276 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 8,1 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 266 050 Franken.

#### 4.1.3.4 Betriebshilfen

Darlehen 2013

<b>Zweck</b>	<b>Beträge Fr.</b>
Umschuldung bestehender Schulden	144 000
Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis	390 000
<b>Total 2013</b>	<b>534 000</b>
Total 2012	1 958 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 9,2 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 89 000 Franken.

#### 4.1.3.5 Kantonaler Landwirtschaftsfonds

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2013

<b>Zweck</b>	<b>Beträge Fr.</b>
--------------	--------------------

Zweck	Beträge Fr.
Verschiedene Bau- und Renovierungsarbeiten (Wohn- und Ökonomiegebäude, landw. Anlagen)	3 046 000
Kauf von Land und landw. Heimwesen	1 918 000
Verwertungsbetriebe	0
Alpwege	0
<b>Total 2013</b>	<b>4 964 000</b>
Total 2012	6 950 000

#### 4.1.4 Raumplanung

Zu folgenden Gesuchen wurden im Jahr 2013 Stellungnahmen abgegeben:

- > 57 (63) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen in der Landwirtschaftszone und 16 (24) Gesuche in der Bauzone, dazu 97 (92) direkt von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche, die die Berechnung der Raumeinheiten oder verschiedene landwirtschaftliche Anlagen betrafen;
- > 351 (323) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Hühnerställen, Plastiktunnels, Siedlungsgehöften, Alphütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben;
- > 97 (88) Dossiers über die Revision oder Änderung von Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

#### 4.1.5 Umwelt- und Naturschutz

##### 4.1.5.1 Bodenschutz

**Baubewilligungen.** Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz nahm das Amt Stellung zu 150 (134) Baubewilligungsgesuchen für die Landwirtschaftszone betreffend Arbeiten mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden.

**Pfluglose Saat.** In Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006 hat das Amt Beiträge an 66 (57) Landwirte für eine Fläche von 332 ha, betreffend 204 Parzellen, für insgesamt 87 000 (63 740) Franken ausgerichtet.

**Erosion.** Die Arbeitsgruppe Erosion, die Ende 2006 um 4 Vertreter aus der Landwirtschaft erweitert wurde, ist 2013 zweimal zusammengetreten. Für die Erosionserhebung sind die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen zuständig. Es wurden 8 Fälle von Erosion gemeldet. Es wurde kein Mehrjahresplan gemäss dem kantonalen Verfahren erstellt.

##### 4.1.5.2 Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) haben 655 (571) Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 990 000 (849 000) Franken erhalten. 1073 (866) Betrieben wurde ein Bonus von 2 922 000 (2 356 000) Franken für die Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen (ÖAF) ausgerichtet. 2013 wurden 5 (4) neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Insgesamt bestehen nun 39 Vernetzungsprojekte. Die Direktzahlungsverordnung sieht für 2014 für ökologische Vernetzungen eine Finanzierung vor, die zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Kanton übernommen wird (Vernetzung und Qualität).

##### 4.1.5.3 Gewässerschutz

In Anwendung des Gewässerreglements vom 21. Juni 2011 (GewR) hat das Amt 66 (66) Landwirten Entschädigungen ausbezahlt, die Böden der Projekte in Avry, Neyruz, Middel, Courgevaux, Fétigny, Domdidier, Lurtigen und Gurmels bewirtschaften. Für die Nitratprojekte wurden Beiträge von insgesamt 516 487 (519 154) Franken entrichtet. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen (21,2 % des Gesamtbetrags), die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt werden, beläuft sich auf 109 598 (107 891) Franken; der restliche Betrag wird vom Bund übernommen.

#### 4.1.5.4 Luftreinhaltung

Es wurde ein Ressourcenprojekt Ammoniak nach den Artikeln 77a und b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft mit dem Titel «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet und am 2. Juni 2009 unterzeichnet. Bis Ende 2013 waren 14 (12) Gesuche für Schleppschlauchverteiler, 6 (5) Gesuche für Abdeckungen offener Jauchebehälter, 7 (4) Gesuche für die Fütterung von Schweinen mit stickstoffarmem Futtermittel und 6 (4) Gesuche für einzelbetriebliche Projekte eingegangen. 33 (25) Projekte für einen Betrag von 507 543 (353 703) Franken zu Lasten des Bundes sind abgerechnet worden. Die Gesamtinvestitionen betragen 755 955 (522 855) Franken.

#### 4.1.6 Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Zucht und Weinbau

##### 4.1.6.1 Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Der Kanton trägt zur Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der freiburgischen Landwirtschaft bei durch:

- > Finanzhilfen für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- > Unterstützungsbeiträge;
- > Veranstaltungen;
- > Studien und vorbereitende Arbeiten.

In diesem Rahmen hat der Kanton für 24 Projekte Hilfen entrichtet und namentlich 350 000 Franken an die «Vereinigung zur Förderung der Produkte aus dem Freiburgerland», die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausbezahlt.

##### 4.1.6.2 Rindviehzucht

2013 hat der Kanton 466 670 Franken (inkl. 50 000 Franken für die Holstein Championship 2013) für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht gewährt. Hinzu kommen 600 000 Franken für den Absatz von Schlachtvieh über die Freiburgische Viehverwertungsgenossenschaft.

Die Bezirksklubs und -vereine erhielten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von Veranstaltungen, wie die regionalen Ausstellungen, sowie für die Förderung von Hochleistungskühen. Die Unterstützung für die Analysen der Milchqualität wurde beibehalten, um die Qualität der freiburgischen Produkte zu fördern.

Folgende zwei Grossanlässe im Kanton Freiburg erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton:

- > Zuchtstiermarkt: 60 000 Franken.
- > JUNIOR-EXPO Bulle: 40 000 Franken.

Das Amt wirkte bei der Organisation der European Holstein & Red Holstein Championship 2013 mit. Die Veranstaltung war ein Erfolg, sowohl aus der Sicht der Zucht, als auch der Organisation. In Anbetracht dieser Veranstaltung fand die Expo-Bulle dieses Jahr ausnahmsweise nicht statt.

##### 4.1.6.3 Pferdezücht

2013 hat der Kanton 38 550 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Pferdezücht gewährt.

##### 4.1.6.4 Schweine-, Schaf- und Ziegenzücht

2013 hat der Kanton 85 510 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Kleinviehzucht gewährt.

Die kantonale Unterstützung für das Jahr 2013 belief sich auf 68 280 Franken für die Schaf- und Ziegenzücht und auf 17 230 Franken für die Schweinezücht. Die Hilfe für die Schweinezücht beschränkt sich ausschliesslich auf den Beitrag für den Gesundheitsdienst.

#### 4.1.6.5 Weinbau

Die Rebfläche des Kantons Freiburg beläuft sich auf 115,9 ha (116,1 ha).

Für die Weinlese 2013 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der ILFD vom 27. Juni 2013 wie folgt festgesetzt:

	<b>Produktions- beschränkung</b>	<b>Mindestzuckergehalt (Öchslegrad)</b>
<b>Vully</b>		
Chasselas:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	64°
andere weisse Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°
Pinot noir:	1,000 kg/m <sup>2</sup>	75°
andere rote Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°
<b>Cheyres</b>		
weisse Rebsorten:	1,250 kg/m <sup>2</sup>	62°
rote Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°

Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC). Die gesamte Weinlese 2013 der Weinberge Vully und Cheyres erfüllt die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Die Erträge der Weinlese 2013 lagen deutlich unter den Ergebnissen der vergangenen 10 Jahre. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen beträgt für alle Rebsorten zusammen 803 776 kg. Was die Qualität betrifft, so war der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt leicht tiefer als im Vorjahr. Trotz der schwierigen meteorologischen Bedingungen während der Vegetationszeit war der Gesundheitszustand der Traubenernte gut.

#### 4.2 Tätigkeiten der Kommissionen

**Landwirtschaftskommission.** Die Landwirtschaftskommission hat eine Sitzung abgehalten.

**Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft.** Die Kommission hat 9 Plenarsitzungen abgehalten.

**Rekurskommission für Bodenverbesserungen.**

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 1. Januar 2013	0
Eingereichte Angelegenheiten	im Jahr 2013	0
Gefällte Entscheide	im Jahr 2013	0
Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2013	0

**Kommission für Grundstückerwerb.** Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2013 insgesamt 14-mal zusammen, 5-mal im Plenum und 9-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- > 7 das Tiefbauamt (TBA)
- > 4 andere Stellen der Staatsverwaltung
- > 7 die Gemeinden
- > 2 die Pfarreien/Pfarrpründe

**Pflanzenschutzkommission.** Die Kommission hat eine Sitzung abgehalten. Sie wurde vom Pflanzenschutzdienst der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau in Grangeneuve über den Stand der Pflanzengesundheit im Berichtsjahr informiert.

**Kommission für die Degustation von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung.** Sie ist zweimal zusammengetreten.

---

### 4.3 Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 65 172 Franken ausbezahlt (2012: 67 128). Davon wurden 34 020 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Einige Schadenfälle werden zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr gemäss der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

### 4.4 Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG) werden örtliche Landwirtschaftsverantwortliche eingesetzt, die den Auftrag haben, auf lokaler Ebene bei der Ausführung der Verwaltungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Am 31. Dezember 2013 waren im ganzen Kanton 150 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

### 4.5 Landwirtschaftliche Pacht

Das Amt ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es im Jahr 2013 18 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 4 Pachtverträge für Grundstücke des Staates, von Gemeinden oder der Kirche. Gegen 18 Pachtverträge, oder 100 % der behandelten Verträge, erhob es Einsprache.

### 4.6 Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 52 Viehhandelspatente und 12 Vermittlerpatente abgegeben.

Zwei Kandidaten haben am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersversicherungsanstalt (Sanima), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Verordnung vom 23. April 2013 über die Prämien der Sanima für die jährliche Versicherungsperiode fest.

### 4.7 Besondere Ereignisse

Die vom Grossen Rat genehmigten Massnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft wurden 2013 zu Ende gebracht. Das Amt konnte die Massnahme Nr. 24 «Revitalisierung der Alpwirtschaft» abschliessen, die zum Bau eines Reifungskellers für Alpkäse in Charmey und zur Sanierung von über 50 Käseproduktionsstandorten auf den Alpen beigetragen hatte.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der PA 14-17 haben das Amt stark in Anspruch genommen.

## 5 Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Amtsvorsteher und Kantonstierarzt: **Dr. Grégoire Seitert**

Stellvertretender Amtsvorsteher und Kantonschemiker: **Dr. Jean-Marie Pasquier**

---

### 5.1 Einleitung

Das Jahr 2013 war für das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) von zwei grossen Ereignissen geprägt: der Rindertuberkulose und der Verschmutzung von Trinkwassernetzen.

Zudem gab es 2013 erneut einen Skandal im Lebensmittelbereich: Pferdefleisch war in Lebensmitteln als Rindfleisch deklariert worden (z. B. Lasagne). Dieser Skandal brachte einen grossangelegten Betrug in Europa im Bereich Fleischprodukte zu Tage. In der Schweiz führten die Kontrollorgane rasch Probenahmen und Analysen durch und



---

teilten die Ergebnisse mit. Dieses Phänomen war in unserem Land jedoch von geringem Ausmass. Dieser Skandal hat gezeigt, wie wichtig die Überwachung und die Rückverfolgbarkeit sind.

Ende 2012 hat das LSVW eine Software (LIMSOPHY) für die Kontrolle (Inspektion, Probenahme, Analyse) von Lebensmitteln in Betrieb genommen, die alle Westschweizer Kantone gemeinsam nutzen. 2013 konnten die vielen Vorteile dieser Lösung festgestellt werden. Es zeigten sich jedoch auch Schwachpunkte, die verbessert werden müssen. Diese Software ermöglicht eine bessere Kenntnis der Kontrolltätigkeiten in Echtzeit; sie trägt dazu bei, dass strategische Optionen im Kontrollbereich festgelegt und die Methodik in den sechs Westschweizer Kantonen vereinheitlicht werden können.

Die Bau-/Renovationsarbeiten des zukünftigen EVA-Gebäudes (Environnement, Eau, Vétérinaire, Alimentaire - Umwelt, Wasser, Veterinärwesen, Lebensmittel), in dem unter anderem das LSVW untergebracht werden wird, sind für die betroffenen Dienststellen (LSVW, Amt für Umwelt, Sektion Gewässer des Tiefbauamts) mit viel Arbeit verbunden.

## **5.2 Tätigkeit**

### **5.2.1 Direktion und Verwaltung**

Die im August 2012 begonnene Neuorganisation des Amtes wurde während des ganzen Berichtsjahrs weitergeführt. Der Amtsvorsteher, sein Stellvertreter und die Sektionschefs haben namentlich an der Festlegung der Leistungen, Aufträge und Aufgaben auf der Stufe des Amtes und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW gearbeitet. Die erste Phase der Reorganisation des LSVW, die mit dem neuen, vom Staatsrat am 15. Januar 2013 validierten Organigramm abgeschlossen wurde, basiert auf einer Neuzuteilung der Leistungen. Der neue Leistungskatalog wurde von der ILFD am 26. Januar 2013 gutgeheissen. 109 Pflichtenhefte wurden anschliessend fertiggestellt und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor dem 15. April 2013 unterzeichnet. Das Amt stützt sich von nun an auf die revidierten Pflichtenhefte und die neue Verteilung der Aufgaben; es werden regelmässig Qualifikationsgespräche durchgeführt. All dies erlaubte es den Kadern, die für die Führung des Amtes notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Gleichzeitig wurde Ende Januar 2013 eine wichtige Klärung im Bereich der Unterschriftsberechtigungen im Amt vorgenommen.

Zudem hat jede der 17 Organisationseinheiten (OE) im Rahmen der Umsetzung der Grundsätze des Public Management für sich Ziele festgelegt, die mit SMART-Indikatoren gemessen werden. Jede vierteljährliche Bilanz wurde anschliessend der ILFD mitgeteilt. Alle für 2013 gesetzten Ziele konnten dank dem grossen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW sowie der verschiedenen Partner des Amtes erreicht werden.

Im Hinblick auf die Struktur- und Sparmassnahmen wurden überflüssige Aufgaben gestrichen. Dies führte zur Anpassung verschiedener Erlasse, wie des Reglements über die Hundehaltung, des Tierschutzreglements, des Reglements über das Trinkwasser, der Verordnung über die Bieneninspektoren, zur Bildung einer neuen Aufsichtskommission für Tierversuche und zur Ausarbeitung des Entwurfs der Tierseuchenverordnung, eines Reglementsentwurfs über die Lebensmittelsicherheit und schliesslich eines Verordnungsentwurfs über die Verfahrenskosten des LSVW.

Im Berichtsjahr konnte das Amt zudem zu 32 Entwürfen zu Gesetzesrevisionen Stellung nehmen. Es wirkte für seine Direktion zudem an drei Antwortentwürfen zu parlamentarischen Vorstössen mit, die vom Grossen Rat eingereicht worden waren.

Das Amt erliess 2'270 verwaltungsrechtliche Verfügungen mit Angabe der Rechtsmittel. Zudem hat es 5 Tierhaltungsverbote erlassen. Das LSVW hat 32 Einsprachen beantwortet, 11 Stellungnahmen im Rahmen von Beschwerdeverfahren abgegeben und 120 Dossiers an die Staatsanwaltschaft überwiesen zur Einreichung einer Strafanzeige.

	Verfügungen	Einsprachen	Beschwerden	Verzeigungen
Chemie- und Biologielabor	242	2	1	14
Lebensmittelinspektorat	798	10	2	56
Trinkwasser- und Chemikalieninspektorat	173	1	1	0
Tiergesundheit	870	0	2	16
Fleisch- und Schlachthofinspektorat	33	19	0	0
Tierschutz	154	-	5	34
<b>Insgesamt</b>	<b>2270</b>	<b>32</b>	<b>11</b>	<b>120</b>

## 5.2.2 Laboratorien

### 5.2.2.1 Lebensmittelbiologie

2013 nahm der Sektor mikrobiologische Analysen von 3048 Trinkwasserproben und 562 Lebensmittelproben im Rahmen von 4 internen und einer nationalen Kampagne vor. Zu diesen Analysen kommen 145 Untersuchungen von Proben hinzu, die zur Validierung zwei neuer Methoden durchgeführt worden waren.

Das Ziel, 800 Lebensmittelproben zu untersuchen, wurde nur teilweise erreicht (2013: 562); Es ist jedoch ein Fortschritt von 35 % (200) gegenüber den 2012 vorgenommenen Analysen (362) zu verzeichnen.

In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse der mikrobiologischen Analysen von Lebensmitteln zusammengefasst:

Mikrobiologische Untersuchungskampagne	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Restaurationsbetriebe	323	80 (25 %)
Eiswürfel	40	16 (40 %)
Gekochte Fleischerzeugnisse	75	33 (44 %)
Pizzabelag	58	17 (19 %)
pflanzliche Rohkost	66	0 (%)

Das Laboratorium Lebensmittelbiologie hat seine analytischen Kompetenzen mit der Einführung und Validierung zweier zusätzlicher Analyseverfahren wie geplant erweitert: Untersuchung (Kultur und Isolierung) von Legionellen im Wasser und Untersuchung auf Staphylokokken-Enterotoxine anhand eines Immunoanalyzers (Minividas®).

### 5.2.2.2 Veterinärbiologie

Im analytischen Bereich war das Jahr 2013 hauptsächlich durch die Einführung einer Methode zum Nachweis von Rindertuberkulose gekennzeichnet. Dazu hat das Laboratorium ein molekulares Verfahren eingeführt und validiert, mit dem Mykobakterien des M. Tuberculosis-Komplexes in den Lymphknoten und Abszessen erkannt werden können.

Im Informatikbereich prägte die Einführung der Anwendung Alis das Jahr 2013. Alis ermöglicht die vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) verlangte Datenmigration von LIMSOPHY, welche für den Transfer der veterinärmedizinischen Daten von den Kantonen zum Bund notwendig ist.

Zudem wurde das Projekt Pool West, zur Vernetzung der veterinärmedizinischen Labors der Kantone Freiburg, Neuenburg und Waadt, lanciert; dieses soll voraussichtlich 2014 abgeschlossen werden.

In der untenstehenden Tabelle sind die routinemässig durchgeführten Analysetätigkeiten des veterinärbiologischen Laboratoriums im Jahr 2013 (mit den Zahlen 2012 zum Vergleich) zusammengefasst:

Diagnostische Untersuchungen von Krankheiten mit Meldepflicht Anamnese	Untersuchtes Gewebe	Anzahl Untersuchungen		Anzahl positiver Untersuchungen	
		2012	2013	2012	2013
IBR / IPV (Rinder)	Blut	3012	3185	0	1 (Rentier)
Brucellose (Rinder)	Blut	632	815	0	4
	Nachgeburten	466	452	0	0
Brucella melitensis (Schafe, Ziegen)	Blut	553	888	0	0
Coxiellose (Rinder, Schafe; Ziegen)	Blut	90	90	22	19
	Nachgeburten	466	457	8	10
Enzootische Leukose (Rinder)	Blut	1185	966	0	0
Leptospirose (alle Tiere)	Blut	13	29	2	0
Kryptosporidiose (Kälber)	Kot	13	11	8	9
Salmonellose (alle Tiere)	Verschiedenes	81	95	2	0
Serologische Untersuchungen auf <i>Salmonella</i> Enteritidis (Geflügel)	Eier	484	473	20	31
Caprine Arthritis-Encephalitis (Ziegen)	Blut	2518	345	3	0
Ansteckende Pferdemetritis (Pferde)	Tupfer	1	3	0	0
Aujeszkysche Krankheit (Schweine)	Blut	731	1071	0	0
EP (Enzootische Pneumonie der Schweine)	Lungen	49	8	3	1
APP (Actinopleuropneumonie bei Schweinen)	Lungen	181	119	65	61
PRRS (Schweine)	Blut	735	1071	0	0
BSE (Rinder)	Obex	1899	916	0	0
Blauzungenkrankheit BT, Virus RT-PCR (Rinder und Ziegen)	Blut	54	131	0	0
BVD Antikörper (Rinder)	Blut	5323	3391	126	199
BVD Virus RT-PCR (Rinder)	Blut / Ohrgewebe	1447	3287	14	41
Paratuberkulose, Antikörper ELISA (Rinder)	Blut	10	9	4	3
Paratuberkulose, Antigen PCR (Rinder)	Kot	9	14	4	5
Trichinen (Schweine)	Muskulatur	361	259	0	0
Pseudotuberkulose (Ziegen)	Eiter	3	2	2	1
Rauschbrand (Rinder)	Muskel	0	1	0	1

Verschiedene Untersuchungen: Art der Untersuchung	2012	2013
Mastitismilchanalysen (Kuh, Ziege)	1623	1602
Antibiogramme der Mastitismilch-Keime oder bakteriologische Untersuchungen	31	42
Mikrobiologische Fleischuntersuchungen (MFU) von Rindern, Schweinen und Pferden in Schlachthöfen	136	133 (davon 8 positiv auf Hemmstoffe)
Verschiedene bakteriologische Untersuchungen (Urin, Kot, Eiter, Organe usw.)	80	134
parasitologische Analysen im Kot	48	45
Untersuchung auf Hemmstoffe (kantonale und nationale Kampagnen bei Rindern, Schweinen und Pferden in Muskulatur und Niere)	725	846 (darunter 7 positiv)

### 5.2.2.3 Chemielabor

Im Chemielabor wurden insgesamt 2836 Wasserproben (Ziel: 3000 Proben) und 970 Proben (Ziel: 800 Proben) von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen untersucht, und zwar im Rahmen von drei kantonalen und acht interkantonalen Kampagnen in der Westschweiz.

Die folgende Tabelle fasst die Ergebnisse der chemischen Analysen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zusammen:

<b>Kantonale Kampagnen (Analysen durch das LSVW Freiburg)</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser	51	0
Mykotoxine (Afla- und Ochratoxine) in Gewürzen	54	7 (13 %)
SO <sub>2</sub> in Trockenfrüchten	42	0

<b>Interkantonale Kampagnen (Analysen durch das LSVW Freiburg)</b>	<b>Anzahl Probenahmen (FR/andere Westschweizer Kantone)</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben (FR/andere Westschweizer Kantone)</b>
Trihalogenmethane in gedeckten Schwimmbädern	33 / 30	3 (9 %) / 6 (20 %)
Aufhellende Produkte in Kosmetika	20 / 47	3 (15 %) / 14 (30 %)
Schwermetalle in Fischen	20 / 66	0 / 6 (9 %)
Migration von Nickel und Kadmiumgehalt in Schmuck	41 / 51	33 (80 %)* / 10 (20 %)
Alkohol- und Schwefeldioxidgehalt in Wein und Traubenmost	20 / 72	6 (30 %) / 8 (11 %)
Fett- und Wassergehalt in Käse	20 / 52	2 (10 %) / 11 (21 %)
Laktosegehalt in «laktosefreien» Produkten	17 / 46	0 / 0
Trihalogenmethane in offenen Schwimmbädern	20 / 17	6 (30 %) / 7 (41 %)**

<b>Interkantonale Kampagnen (Analysen durch andere Westschweizer Kantone)</b>	<b>Anzahl Probenahmen (LSVW Freiburg)</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben (LSVW Freiburg)</b>
Produkte mit natürlichen Aromen	16	0
Stoffe von Lebensmittelverpackungen	20	0
Chemische UV-Filter in Sonnenschutzmitteln	10	0
Phtalate in Kosmetika	Laufende Analyse	
Pestizide und quartäre Ammoniumverbindungen (BAC und DDAC) in frischen Früchten und Gemüse	26	0

Interkantonale Kampagnen (Analysen durch andere Westschweizer Kantone)	Anzahl Probenahmen (LSVW Freiburg)	Nicht vorschriftsgemässe Proben (LSVW Freiburg)
Tierarzneimittel in Zuchtfischen	15	0
Identifizierung von Fischarten	19	1 (5 %)
Antimikrobielle Stoffe in Kosmetika	20	0
Farbstoffe in Gewürzen	21	6 (29 %)
Farbstoffe in Süswaren	28	7 (25 %)
Süssungsmittel in Wein	20	1 (5 %)
PCDD/F-PCB-Aflatoxine	16	0
Fleischdeklaration in Fleischerzeugnissen	17	3 (18 %)
GVO - Nahrungsergänzungsmittel und Ergänzungsnahrung für Sportler	18	1 (6 %)
Verfälschungen bei Honig	10	0

\* 2013 wurde die Schmuckanalyse im Kanton Freiburg erstmals mithilfe eines Röntgenfluoreszenz-Analysators verbessert, mit dem die Objekte bestimmt werden können, die eine erhöhte Menge der gesuchten Schwermetalle enthalten. Berücksichtigt man alle anhand des Analysators direkt im Verkaufsgeschäft getesteten Objekte, so waren von insgesamt 179 Proben 33 (18 %) nicht vorschriftsgemäss.

\*\* Für offene Schwimmbecken ist derzeit kein gesetzlicher Grenzwert in Kraft. Diese Kampagne wurde als Monitoring durchgeführt. In der Tabelle werden die Anzahl Proben angegeben, die den geltenden gesetzlichen Wert für gedeckte Schwimmbäder überschreiten.

### 5.2.3 Trinkwasser, öffentliche Schwimm- und Strandbäder

#### Analysen

Wie es das kantonale Trinkwassergesetz verlangt, müssen die öffentlichen oder privaten Verteiler die im Rahmen ihrer Selbstkontrolle entnommenen Proben dem LSVW liefern. Zusätzlich zu diesen Proben hat das LSVW das Wasser analysiert, das von Privaten oder im Rahmen von amtlichen Kontrollen entnommen wurde. In der folgenden Tabelle werden die Trinkwasseranalysen zusammengefasst.

	Gewässer	Proben	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Dem LMG nicht unterstellte Gewässer	Seen	84	-
	Fassungen (vor Aufbereitung)	379	-
	Übrige	330	-
Dem LMG unterstellte Gewässer	Quellen	298	32 (11 %)
	nach Aufbereitung	187	15 (8 %)
	Verteilt	1789	112 (6 %)
<b>Total</b>		<b>3067</b>	<b>159 (7 %)</b>

Zusätzlich zu den kantonalen und interkantonalen Kampagnen hat die Sektion zwei Reihen von systematischen Kontrollen durchgeführt. Die erste Reihe bestand darin, im Januar die mikrobiologische Qualität des Wassers von 16 Gemeinden zu untersuchen, die aufgrund der Bedeutung ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ausgewählt wurden. Alle Ergebnisse entsprachen den Vorschriften der Gesetzgebung.

Bei der zweiten Reihe wurden 38 Proben entnommen und auf 8 Pestizide oder Pestizidabbauprodukte untersucht, die aufgrund der Wahrscheinlichkeit ihres Vorkommens und der analytischen Möglichkeiten des Amtes ausgewählt

wurden. Während die Fremd- und Inhaltsstoffverordnung (FIV) für Pestizide und deren relevanten Metaboliten einen Toleranzwert von 0,1 µg/l festlegt, haben die übrigen «nicht relevanten» Inhaltsstoffe im Allgemeinen keinen gesetzlich festgelegten Grenzwert. Die Legitimität dieser unterschiedlichen Behandlung wird in den betroffenen Kreisen kontrovers diskutiert.

Alle Ergebnisse entsprachen den Vorschriften der Gesetzgebung. In 24 Proben wurden jedoch Rückstände gefunden. Bei 17 Proben wurden Werte über 0,1 µg/l (der höchste festgestellt Gehalt lag bei 1,1 µg/l) festgestellt. In allen Fällen war der beanstandete Inhaltsstoff Desphenyl-Chloridazon, ein Abbauprodukt des Herbizids Chloridazon, das insbesondere im Zuckerrübenanbau verwendet wird. Da dieser Rückstand als nicht relevant betrachtet wird, wurden die Fälle nicht beanstandet.

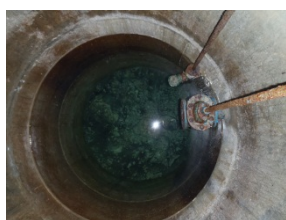
### **Verschmutzung**

Wie bereits in den vergangenen Jahren musste sich die Sektion «Trinkwasser, Schwimmbäder, öffentliche Strandbäder» mit mehreren Verschmutzungen von öffentlichen Trinkwassernetzen befassen. Es gab insgesamt 20 Verschmutzungen, davon 8 bei öffentlichen Netzen und 12 bei kleinen Privatverteilern.

Diese Verschmutzungen bringen einen erheblichen Aufwand bei der Kontrolle der Massnahmen und der Information mit sich. Manche Verteiler, die eine solche Situation nicht vorhergesehen haben, stehen leider hilflos da, wenn ihr Wasser den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Das LSVW stellt auf seiner Website folgende Dokumente zur Verfügung, die den Verteilern dabei helfen sollen, sich auf die Möglichkeit einer Verschmutzung ihres Trinkwassers vorzubereiten: «Hilfe zum Erstellen einer Notfalldokumentation für das Vorgehen bei Trinkwasserverunreinigungen» und «Standard-Vorgehensweise bei der Handchlorung eines Trinkwassernetzes».

### **Inspektionen**



Es wurden 25 systematische Inspektionen von Trinkwassernetzen durchgeführt. Seit dem 1. Januar 2013 schreibt das Trinkwasserreglement vor, dass neue oder renovierte Anlagen vor ihrer Inbetriebnahme inspiziert werden müssen. In diesem Rahmen wurden ausserdem acht Augenscheine oder Teilinspektionen vorgenommen. Die Beanstandungen betrafen am häufigsten die Selbstkontrolle, wo die Gefahrenanalyse oft lückenhaft ist, die Prozesse und Tätigkeiten, wo die Tätigkeiten nicht immer aufgezeichnet werden, und die Anlagen selbst, die oft nicht

den aktuellen Regeln der Technik entsprechen. Da, wo grössere Arbeiten durchgeführt werden müssen, verlangt das LSVW die Ausarbeitung eines Plans der Trinkwasserinfrastrukturen (PTWI), einschliesslich eines Konzepts und einer mittelfristigen Versorgungsplanung, bevor die komplette Sanierung der Anlagen verlangt wird.



Auch wenn einige Trinkwasseranlagen den aktuellen Normen nicht mehr entsprechen, können oft erhebliche Verbesserungen festgestellt werden, die dank den Anstrengungen der Verteiler und der Gemeinden möglich sind.

### **Planung**

Parallel zu diesen Arbeiten hat die Sektion den Entwurf der Richtlinien für die Erstellung der PTWI, den Entwurf der Richtlinien für die Überwachung der Wassernetze (Probenahmen) und den Entwurf des neuen Gemeindereglements für die Trinkwasserverteilung ausgearbeitet. Diese Dokumente sind derzeit Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens und dürften im Verlauf des Jahres 2014 in Kraft treten.

### **Schwimmbäder**

Im Rahmen der Badeanstalten des Kantons wurden 98 Proben entnommen und vom LSVW untersucht. 22 (22 %) entsprachen den in der SIA-Norm 385/9 festgelegten Toleranzwerten nicht. In 4 Fällen musste die Anstalt provisorisch geschlossen werden, um die Sicherheit der Badegäste zu gewährleisten.

---

## Öffentliche Strandbäder

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wurde im Jahr 2013 einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. Die Analysekriterien wurden an die neuen Empfehlungen des Bundesamts für Umwelt und des Bundesamts für Gesundheit angepasst (Beurteilung der Badegewässer, 2013, verfügbar auf folgender Website des Bundes: <http://www.bafu.admin.ch/publikationen/publikation/01714>).

8 Strände wurden in die Qualitätsklasse A eingestuft, einer in die Klasse B. Bei dieser Beurteilung ist eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Badewasser nicht zu erwarten.

### 5.2.4 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände - Inspektionen

Seit Ende 2012 verwendet das Lebensmittelinspektorat gemeinsam mit den übrigen Westschweizer Kantonen die Informatikanwendung LIMSOPHY für die Erstellung der Inspektionsrapporte. Mit dieser Anwendung kann jederzeit und direkt vor Ort auf die Daten des Betriebs, die entnommenen Proben und die angeordneten Massnahmen zugegriffen werden. Zudem kann damit automatisch das Datum der nächsten Inspektion festgelegt werden (die Frist wird berechnet auf der Grundlage des Konzepts des Verbands der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) zur Bestimmung der Kontrollfrequenzen von Lebensmittelbetrieben basierend auf der Ermittlung statischer und dynamischer Kriterien).

Neben der Entnahme von Proben führt das Lebensmittelinspektorat hauptsächlich Inspektionen in den rund 3600 Betrieben des Kantons durch, die im Bereich der Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände tätig sind. Von den 1375 Inspektionen, die 2013 von den 6 Mitarbeitern des Inspektorats durchgeführt wurden (983 im Jahr 2012), wurden in 71 % der Fälle Mängel festgestellt, für die Korrekturmassnahmen angeordnet wurden. Diese Inspektionen fanden mehrheitlich in Restaurationsbetrieben statt (57 %), gefolgt von den Geschäften (23 %), den gewerblichen Betrieben (Käsereien, Metzgereien, Bäckereien usw.: 19 %) und der Industrie (1 %). Das Lebensmittelinspektorat überprüft zudem die Erfüllung der Anforderungen des Lebensmittelrechts bei Baubewilligungsgesuchen (148 Stellungnahmen im Jahr 2013), ruft nicht vorschriftsgemässe Produkte zurück (14 Fälle) und arbeitet bei der Ausbildung für Geschäftsführer von öffentlichen Gaststätten mit.

Kontrollen wurden insbesondere in Alphütten durchgeführt, wo Milchprodukte hergestellt werden (59 Inspektion), sowie, im Auftrag der IZS (Interkantonale Zertifizierungsstelle) im Rahmen der Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des Pflichtenhefts für den Gruyère AOP und den Vacherin fribourgeois AOP. Das Lebensmittelinspektorat hat ab Mai 2013 zudem damit begonnen, die Einhaltung der Vorschriften der neuen «Leitlinie für eine gute Hygienepraxis in Fleischfachbetrieben» in den Freiburger Metzgereibetrieben zu überprüfen (74 Inspektionen). Vorgängig ist mit dem Metzgermeisterverband des Kantons Freiburg darüber diskutiert worden. Das Verfassen der Inspektionsrapporte sowie die Planung und die Weiterverfolgung der Kontrollen werden durch die Software LIMSOPHY erheblich erleichtert. Im Übrigen können mit dieser Software die Betriebsbewilligungen für Betriebe, die Lebensmittel tierischer Herkunft verarbeiten, optimal verwaltet werden. Ende 2013 ist ein neuer Mitarbeiter zum Inspektorat hinzugestossen – damit wird eine verstärkte Tätigkeit des Amtes im deutschsprachigen Teil des Kantons ermöglicht.

### 5.2.5 Kantonale, interkantonale und nationale Kampagnen

Das LSVW hat 8 kantonale Kontrollkampagnen organisiert. Es war an 23 Kampagnen beteiligt, die im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen durchgeführt wurden, bei 8 davon als Analyselabor, und an 4 nationalen Kampagnen.

#### 5.2.5.1 Mikrobiologische Kampagnen (kantonal und interkantonale)

### Öffentliche Gaststätten, Kollektivküchen und Kantinen

Analyse der mikrobiologischen Qualität verschiedener verderblicher Produkte: Mit diesen Kontrollen soll überprüft werden, ob die guten Hygienepraktiken eingehalten werden. 2013 ist die Beanstandungsrate (25 %) im Vergleich zu jener aus dem Vorjahr (27,5 %) leicht gesunken (- 2,5 %). Besonderes Augenmerk wird dabei auf heikle Produkte wie Reis, Teigwaren und gekochtes Gemüse gerichtet. Die Ergebnisse ergaben hauptsächlich hohe Werte an aeroben

---

mesophilen Keimen und Enterobakterien (fäkale Verunreinigungen), was oft mit einem schlechten Umgang mit der Kühlkette und der Haltbarkeit bzw. einer schlechten Anwendung der Hygieneregeln gleichzusetzen ist.

#### **Analyse von Eiswürfeln**

Mit dieser Kampagne sollte die mikrobiologische Qualität (in Zusammenhang mit den Herstellungs-, Verarbeitungs- und Lagerungsbedingungen) von Eiswürfeln in Erfahrung gebracht werden, die anhand von Eiswürfelmaschinen oder mit Leitungswasser hergestellt wurden. 16 (40 %) von 40 Proben entsprachen nicht den Vorschriften. Die Ergebnisse ergaben in absteigender Reihenfolge hauptsächlich erhöhte Werte an aeroben mesophilen Keimen (11/16), Pseudomonas (6/16) und an Enterokokken (3/16). Die Hygieneregeln werden somit bei der Herstellung und Aufbewahrung lückenhaft angewendet.

#### **Analyse von gekochten oder gebrühten Fleischerzeugnissen, die vor Ort hergestellt werden**

Diese 2012 gestartete Kampagne hat Lücken auf Ebene des Prozessmanagements (Kontrolle der Kerntemperatur, Verunreinigung beim Verpacken, Haltbarkeitsfrist) in gewerblichen Metzgereien aufgezeigt. Das Ziel für 2013 war die Überprüfung der Einhaltung der Fabrikationsparameter (namentlich: Koch- oder Brühzeit und -temperatur, aber auch Kühlung und Verpackung) für vor Ort hergestellte Produkte. 33 (44 %) von 75 Proben entsprachen nicht den Vorschriften. Diese Ergebnisse bestätigen, dass die Prozesshygiene verbessert werden muss.

#### **Pizzabelag**

Ziel dieser Kampagne, bei der Proben in Restaurationsbetrieben entnommen wurden, war die Kontrolle der mikrobiologischen Qualität der als Pizzabelag verwendeten Zutaten. 17 (29 %) von 58 Proben entsprachen nicht den Vorschriften. Die Ergebnisse ergaben hauptsächlich hohe Werte an aeroben mesophilen Keimen und Enterobakterien (fäkale Verunreinigungen). Das zeigt, dass die Hygieneregeln beim Umgang mit der Kühlkette und bei der Aufbewahrung lückenhaft angewendet wurden.

#### **Pflanzliche Rohkost (nationale Kampagne)**

Diese Kampagne hatte zum Ziel, den mikrobiologischen Status von pflanzlicher Rohkost (Salat, Keimlinge, Kräuter) festzustellen und insbesondere herauszufinden, ob die Produkte durch Salmonellen oder enterohämorrhagischen bzw. Shigatoxin-bildende Escherichia Coli (EHEC/STEC) verunreinigt sind. Von den 66 vom Kanton Freiburg untersuchten Proben war keine verunreinigt und alle waren mikrobiologisch konform.

#### **5.2.5.2 Chemische Analysen**

##### **Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser**

Mit dieser kantonalen Kampagne sollte untersucht werden, ob flüchtige organische Verbindungen im Trinkwasser vorhanden sind. 67 Substanzen sind quantitativ untersucht worden. In einer einzigen von 51 Proben wurde eine Spur von Dichlorodifluoromethan entdeckt. In dieser Konzentration hat diese Substanz keine toxikologische Wirkung auf den Menschen. Zur Information, die Vermarktung dieser zu den Freonen gehörenden Substanz, die früher in den Kältekreisläufen von Kühlgeräten verwendet wurden, ist heute verboten.

##### **Mykotoxine (Afla- und Ochratoxine) in Gewürzen**

Ziel dieser kantonalen Kampagne war die Untersuchung von Mykotoxinen in Gewürzen. Mykotoxine sind sekundäre Stoffwechselprodukte aus Schimmelpilzen und gehören hauptsächlich zur Gruppe der Aspergillus, Penicillium oder Fusarium. In Tierversuchen konnten neurotoxische, mutagene, teratogene und kanzerogene Wirkungen dieser Substanzen nachgewiesen werden.

Diese Kampagne wird bereits seit mehreren Jahren vom LSVW durchgeführt, doch die Beanstandungsrate ist hoch geblieben: 3 % im Jahr 2013, 8 % im Jahr 2011 und 10,5 % im Jahr 2010. Diese Ergebnisse und die zahlreichen RASFF-Warnungen (Rapid Alert System for Food and Feed) zeigen, dass das Problem leider noch nicht behoben ist.



### **Schwefeldioxid in Trockenfrüchten**

Diese kantonale Kampagne hatte zum Zweck, den Schwefeldioxidgehalt in Trockenfrüchten zu bestimmen. Schwefeldioxid ist ein Konservierungsmittel und seine Verwendung ist in der Zusatzstoffverordnung geregelt. Die Höchstwerte ebenso wie die Deklaration der Verwendung dieses Zusatzstoffs wurden in allen Proben eingehalten.

### **Trihalogenmethan in gedeckten Schwimmbädern**

Diese kantonale Kampagne wurde 2009 gestartet und wurde 2012 als interkantonale Kampagne vorgeschlagen. Die interkantonale Kampagne 2013 hatte zum Ziel, die Situation des Badewassers der öffentlichen gedeckten Schwimmbäder in Bezug auf Trihalogenmethane (THM) (Nebenprodukt der Reaktion von Chlor oder seinen Derivaten, die zur Desinfektion der Bassins verwendet werden, mit verschiedenem organischem Material, das mit den Badegästen ins Wasser gelangt) zu untersuchen. Die Belastung mit diesen Substanzen, die als "wahrscheinlich karzinogen für den Menschen" betrachtet werden, hat langfristig eine kumulative Wirkung. In der geltenden SIA-Norm 385/9 wird ein Grenzwert von 20 µg/kg für die Summe der THM, ausgedrückt in Chloroform, vorgesehen. Seit 2009 hat es die fortwährende Kontrolle der THM in den gedeckten Schwimmbädern des Kantons Freiburg ermöglicht, den Beanstandungsgrad auf rund 10 % zu senken und ihn dort einzupendeln.

### **Trihalogenmethan in offenen Schwimmbädern**

Da die Aufnahme dieser Substanzen in gedeckten und offenen Schwimmbädern vergleichbar ist, hatte diese Kampagne zum Ziel, zu überprüfen, ob sich die Situation in offenen Schwimmbädern von jener in gedeckten Schwimmbädern unterscheidet. Obwohl derzeit für offene Schwimmbecken kein gesetzlich festgelegter Grenzwert besteht, sind die Ergebnisse wenig erfreulich.

### **Aufhellende Produkte in Kosmetika**

Aufhellende Produkte wie Abutin, Hydrochinon und Kojisäure sind in Kosmetika in Europa verboten oder begrenzt. Diese Kampagne, die 2013 interkantonale durchgeführt wurde, wird im Kanton Freiburg seit 2008 durchgeführt. Seit dem Beginn dieser Kampagne ist der Beanstandungsgrad von 38 % auf derzeit 15 % gesunken. Obwohl die Anzahl Beanstandungen immer noch hoch ist, scheint es, dass die Überwachung dieser Substanzen die ersten Früchte trägt.



### **Schwermetalle in Fischen**

Da der Organismus von Fischen Schwermetalle nicht ausscheiden kann, häufen sich diese im Verlauf der Nahrungskette an. Die grossen Raubfische am Ende der Nahrungskette können manchmal grosse Mengen an Schwermetallen enthalten. In dieser interkantonalen Kampagne sollten die Kadmium-, Blei- und Quecksilbergehalte in Fischen und Meeresfrüchten analysiert werden. Obwohl im Kanton Freiburg keine Probe entnommen wurde, zeigt der Prozentsatz der Beanstandungen bei den Proben der anderen Westschweizer Kantone, dass dieses Problem immer noch aktuell ist und überwacht werden muss.

### **Migration von Nickel und Kadmiumgehalt in Schmuck**

Nickel ist ein Allergen und Kadmium ein für den Menschen und die Umwelt sehr toxisches Metall. Diese Kampagne wurde aufgrund der hohen Beanstandungsraten bei der Westschweizer Kampagne 2012 und bei anderen Kampagnen der vergangenen Jahre organisiert.

Im Rahmen dieser interkantonalen Kampagne wurden insgesamt 98 Proben aus allen Westschweizer Kantonen auf die Migration von Nickel und ihren Kadmiumgehalt analysiert. Bei den Probenahmen in unserem Kanton wurde ein portables Röntgenfluoreszenz-Gerät verwendet. 179 Gegenstände wurden anhand dieses Geräts direkt vor Ort in 26 verschiedenen Geschäften analysiert. Davon enthielten 41 Proben hohe Werte der beiden Schwermetalle; diese wurden daher im Labor gemäss den geltenden Normen weiter analysiert. Der Beanstandungsgrad von 80 % bei den entnommenen Schmuckstücken muss daher aufgrund dieser gezielten Probenahme teilweise relativiert werden. Die aktuelle Situation ist jedoch immer noch inakzeptabel und zeigt, dass viele Geschäfte, welche diese Gegenstände

verkaufen, das Problem nicht im Griff haben. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass in 11 der 26 besuchten Geschäften mit dem Röntgenfluoreszenz-Gerät kein anstössiger Gegenstand gefunden wurde: der Beweis dafür, dass das Problem gelöst werden kann.

### **Alkohol- und Schwefeldioxidgehalt von Wein und Traubenmost**

Diese interkantonale Kampagne hatte zum Ziel, die Deklaration des Alkoholgehalts von Wein gemäss den Bestimmungen der Verordnung über alkoholische Getränke zu überprüfen, und gemäss der Verordnung über die Kennzeichnung und Anpreisung von Lebensmitteln zu bestimmen, ob Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) vorhanden ist. Der Alkoholgehalt wird nicht von allen Weinproduzenten korrekt angegeben.

### **Fett- und Wassergehalt in Käse**

Ziel dieser interkantonalen Kampagne war es, die deklarierten Kategorien gemäss dem Fettgehalt und der Konsistenz zu überprüfen. Von den 20 Proben, die in Freiburger Geschäften entnommen wurden, entsprachen 2 (10 %) nicht den Vorschriften zu diesem Thema. Die Rate der nicht vorschriftsgemässen Proben beträgt über die ganze Westschweiz gesehen 18 %, was eine unbefriedigende Situation in diesem Bereich zutage fördert.

### **Laktosegehalt in «laktosefreien» Produkten**

Anhand dieser interkantonalen Kampagne sollte kontrolliert werden, ob Proben mit der Angabe «laktosefrei» oder «laktosereduziert» Laktose enthielten. Diese Kampagne war dadurch begründet, dass rund 15 bis 20 % der Schweizer Bevölkerung an einer Laktoseintoleranz leiden. Die Ergebnisse sind sehr erfreulich und zeigen, dass die Produzenten die Verfahren beherrschen.

#### **5.2.5.3 Weitere Kampagnen**

Im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen hat das LSVW durch Probenahmen und mit der Erstellung von Analyserapporten an 15 Kampagnen teilgenommen, deren Analysen in anderen Westschweizer Kantonen durchgeführt wurden.

Diese Kampagnen hatten zum Ziel, um hier einige Beispiele zu nennen, Produkte mit natürlichen Aromen, Stoffe von Lebensmittelverpackungen, chemische UV-Filter in Sonnenschutzmitteln, Phtalate in Kosmetika, Pestizide und quartäre Ammoniumverbindungen in frischen Früchten und Gemüse, Tierarzneimittel in Zuchtfischen, die Identifizierung von Fischarten, antimikrobielle Stoffe in Kosmetika, Farbstoffe in Gewürzen und Süswaren, Süsstoffe in Wein, PCDD/F-PCB und Aflatoxine in Milch und Milchprodukten, die Fleischdeklaration in Fleischerzeugnissen, genetisch veränderte Organismen (GVO) in Nahrungsergänzungsmitteln und Ergänzungsnahrung für Sportler sowie Verfälschungen von Honig zu analysieren.

In der unten stehenden Tabelle werden die Ergebnisse der Kampagnen zusammengefasst - mikrobiologische Analysen:

<b>Kantonale Kampagnen</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Restaurationsbetriebe	323	80 (25 %)
Eiswürfel	40	16 (40 %)
Gekochte Fleischerzeugnisse	75	33 (44 %)
Pizzabelag	58	17 (19 %)
<b>Nationale Kampagnen</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
pflanzliche Rohkost	66	0 (%)

In der unten stehenden Tabelle werden die Ergebnisse der Kampagnen zusammengefasst - chemische Analysen:

<b>Interkantonale Kampagnen</b>	<b>Anzahl Probenahmen</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Aufhellende Produkte in Kosmetika	20 / 47	3 (15 %) / 14 (30 %)

Interkantonale Kampagnen	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Schwermetalle in Fischen	20 / 66	0 / 6 (9 %)
Migration von Nickel und Kadmiumgehalt in Schmuck	41 / 51	33 (80 %)* / 10 (20 %)
Alkohol- und Schwefeldioxidgehalt in Wein und Traubenmost	20 / 72	6 (30 %) / 8 (11 %)
Fett- und Wassergehalt in Käse	20 / 52	2 (10 %) / 11 (21 %)
Laktosegehalt in «laktosefreien» Produkten	17 / 46	0 / 0
Trihalogenmethane in offenen Schwimmbädern	20 / 17	6 (30 %) / 7 (41 %)
Trihalogenmethane in gedeckten Schwimmbädern	33 / 30	3 (9 %) / 6 (20 %)
Kantonale Kampagnen	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser	51	0
Mykotoxine (Afla- und Ochratoxine) in Gewürzen	54	7 (13 %)
SO <sub>2</sub> in Trockenfrüchten	42	0

## 5.2.6 Chemikalien

Anfang 2013 fand in Freiburg ein Informationstag zum Chemikalienrecht statt. Dieser wurde von der mit den Chemikalien beauftragten wissenschaftlichen Mitarbeiterin des LSVW organisiert. Knapp 200 Personen haben teilgenommen. Im Laufe des Jahres sind diverse Betriebsinspektionen vorgenommen worden. Zudem wurden Informationsveranstaltungen organisiert, beispielsweise für die Verantwortlichen des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Orientierungsschulen.

## 5.2.7 Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe

### 5.2.7.1 Tätigkeit auf Ebene der Schlachtbetriebe

Die Fleischkontrolle überprüft die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Bereich Tierschutz, Tiergesundheit, Tierarzneimittel und Lebensmittel.

In Zusammenarbeit mit dem BLV hat die Sektion die sechsstägige Weiterbildung für die amtlichen Fachassistenten Fleischuntersuchung in der Westschweiz organisiert. 34 Personen haben daran teilgenommen, davon 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW.

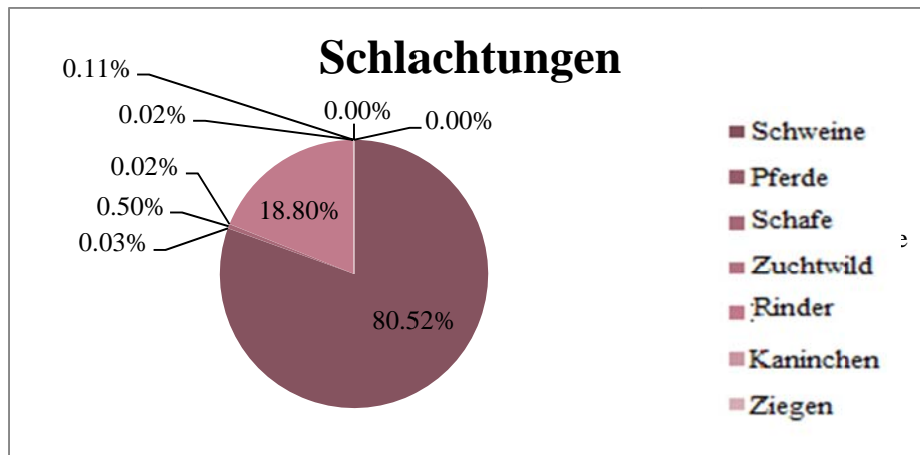
Die Fleischkontrolle in Estavayer-le-Lac hat am 4. März 2013 den ersten Fall von Rindertuberkulose in der Schweiz seit 1959 festgestellt. Alle Informationen zum Umgang mit der Krankheit und zu den getroffenen Massnahmen finden Sie in Kapitel 5.2.8 Tiergesundheit.

Bei den Schlachtungen, die alle im nationalen Informatikprogramm «Fleco» eingetragen sind, wurden folgende Daten ins Verzeichnis aufgenommen:

### Schlachtungen von Klautieren

498 423 Tiere wurden geschlachtet, darunter 2 056 aus dem Ausland. Das Fleisch von 497 090 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 1333 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Die gesamte Anzahl Schlachtungen nach Gattung wurde wie folgt verzeichnet: Rinder: 93 516, Schafe: 2 508, Ziegen: 559, Schweine: 400 519, Pferde: 128, Zuchtwild: 90, Kaninchen: 98, Lamas: 4, Alpaka: 1. Es gab 17 Einsprachen.



### Schlachtungen von Hausgeflügel

25 809 269 Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 25 419 678 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 389 591 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

#### 5.2.7.2 Überwachung der Tiergesundheit in Freiburger Schlachthöfen

##### Begleitdokument für Klautiere

Die Tierhalterin oder der Tierhalter ist verpflichtet, das Begleitdokument, ein amtliches Dokument, das sowohl für die Nahrungsmittelsicherheit als auch für die Tierseuchenbekämpfung von Nutzen ist, korrekt auszufüllen. Das Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe behandelt die Fälle, in denen das Begleitdokument nicht korrekt ausgefüllt wurde. 2013 kam es zu 6 Verwarnungen wegen mangelhaft ausgefüllter Dokumente, 42 Verwarnungen und 8 Anzeigen wegen kranker oder verunfallter Tiere, die nicht gemeldet wurden, sowie 1 Verwarnung wegen Nichtkennzeichnung des Tieres.

##### Waschen von Lastwagen

Bevor der Spediteur die Entladezone eines grossen Schlachthofs verlässt, muss das Fahrzeug gewaschen bzw. desinfiziert werden. Mit diesen Massnahmen soll die Verbreitung von Erregern verhindert werden. 7 Verwarnungen wurden gegenüber Speditoren ausgesprochen, weil sie die Schlachthöfe verlassen hatten, ohne vorgängig ihr Fahrzeug gewaschen zu haben.

##### Parasitenkrankheiten

Bei der Fleischkontrolle nach der Schlachtung können Parasiten entdeckt werden, die auch den Menschen befallen: die Sarcocystis, gewisse Bandwürmer und die Trichinellen. Werden diese Parasiten von der Fleischkontrolle entdeckt, wird das Fleisch beanstandet. 7 Fälle von generalisierter Sarkosporidiose wurden bei Tieren, die aus dem Kanton stammen, nachgewiesen. 7 Schlachttierkörper wurden daher nicht zum Verzehr freigegeben. Zudem wurden 92 Fälle von Zystizerkose bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 1 Schlachttierkörper wurde für ungeniessbar erklärt.

##### Monitoring

Auf nationaler Ebene werden verschiedene Überwachungsprogramme durchgeführt mit unterschiedlichen Zielen: a) Nachweis des Nichtvorhandenseins einer Krankheit, b) Nachweis der Streuung eines Erregers im Tierbestand, c) Einhaltung der Bestimmungen im Bereich Tierarzneimittel. Die gesamten Resultate dieser Kampagnen werden vom Bundesamt für Veterinärwesen veröffentlicht. In 17 Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Schlachttieren festgestellt, was zu 5 Verwarnungen und 1 Anzeige führte.

##### Ziele 2013

Zusätzlich zu den regulären Tätigkeiten wurden folgende Ziele gesetzt:

Inspektion aller kleinen Schlachthöfe (18): 16 Inspektionen wurden durchgeführt, 1 Betrieb hat die Schlachtungen eingestellt, 1 Schlachthof wurde am 31. Dezember 2013 geschlossen.

Umsetzung der Auflagen infolge der Audits und Information an die Direktion und die zuständigen Bundesämter; Ziel ist es dabei, die Nachkontrolle sicherzustellen. Die Erkenntnisse des von den chinesischen Vertretern durchgeführten Audits wurden für den staatlichen Teil angewendet.

Herstellen einer Verbindung zum Intranet des Amtes für alle Standorte der Fleischkontrolle in Courtepin und Estavayer-le-Lac für eine bessere Qualität der Datenübermittlung. Die drei Standorte wurden mit den zur Intranetnutzung notwendigen Geräten ausgerüstet und die amtlichen Tierärzte sind mit dem Netz des Staates verbunden.

Verbesserung des Zusammenhalts zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Standorte, namentlich auf der Grundlage von (vierteljährlichen) Koordinationssitzungen und der Überwachung der von den Standortverantwortlichen vereinbarten Massnahmen. 23 Sitzungen fanden zwischen der Sektorchefin und den Verantwortlichen der drei Standorte statt. Die Standortverantwortlichen haben auch die Überwachung der festgelegten Massnahmen sichergestellt.

### 5.2.8 Tiergesundheit

Zusätzlich zu den für 2013 festgelegten Zielen musste der Sektor Tiergesundheit den Vollzug der routinemässigen Aufgaben gewährleisten und bei Verdacht auf oder bei einer bestätigten Tierseuche reagieren, indem er die zu treffenden Massnahmen verordnete und für ihre Umsetzung sorgte.

So wurde bei der Schlachtung einer Freiburger Kuh ein Fall von Rindertuberkulose entdeckt. In diesem Zusammenhang wurden auf rund siebzig Betrieben im Kanton epidemiologische Abklärungen getroffen und Tuberkulintests durchgeführt. Vier Herde mit positiv getesteten Tieren und 27 Betriebe mit verdächtigen Tieren wurden identifiziert, was die Eliminierung der verdächtigen Tiere erforderlich machte.

#### Ziele 2013

Für 2013 waren folgende Ziele gesetzt worden:

- > Validierung und Koordination durch das Amt der Notfalldokumentationen für die grossen Schlachthöfe des Kantons (Rinder, Schweine, Geflügel): 3 Dokumentationen wurden erstellt.
- > Erteilung von Bewilligungen für den Transport und die Verwertung und/oder die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten: 9 Bewilligungen wurden erteilt.
- > Umsetzung des Konzepts der amtlichen Tierärzte im Kanton: Der Entwurf einer kantonalen Tierseuchenverordnung (TiersV) wurde in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Führungsorgan im Falle eines ausserordentlichen Ereignisses (KFO) ausgearbeitet und befindet sich derzeit in externer Vernehmlassung.
- > Fristgerechte Erteilung der verschiedenen notwendigen Bewilligungen: Es wurden 84 Bewilligungen für Tieraussstellungen, zur künstlichen Besamung und anderen Themen erteilt.
- > Umsetzung der Weisungen des Bundesamts für Veterinärwesen betreffend Tierseuchen, namentlich die Seuchenkontrollprogramme und die Programme zur Ausrottung der Bovinen Virus-Diarrhoe (BVD).

Seuchenkontrolle 2013	Art	Anzahl negativ getesteter Betriebe
IPV und EBL: Sentinelbetriebe	Rinder	8
IPV und EBL: Befragung (Betriebe ohne Milch)	Rinder	48
Brucella melitensis	Schafe	26
Brucella melitensis	Ziegen	27

Im Verlauf des Jahres 2013 sind 70 Seuchenmeldungen eingegangen. Glücklicherweise wurde keine hochansteckende Tierseuche festgestellt.

<b>Tierseuche</b>	<b>Kategorie</b>	<b>Anzahl Betriebe</b>
Actinobacillose (APP)	zu bekämpfen	5
Lungenadenomatose	zu überwachen	1
Chlamydienabort bei Schafen und Ziegen (Chlamydiose)	zu überwachen	1
BVD (erneute Infektion)	auszurotten	4
Campylobacteriose	zu überwachen	2
Rauschbrand	zu überwachen	1
Chlamydiose der Vögel	zu bekämpfen	1
Coxiellöse	zu überwachen	17
Cryptosporidiose	zu überwachen	8
Infektiöse nekrotische Hepatitis	zu überwachen	1
Faulbrut	zu bekämpfen	3
Sauerbrut	zu bekämpfen	1
Infektiöse Laryngotracheitis	zu bekämpfen	1
Virale hämorrhagische Krankheit der Kaninchen	zu überwachen	1
Neosporose	zu überwachen	4
Paratuberkulose	zu überwachen	2
Pseudotuberkulose	zu überwachen	2
Salmonellose	zu bekämpfen	4
SBV (Schmallenberg-Virus)	Übrige	5
Rindertuberkulose	auszurotten	4
Varroa	zu überwachen	2
<b>Total Seuchenmeldungen 2013</b>	<b>70</b>	

### 5.2.9 Milchinspektorat und Primärproduktion

Der ab dem 1. Januar 2014 auf Bundesebene obligatorische Akkreditierungsbereich wurde ab dem 1. Mai 2013 um die tierische Primärproduktion (PrP) erweitert. Die SAS hat ein Überwachungsaudit nach der ISO-Norm EN 17020 durchgeführt.

Die angestrebte Vielseitigkeit der Kontrollen wurde durch die amtliche Bestätigung der Ausbildung von 3 amtlichen Fachassistenten (PrP & Tierschutz (TS)) und einer amtlichen Tierärztin erreicht, und das Ziel von 600 Kontrollen wurde 2013 übertroffen.

Die 51 Milchliefer Sperren wurden aufgrund von Hemmstoffen (38), Problemen mit der Zellzahl (8), Keimbelastung (2) und aufgrund von durchgeführten Kontrollen (3) verhängt. Infolge der Kontrollen wurde eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

<b>Anzahl</b>	<b>Zellzahl</b>	<b>Keimbelastung</b>	<b>Hemmstoffe</b>	<b>Amtliche Grundkontrollen</b>
Milchliefer Sperren	8	2	38	3
Aufhebungen der Sperre	6	1	38	1

Zudem hat das Amt für das BLV das Monitoring von Rückständen in der Milch und die Kontrolle der Geräte zur automatisierte Probenahme sichergestellt und für die IZS die AOP-Kontrollen von Gruyère, Vacherin Fribourgeois und Emmentaler-Schweiz vorgenommen.

### 5.2.10 Tierschutz

Der Sektor Tierschutz – Tierhaltung hatte als allgemeines Ziel im Berichtsjahr mindestens 200 Kontrollen durchzuführen. Der Sektor verzeichnete 318 Anfragen für Interventionen, davon kamen 75 von Landwirten, die die Normen erfüllen möchten. Er hat 304 Kontrollen durchgeführt, dazu kommen 49 Schweineställe, die auf Anfrage des LSVW vom Schweinegesundheitsdienst inspiziert wurden. Mehr als ein Drittel unter ihnen wies Mängel auf, und zwar überwiegend im französischsprachigen Kantonsteil. Diese Arbeit wird 2014 und 2015 fortgesetzt.

Im Verlauf des Jahres konnten 262 Dossiers abgeschlossen werden. Von den Anzeigen, die Nutztiere betrafen, waren am häufigsten die Rinder (21 %), gefolgt von Pferden und Geflügel (je 14 %), kleinen Wiederkäuern (12 %) und Schweinen (5 %) betroffen.

Was das Mandat der FIPO (Freiburgischen Vereinigung umwelt- und tiergerecht produzierender Landwirte) anbelangt, so wurden 813 Betriebe kontrolliert, wobei in 58 Fällen Mängel festgestellt wurden (7 %). Diese Zahl bleibt im Vergleich zum Vorjahr stabil. Von den festgestellten Mängeln sei erwähnt, dass im Fall von mangelnder Sauberkeit bei den Rindern 79 % in Anbindehaltung und 21 % in Laufställen gehalten werden. Die Ergebnisse der Kontrollen, die Mängel ergaben, wurden alle im Informatikprogramm Acontrol erfasst, mit dem alle Kontrolldaten der landwirtschaftlichen Betriebe in der Schweiz registriert werden sollen.

Bei den Haustieren sind die Ziervögel (47 %) und die Katzen (26 %) am häufigsten von Klagen betroffen.

Die Einsätze des Amtes gaben Anlass zu 5 Tierhalteverboten, 2 Verboten zur Benützung von Räumen und 8 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft.

Derzeit verwaltet der Kanton Freiburg 117 Bewilligungen für die Haltung von Wildtieren. 2013 wurden 17 neue Bewilligungsgesuche und 31 Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht.

Der Sektor hat 33 Bewilligungen für Ausstellungen verschiedener Tierarten erteilt und 5 Bewilligungen für Tierhandlungen erneuert.

Ausserdem wurden 166 aufgefundene Tiere in unsere Datenbank ([www.animal-trouve.ch](http://www.animal-trouve.ch)) eingetragen und 84 Tiere als vermisst gemeldet ([www.animal-perdu.ch](http://www.animal-perdu.ch)).

### 5.2.11 Tierversuche

79 Gesuche wurden geprüft, 78 Bewilligungen wurden vom Amt erteilt, 1 Gesuch wurde abgelehnt. In 52 Fällen handelte es sich um neue Gesuche oder Erneuerungen von früheren Gesuchen, und in 26 Fällen handelte es sich um Zusätze zu bereits laufenden Versuchen. 15 Gesuche wurden direkt vom LSVW behandelt (Versuche, die den Tieren weder Schmerzen noch Leiden oder Schäden zufügen, die sie weder in Angst versetzen, noch ihr Allgemeinbefinden beeinträchtigen oder ihre Würde missachten). Die übrigen 63 Gesuche sind auf Antrag der Aufsichtskommission für Tierversuche genehmigt worden. In den meisten Fällen mussten von den Forschern Präzisierungen verlangt werden und die Bewilligungen konnten nur mit zusätzlichen Auflagen erteilt werden, um sicherzustellen, dass die Tiere nicht grösseren Belastungen als nötig ausgesetzt sind. 5 positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche an Veterinärbehörden anderer Kantone abgegeben.

Der Kanton Freiburg zählt 4 Forschungszentren, in denen Versuchstiere gehalten werden, davon ist eines in 6 separate Einheiten (Institute) aufgeteilt. Alle Zentren und Einheiten, an denen Versuchstiere gehalten werden, wurden im Jahr 2013 zwei Mal kontrolliert.

**Die Aufsichtskommission für Tierversuche** ist 5 Mal zusammengetreten. An 4 Sitzungen wurden die Gesuche um Versuchsbewilligungen geprüft und an einer Sitzung wurden die internen Angelegenheiten der Kommission behandelt. Das Amt nimmt das Sekretariat der Kommission wahr.

Im Auftrag des LSVW inspizierte die Kommission zudem Versuchstierzüchtereien (Versuchstierhaltung).

### 5.2.12 Hunde

Das Jahr 2013 war gekennzeichnet durch 127 Beurteilungen von gefährlichen und/oder bewilligungspflichtigen Hunden. Die Haltung von Hunden, die auf der Rassenliste stehen, geht kontinuierlich zurück (von 244 im Jahr 2012

auf 224 im Jahr 2013). Auch die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Tierschutz von Hunden gehen zurück (61 Dossiers 2012 und 50 Dossiers 2013). Von allen 2013 bearbeiteten Dossiers mussten 26 Fälle bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Die unten stehende Tabelle fasst die für den Sektor prioritären Aufgaben zusammen. Es handelt sich dabei namentlich um Fälle von Gefährlichkeit, die Anerkennung und Kontrollen von Hundeausbildnern, sowie die jährliche Kontrolle der Hunde, die im Rahmen der Prävention von Beissunfällen an den Primarschulen verwendet werden. Die ILFD und die anerkannte gemeinnützige Stiftung Hundebiss-Prävention Freiburg (PAMFri) haben eine Vereinbarung unterzeichnet. Mit dieser Vereinbarung soll angestrebt werden, dass alle 2. und 3. Klassen nach HarmoS an spezifischen Präventionskursen teilnehmen können.

	2013	2012
<b>Gefährlichkeit</b>		
Hundebisse am Menschen	49	89
Hundebisse an Tieren	36	53
Aggressives Verhalten	17	22
Insgesamt	102	164
<b>Hundeausbildner</b>		
Definitive Anerkennung	111	
Provisorische Anerkennung	108	
Total	219	
Kontrolle durch das Amt im Gelände	20	
<b>Kontrolle der Hunde für die Hundebiss-Prävention (PAMFri)</b>		
Total	25	
Diplomierte Einsatzteams	17	
Einsatzteams am Ende der Ausbildung	4	

### 5.2.13 Importe und Exporte

Sowohl die Exporte als auch die Importe nehmen kontinuierlich zu, dazu kommen die Grenzweidegänge.

Das Amt hat eine Verzehnfachung der illegalen Importe hauptsächlich von Hunden festgestellt, was zu schwerfälligen Verwaltungsverfahren für das Amt geführt hat. Zudem war es mit ernsthaften Schwierigkeiten bei den Bienenimporten konfrontiert.

Die Ressourcen des Amtes wurden stark in Anspruch genommen, als im März 2013 die Veranstaltung Euroholstein im Forum Fribourg stattfand.

## 6 Amt für Wald, Wild und Fischerei

Amtsvorsteher: **Walter Schwab**

### 6.1 Wald

#### 6.1.1 Rodungen

Die ILFD erteilte auf Antrag des Amtes 8 Rodungsbewilligungen:



Bau eines Trinkwasserreservoirs und Instandsetzung von Fassungen (2 Projekte)	4325 m <sup>2</sup>
Wanderweg und Radverbindung (2 Projekte)	850 m <sup>2</sup>
Bau eines Trinkwasserreservoirs und Instandsetzung von Fassungen (2 Projekte)	4325 m <sup>2</sup>
Bau einer Sammelstelle für tierische Abfälle (1 Projekt)	1000 m <sup>2</sup>
Neugestaltung eines Golfplatzes (1 Projekt)	350 m <sup>2</sup>
Umzonierung eines Baudenkmals in eine Zone von allgemeinem Interesse (1 Projekt)	754 m <sup>2</sup>
Einzonung einer Umschlagstelle für Grün- und Holzabfälle, Legalisierung (1 Projekt)	1496 m <sup>2</sup>
<b>Total</b>	<b>8775 m<sup>2</sup></b>

### 6.1.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt erteilte 31 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

### 6.1.3 Waldfeststellungen

Die ILFD erliess auf Antrag des Amtes 15 Waldfeststellungsverfügungen.

### 6.1.4 Veranstaltungen im Wald

Die ILFD bewilligte auf Antrag des Amtes 15 Veranstaltungen im Wald. Zudem hat das Amt für 24 zusätzliche Veranstaltungen, die keine Sonderbewilligung der ILFD benötigten, eine Stellungnahme abgegeben.

### 6.1.5 Waldnahe Bauten

Das Amt nahm Stellung zu 269 Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten und es gab Stellungnahmen zu 44 Dossiers über Ortsplanungsrevisionen und Detailbebauungspläne ab. Es nahm zudem Stellung zu 14 Programmen zur Gesamtrevision der Ortsplanung.

### 6.1.6 Befahren des Waldes

Das Amt hat 106 Beschwerden wegen Verstössen gegen die Strassensignalisation eingereicht (Beschränkung des Verkehrs im Wald).

### 6.1.7 Biologische Vielfalt im Wald

Im Rahmen der Programmvereinbarung 2012-2015 wurden 2013 folgende Aktionen durchgeführt: Massnahmen zugunsten besonderer Waldarten (Eiche, seltene Bäume, Tierarten) auf einer Fläche von 80 ha und Verbesserung der Waldrandstruktur auf 19 ha. Ein neues Waldreservat von 11 ha und eine Altholzinsel von 0,8 ha wurden geschaffen. Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 875 000 Franken. Es wurden zwei Kurse (auf Deutsch und Französisch) über die Biodiversität im Wald für Förster und Wildhüter-Fischereiaufseher organisiert.

### 6.1.8 Schutz vor Naturgefahren

#### 6.1.8.1 Schutzmassnahmen

Das zweite Jahr der Programmvereinbarung «Schutzbauten» 2012–2015 ist im Gange. Sie sieht Arbeiten für 3 965 000 Franken vor, die zu einem Betrag von 2 173 500 Franken subventioniert werden, wovon der Bund dem Kanton während dieses Zeitraums 1 516 750 Franken bezahlt.

Zu diesem Basisprogramm kommt die finanzielle Unterstützung des Bundes im Bereich der Produktion von Basisdaten (Gefahrenkarten usw.) hinzu sowie das Einzelprojekt der Sicherungsarbeiten auf der SBB-Linie Freiburg–Bern, die bei Weitem bedeutendste und aus rein finanzieller Sicht dominierende Baustelle. Diese Arbeiten haben gute Fortschritte gemacht.

	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Betrag der Arbeiten Fr.	Bezahlte Subventionen Fr.	Jährliche Risikoverminderung Fr.
2012	6	2	2	590 000	354 000	83 000
2013	2	3	6	10 740 000	5 834 000	662 000

Die Anzahl neuer Projekte ist rückläufig. Die jährliche Risikoverminderung ist der gemeinsame Indikator dieser Arbeiten. Es handelt sich um den in Franken bezifferten jährlich erwarteten Nutzen während der gesamten Abschreibungsdauer der analysierten Massnahmen, die im Allgemeinen 30–50 Jahre dauern.

#### 6.1.8.2 Kartierung der Naturgefahren

Die Gefahrenkarten über Instabilitäts- und Lawinenprozesse sind für das gesamte Kantonsgebiet abgeschlossen. In Erwartung des Abschlusses der Arbeiten über den Prozess «Überschwemmung» wurden keine zusätzlichen Arbeiten durchgeführt. Die Ausarbeitung eines Aktualisierungs- und Qualitätssicherungskonzepts hat begonnen.

#### 6.1.8.3 Ereigniskataster StorMe

2013 war ein durchschnittliches Jahr, das durch punktuelle Ereignisse, die eine potenzielle Gefahr für die Öffentlichkeit und wichtige Sachwerte darstellten, geprägt war. 23 Ereignisse in Zusammenhang mit Naturgefahren sind verzeichnet worden:

Teils heftige Schneefälle und schwer einzuschätzende Lawinengefahrssituationen haben mehrere Unfälle verursacht. Ein tödlicher Unfall (Wanderer) ist zu beklagen. Einige Perioden mit hohen Niederschlagsmengen, insbesondere im Mai und im Juni, hatten Rutschungen zur Folge, zudem sind gewisse Wasserläufe über die Ufer getreten.

Jahr	Lawine	Sturzprozess	Rutschung	Wasser	Total
2004	0	5	3	2	10
2005	0	3	51	21	75
2006	1	4	16	0	21
2007	1	5	31	6	43
2008	0	2	2	0	4
2009	3	8	3	3	17
2010	6	2	3	4	15
2011	0	3	2	3	8
2012	3	6	7	1	17
2013	1	7	13	2	23
<b>Total</b>	<b>19</b>	<b>52</b>	<b>155</b>	<b>53</b>	<b>279</b>
Jahresdurchschnitt seit 1998	1	3	10	3	17

#### 6.1.8.4 Stellungnahmen in Sachen Naturgefahren (KNG - BRPA)

Die Gefahrenkarten werden unter anderem für die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen (284 Gesuche) und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen von Änderungen der OP, DBP, RegRP und GEP (40 Gesuche) verwendet. Letztere werden grösstenteils von der Naturgefahrenkommission (KNG) angefertigt.

Jahr	Baubewilligungen	Stellungnahmen OP, DBP, RegRP, GEP
2012	316	108
2013	284	40

#### 6.1.8.5 Schutzwälder

Die Programmvereinbarung «Schutzwälder 2012–2015» ist am Laufen. Sie sieht Arbeiten für rund 30 000 000 Franken vor, die zu einem Betrag von 19 000 000 Franken subventioniert werden, wovon der Bund dem Kanton während dem ganzen Zeitraum 12 120 000 Franken gewährt. Diese Arbeiten beinhalten waldbauliche Massnahmenprogramme, Jungwaldpflege, phytosanitäre Massnahmen und Massnahmen zur Verbesserung und Wiederinstandstellung von Infrastrukturen.

> Waldbauliche Massnahmen in Schutzwäldern

Jahr	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Bezahlte Subventionen Fr.	Beeinflusste Fläche Ha	Geplante Holznutzung m <sup>3</sup>	Phytoparasitäre Schäden m <sup>3</sup>
2012	21	3	12	3 350 000	467	37 860	16 000
2013	17	9	38	3 438 000	433	58 810	11 660

> Infrastrukturen in Schutzwäldern

Jahr	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Betrag der Arbeiten Fr.	Bezahlte Subventionen Fr.	Betroffene Waldfläche Ha	Instandgestellte Wege m <sup>2</sup>
2012	6	-	7	503 000		544	6671
2013	8	9	6	390 000		403	3528

Ein neues Projekt «Schutzwaldmonitoring» wurde 2013 auf die Beine gestellt. Es handelt sich um ein Instrument zur qualitativen Bewertung der Schutzwälder, das Indikatoren berechnet, die sowohl für die lokale Planung als auch für regionale und kantonale Interessen von Nutzen sein können. Das System verwendet zahlreiche bereits zur Verfügung stehende Informationen.

#### 6.1.8.6 Lokale Naturgefahrenberater

Dieses Vorgehen wurde 2013 weiter konsolidiert, auch wenn die Einsetzung von Gemeindeführungsorganen (GFO-BSMA) eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Es wurden zwei Weiterbildungstage durchgeführt. An einem der beiden Tage besuchten die Walliser Kollegen den Kanton Freiburg. Die Teilnehmer sind motiviert und gewinnen an Kompetenz.

#### 6.1.9 Holzproduktion und -verwendung

##### 6.1.9.1 Jungwaldpflege

Die Programmvereinbarung 2012-2015 ist am Laufen.

2013 betrug die Fläche der Jungwaldpflege 692 ha.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 1 395 000 Franken.

##### 6.1.9.2 Erneuerung der Wälder

Die defizitäre Holzernte für die Erneuerung der Wälder wird vom Kanton subventioniert. Eine Fläche von 18 ha ist betroffen.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 486 000 Franken.

##### 6.1.9.3 Waldschäden

Das Schadenholzvolumen beträgt 14 200 m<sup>3</sup>, davon sind 7300 m<sup>3</sup> der Programmvereinbarung «Schutzwälder» zuzuschreiben.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 485 000 Franken.

##### 6.1.9.4 Revierkörperschaften

Es gibt 35 Forstreviere.

In 31 Forstrevieren gibt es eine Betriebseinheit für die öffentlichen Wälder. Diese Betriebseinheiten haben folgende Rechtsformen:

- > 22 Körperschaften verfügen über Statuten und eine eigene Rechtspersönlichkeit;
- > 4 Einheiten sind durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen zwei Partnern geregelt;

- 
- > 4 Einheiten wurden durch einen einzigen Eigentümer gebildet;
  - > 1 Einheit ist eine Mehrzweckgenossenschaft.

4 Reviere bestehen vor allem aus Privatwäldern und einigen kleinen öffentlichen Wäldern. Die Eigentümer sind nicht in einer Betriebseinheit zusammengeschlossen.

In verschiedenen Regionen des Kantons, insbesondere im Glane- und Saanebezirk, sind Projekte zur Entwicklung der forstlichen Betriebseinheiten in Arbeit.

#### 6.1.9.5 Holzförderung

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Freiburgischen Verband für Waldwirtschaft (FVW) wurden Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren, insbesondere im Bau- und Energiebereich.

2013 feierte Lignum Freiburg sein 25-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurden 3 Veranstaltungen für die Mitglieder und Akteure der Holzbranche organisiert.

#### 6.1.10 Erholungsfunktion des Waldes

Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Der Kanton subventioniert gewisse Kosten für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, die von den Waldeigentümern erbracht werden.

2013 belief sich die kantonale Unterstützung auf 832 000 Franken. Dies entspricht rund 2.85 Fr. pro Einwohner des Kantons Freiburg.

#### 6.1.11 Ausbildung

##### 6.1.11.1 Forstwartlehre EFZ + EBA

#### **Lehrabschlussprüfungen**

16 Kandidaten (davon 2 Repetenten), davon 14 französisch- und 2 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

13 Kandidaten bestanden die Prüfung, 3 fielen durch.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 654 Forstwarte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

#### **Zwischenprüfungen**

12 Lernende im 1. Lehrjahr (9 französisch- und 3 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern absolviert. 9 Lernende haben sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert. 2 haben in die Ausbildung Forstpraktiker EBA gewechselt und einer hat seine Lehre abgebrochen.

17 Lernende im 2. Lehrjahr (14 französisch- und 3 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. Ein Lernender ist durchgefallen. Er wurde, zusammen mit seinen Ausbildnern und seinen Eltern, zu einer Sitzung eingeladen, um die Situation zu diskutieren. Im 2. Lehrjahr finden keine schulischen Prüfungen in den allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern statt.

#### **Rekrutierung neuer Lernender**

Anfang Herbst 2013 haben 19 neue Lernende ihre Lehre begonnen. Davon sind 17 französischer und 2 deutscher Muttersprache.

##### 6.1.11.2 Anlehre als Forstwart

5 Absolventen einer Anlehre haben am 12. Juli 2013 bei der Abschlussfeier in Grangeneuve ihren «Anlehre-Ausweis» erhalten. Einer von ihnen wird seine Ausbildung im zweiten Jahr EFZ weiterführen.

Die 2 Lernenden, die ihre Anlehre beenden, werden in die Ausbildung mit EBA integriert.

### 6.1.11.3 Ausbildung Forstpraktiker EBA

7 Lernende (3 französisch- und 4 deutschsprachige) haben ihre zweijährige Grundausbildung begonnen. 3 Verträge wurden ausserhalb des Kantons abgeschlossen (OW, ZG, BE).

### 6.1.11.4 Anzahl Lernende pro Lehrjahr am 1. Januar 2013

	Lernende	französischsprachig	deutschsprachig
1. Jahr	13	9	4
2. Jahr	17	14	3
3. Jahr	15	13	2
Anlehre	7	6	1
Total	52	42	10

### 6.1.11.5 Überbetriebliche Kurse für die Lernenden

Die Lernenden besuchten Kurse über Holzerei- und Rückearbeiten, Waldbau und Nothilfe sowie einen Gebirgs- und Baukurs.

### 6.1.11.6 Weiterbildung

- > Motorsäge- und Holzerkurs 2  
Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse 2 wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.
- > Nothilfe Forst Repetitionskurs  
In Grangeneuve, vom 4. bis 5.09.2012, mit 27 Teilnehmern
- > Kurs Biologische Rationalisierung  
In Winterthur, am 27.09.2012, mit 1 Teilnehmer
- > Kurs Modul H2, «Berufsbildner Grundkurs»  
In Riedholz SO, vom 24. bis 28.09.2012, mit 1 Teilnehmer
- > Kurs Modul H2 «Schulung von Berufsbildnern»  
In Lyss, vom 4. bis 8.02.2013, mit 2 Teilnehmern
- > Weiterbildungskurs «Unterhalt und Aufwertung der Hecken»  
In Grangeneuve, am 15.03.2013, mit 13 Teilnehmern
- > Nothelfer-Wiederholungskurse für das Forstpersonal  
In Grangeneuve, am 3. und 7.05.2013, mit 22 Teilnehmern
- > Kurs «Verjüngung der Eiche und forstliches Vermehrungsgut»  
Im Staatswald Galm, am 17.05.2013, mit 3 Teilnehmern
- > Kurs über Waldbiodiversität «Fördern seltener Arten im Bergwald»  
In Jaun und im Stillwasserwald, am 24.05.2013, mit 22 Teilnehmern
- > Kurs über Waldbiodiversität «Fördern seltener Arten im Bergwald»  
In Plaffeien und auf dem Feld, am 27.05.2013, mit 7 Teilnehmern
- > Kurs Modul D4: «Waldbau: Ausführung II»  
In Lyss, vom 3. bis 7.06.2013, mit 1 Teilnehmer
- > Kurs Modul H3 «Personalführung Grundlagen»  
In Riedholz SO, vom 13. bis 17.06.2013, mit 1 Teilnehmer
- > Weiterbildungskurs in Waldbau für das Forstpersonal  
In Seon AG, am 13.06.2013, mit 6 deutschsprachigen Teilnehmern und am 20. und 21.06.2013, mit 44 französischsprachigen Teilnehmern.

### 6.1.11.7 Eidgenössischer Fachausweis und Höhere Fachschule

1 Person schloss die Ausbildung als Forstwart-Vorarbeiter ab.

8 Personen haben ihre Ausbildung als Förster abgeschlossen.

#### 6.1.11.8 Praktikanten

2 Personen haben ein Vorstudienpraktikum in einem Lehrbetrieb gemacht, um in die FH eintreten zu können.

6 Schüler der Försterschule Lyss haben in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert.

1 Studentin der Fachhochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in Zollikofen hat im 5. Forstkreis ein Praktikum absolviert.

2 Personen mit einem Bachelor-Abschluss haben im 3. und 5. Forstkreis ein Praktikum absolviert.

2 Personen mit einem Bachelor-Abschluss haben im 1. und 3. Forstkreis ein Wählbarkeitspraktikum absolviert.

1 Universitätsstudent hat in der Zentrale des WaldA ein Praktikum absolviert.

#### 6.1.11.9 Kurse für Landwirte

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Landwirtschaftsschule Grangeneuve haben Kurse in Holzen absolviert.

#### 6.1.12 Betriebspläne

Folgende Betriebspläne/Bewirtschaftungspläne wurden 2013 genehmigt:

Kreis 4: Betriebsplan 2009-2023 der Wälder der Revierkörperschaft Moléson.

Kreis 5: Betriebsplan 2012-2022 der Wälder von Catherine Waeber in Barberêche.

#### 6.1.13 Waldrichtplanung

Der Prozess der Freiburger Wald-Richtplanung FWRP wurde 2013 lanciert. Zwei Unterstützungsmandate wurden an Forstingenieurbüros vergeben. Das erste Mandat betrifft die wichtige partizipative Phase dieser Planung. Das zweite betrifft das Sammeln von Informationen für die Funktionskarten.

Diese Richtplanung, die erstmals auf kantonaler Ebene durchgeführt wird, wird es ermöglichen, die Akteure des freiburgischen Waldes auf die zahlreichen zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten.

#### 6.1.14 Statistik der Waldfläche, der Unternehmen und Eigentümer

	Öffentliche Wälder	Privatwälder	Total
Wald gemäss Schweizer Forststatistik	24 000 ha (56,5 %)	18 500 ha (43,5 %)	42 500 ha
Anzahl Unternehmen / Eigentümer	96	ca. 12 000	ca. 12 100

Von den 96 öffentlichen Forstunternehmen haben 45 eine Fläche von weniger als 50 ha, 17 haben eine Fläche zwischen 50 und 200 ha und 34 Unternehmen sind grösser als 200 ha.

#### 6.1.15 Forstliche Infrastrukturen ausserhalb von Schutzwäldern

Jahr	Neue Projekte	Abgeschlossene Projekte	Laufende Projekte	Betrag der Arbeiten Fr.	Bezahlte Subventionen Fr.	Neue Wege m <sup>2</sup>	Instandgestellte Wege m <sup>2</sup>	Betroffene Perimeter Wald Ha
2012	6	3	6	315 000	174 000	591	760	85
2013	7	7	6	560 000	336 000	900	2400	230

Diese Zahlen beinhalten ebenfalls den Bau eines Holzschnitzlagers.

#### 6.1.16 Investitionskredite

Einem privaten Forstbetrieb wurde ein Kredit für den Kauf eines Mobilseilkrans gewährt. Die Verschuldung gegenüber dem Bund ist Ende 2013 aufgrund einer Zahlung von 100 000 Franken leicht angestiegen, und zwar auf 2 965 000 Franken (Zahlen gerundet).

Jahr	Neue Verträge	Aufgelöste Verträge	Laufende Verträge	Verschuldungsniveau Fr.	Ausbezahlte Beträge Fr.	Zurückbezahlte Beträge Fr.
2012	6	6	36	2 863 000	628 000	658 000
2013	4	8	32	2 965 000	618 000	530 000

## 6.2 Jagd, Wild und Fischerei

### 6.2.1 Anzeigen

2013 haben die Wildhüter-Fischereiaufseher folgende Anzeigen erstattet:

Anzeigen im Bereich Jagd und Schutz der Fauna	63
Anzeigen im Bereich des Strassengesetzes	104
Anzeigen im Bereich Fischerei	18
Anzeigen im Bereich Gewässerschutz	68

2 Personen wurde für die Jagdsaison 2013/2014 keine Berechtigung zur Ausübung der Jagd erteilt, da gegen sie eine Strafuntersuchung wegen Jagdhandlungen läuft.

### 6.2.2 Jagdsaison

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse und von Haarraubwild vom 16. bis 28. September gestattet. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 16. September bis 12. Oktober im Flachland jagen. Sie durften ein bis drei Rehe erlegen. Zwischen dem 14. und 19. Oktober konnten die Jäger an bestimmten Orten zusätzliche Rehe erlegen, um den Druck auf den Wald zu verringern. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September, und läuft bis am 31. Januar 2014. Der Abschuss von Hasen und Murmeltieren war verboten (diese Massnahme wurde 1990 bzw. 2009) eingeführt.

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 9. bis 14. September und vom 14. Oktober bis 2. November im Gebirge oder im Flachland einen männlichen Hirsch oder ein Kalb erlegen. An diesen Daten wurden 38 der 60 im Abschussplan vorgesehenen Hirsche erlegt. Daher wurde vom 11. bis am 23. November eine Ergänzungsjagd organisiert. Zusammen mit dieser Ergänzungsjagd wurden insgesamt 55 der 60 im Abschussplan vorgesehenen Hirsche erlegt. Vom 9. bis 14. September fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Angesichts des Rückgangs des Steinwildbestands war es dieses Jahr nicht nötig, eine Regulierungsjagd durchzuführen.

Das Patent E für die Jagd auf Federwild berechtigte zu dessen Jagd vom 17. September bis 15. Januar und zur Jagd von Waldschneepfen vom 15. Oktober bis 14. Dezember.

### 6.2.3 Statistik der 2013 ausgestellten Jagdpatente

Patente A (Jagd im Gebirge)	324
Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)	740
Patente C (Jagd auf den Hirsch)	172
Patente D (Jagd auf Wildschweine)	572
Patente E (Jagd auf Federwild)	165
Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)	0
Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)	3
<b>Anzahl Jäger</b>	<b>784</b>

### 6.2.4 Statistik des im Herbst 2013 und im Winter 2012/2013 erlegten Wildes

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger folgendes Wild erlegt:

Gämse	270	Dachse	9
Rehe	1576	Steinmarder	19

Gämsen	270	Dachse	9
Steinwild	0	Baumrarder	7
Hirsche	55	Verwilderte Hauskatzen	8
Hasen	0	Waldschneppen	76
Wildschweine	53	Tauben	101
Murmeltiere	0	Raben, Häher, Elstern	355
Füchse	1246	Wasserwild	383

### 6.2.5 Verendete Tiere

Zwischen April 2012 und März 2013 wurden tot aufgefunden:

Gämsen	60	(70 % infolge Schwäche oder Sturz resp. Lawinen)
Rehe	622	(73 % durch den Autoverkehr getötet)
Steinwild	11	(100 % durch Sturz oder Lawinen)
Hirsche	7	(71 % durch den Autoverkehr getötet)
Feldhasen	19	(74 % durch den Autoverkehr getötet)
Wildschweine	24	(92 % durch den Autoverkehr getötet)
Füchse	549	(63 % durch den Autoverkehr getötet)
Dachse	175	(88 % durch den Autoverkehr getötet)

### 6.2.6 Statistik der Fischereipatente

Im Jahr 2013 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

#### Flüsse und kantonale Seen (Patent A)

Jahrespatente	1377
Halbjahrespatente	167
Wochenpatente	105
Tagespatente	1782

#### Nur Flüsse (Patent B)

Jahrespatente	199
Halbjahrespatente	37

#### Nur kantonale Seen (Patent C)

Jahrespatente	399
Halbjahrespatente	178

#### Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E)

Jahrespatente	835
Halbjahrespatente	193
Wochenpatente	18
Tagespatente	231

#### Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F)

Jahrespatente	106
Halbjahrespatente	37
Tagespatente	1183

#### Zusatzpatent für Gastfischer (Patent G)

Jahrespatente	472
---------------	-----



---

## **Flüsse und kantonale Seen (Patent A)**

Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen	13
--	----

### **6.2.7 Pachtfischerei**

2010 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauert bis Ende 2015.

Von 72 Fischereilosen sind 69 verpachtet.

### **6.2.8 Fischerei im Neuenburgersee**

Im Jahr 2013 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

4 Berufspatente (Patent A), 3 Spezialberufspatente (Patent B), 154 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 131 Sportfischereipatente (Patent D), 115 Zusatzpatente für Gastfischer, 9 Tagespatente C und 56 Tagespatente D.

### **6.2.9 Fischerei im Murtensee**

Im Jahr 2013 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 325 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 416 Sportfischereipatente (Patent D) und 285 Zusatzpatente für Gastfischer.

### **6.2.10 Besondere Ereignisse**

#### **6.2.10.1 Vereinfachung der Jagdgesetzgebung**

Mit der Genehmigung der neuen dreijährlichen Verordnung über die Ausübung der Jagd für die Jahre 2012, 2013 und 2014 hat der Staatsrat die Gesetzgebung im Jagdbereich vereinfacht.

Die Einführung eines Grundpatents, das zur Jagd von Haarraubwild und Raben vom 1. September bis 15. Februar berechtigt, entspricht einem oft geäußerten Wunsch der Jäger.

Zum Schutz des Hirsches während der Brunftzeit wurde diese Jagd um eine Woche vorgezogen. In der ersten Woche ist nur der Abschuss von männlichen Tieren und Kälbern erlaubt, dann wird die Rothirschjagd während vier Wochen eingestellt. Dieser Jagdverzicht ermöglicht dem Hirsch eine ruhige Brunft und wirkt sich vorteilhaft auf die Verteilung der Brunfteinstände in den Voralpen aus, sodass sich in Zukunft das Schauspiel der Hirschbrunft in weiteren Regionen beobachten lässt.

Der Plan(+) ermöglicht es einem Jäger, der sein Kontingent bereits ausgeschöpft hat, ab der 3. Jagdwoche ein zusätzliches Reh zu erlegen, um in Sektoren zu jagen, in denen ein starker Druck auf den Wald besteht.

Verschiedene Massnahmen zur Erleichterung der Jagd auf das Wildschwein sind in die Gesetzgebung aufgenommen worden, beispielsweise die Verlängerung der Jagdperiode im Flachland vom 1. September bis 31. Januar, die Reorganisation der Jagd von Hochsitzen aus am Südufer des Neuenburgersees und die Öffnung einiger Waldwege in den Voralpen zur Verbesserung des Zugangs.

#### **6.2.10.2 Entwicklung der Aufteilung der von Wildschweinen verursachten Schäden**

Im Vergleich zu 2012 sind die Entschädigungen für Wildschweinschäden an landwirtschaftlichen Kulturen stark angestiegen. Die Entschädigungen, die aus dem Fonds für das Wild entrichtet wurden, sind von 97 582 Franken auf über 170 300 Franken angestiegen, was einer Zunahme von mehr als 66 % gegenüber 2012 entspricht. 2014 werden im ganzen Kanton Freiburg neue jagdliche Massnahmen ergriffen, um diese Kosten zu senken und unter Kontrolle zu bringen. Solche Massnahmen sind unabdingbar, denn die kantonale Subvention für den Fonds für das Wild geht infolge der Strukturmassnahmen auf 130 000 Franken jährlich zurück. Dieser Betrag wird in der Finanzplanung übernommen.

#### **6.2.10.3 Besondere Ereignisse**

Im Herbst 2012 haben 5 Grossräte Anfragen an den Staatsrat gerichtet über die Organisation und die Funktionsweise des WaldA, nachdem einem Wildhüter-Fischereiaufseher nach der Probezeit gekündigt worden war. Die Direktion

---

hat beschlossen, eine Administrativuntersuchung zu eröffnen, in der der Sachverhalt festgestellt und den betroffenen Kreisen zur Kenntnis gebracht werden sollte. Nach der Durchführung dieser Administrativuntersuchung, beantwortete der Staatsrat die 5 parlamentarischen Vorstösse (Antwort vom 7. Mai 2013).

## 7 Oberämter

---

### 7.1 Oberamtännerkonferenz

Die vom Oberamtann des Vivisbachbezirks präsidierte Oberamtännerkonferenz hat 12 ordentliche Sitzungen abgehalten.

Das Protokoll wird von Patrice Borcard, Oberamtann des Greyerzbezirks, geführt.

Am 6. März 2013 traf sich die Oberamtännerkonferenz mit dem Gesamtstaatsrat. Zudem konnte sie sich bilateral mit gut fünfzehn verschiedenen Gesprächspartnern unterhalten, darunter mit Staatsräten, Dienstchefs und Verantwortlichen von Einheiten oder Sektoren.

Diese im Übrigen stets sehr erfolgreichen Treffen waren natürlich aufgrund des aktuellen Geschehens erforderlich.

Ebenfalls aufgrund des aktuellen Geschehens sind rund zwanzig Vernehmlassungen auf dem Tisch der Oberamtännerkonferenz gelandet, die sie jeweils ausführlich beantwortet hat.

Das Thema, welches die Oberamtänner und die Oberämter am meisten beschäftigte, war zweifellos das neue Baurecht und seine bedeutenden Auswirkungen auf die Tätigkeit des Oberamts.

Die Oberamtänner leiten zudem Innoreg.FR, die tragende Struktur endogener Entwicklungsprojekte, die von einer finanziellen Unterstützung der NRP profitieren oder profitieren können.

### 7.2 Oberamt des Saanebezirks

Oberamtann: **Carl-Alex Ridoré**

#### 7.2.1 Bereiche der EKSD

**Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français (der Verband).** Der Verband war weiter damit beschäftigt, die neue statuarische Organisation umzusetzen, namentlich die Zentralisierung und Harmonisierung der Verwaltungstätigkeiten und des Rechnungswesens der vier Schulen zu konkretisieren und interne Weisungen auszuarbeiten. Der Vorstand hat sich übrigens ein neues Steuerungsinstrument für die Verwaltung der Infrastrukturen gegeben, mit der Aussicht auf eine Harmonisierung der Verwaltung der Finanzmittel und der Erhaltung der Aktiva des Verbandes. Nebst den technischen und finanziellen Anforderung besteht das Ziel mittel- und langfristig darin, den Komfort für die Schüler, für das Lehr- und Verwaltungspersonal und die Besucher zu erhalten.

**Coriolis Infrastrukturen.** Die Eröffnung eines Casinos in Neuenburg Ende 2012 verbunden mit veränderten Spielgewohnheiten hat zu einem Rückgang des finanziellen Beitrags des Casinos von Freiburg von 17,45 % an den Kulturfonds der Agglomeration Freiburg geführt. Um diesen Rückgang auszugleichen hat der Vorstand mehrere Massnahmen vorgesehen, unter anderem eine Kürzung des Betrags an die Stiftung Equilibre und Nuithonie, eine Kürzung der Investitionen zugunsten anderer kultureller Infrastrukturen und eine höhere Beteiligung der Mitgliedgemeinden. Die höhere Beteiligung wurde von der Delegiertenversammlung am 18. Dezember 2013 angenommen und wird im Frühjahr 2014 von den Legislativen der fünf Mitgliedgemeinden genehmigt werden müssen.

**Konsultativkonferenz zur Kultur in der Region Freiburg.** 350 Personen haben an der Abendveranstaltung zur Lancierung der Konsultativkonferenz am 28. Februar im Equilibre teilgenommen. Der politische Steuerungsausschuss, dem der Präsident von Coriolis Infrastrukturen, der Präsident der Agglomeration und der

---

Ammann der Stadt angehören, hat die 12 Mitglieder der Arbeitsgruppe vorgestellt, die den Auftrag haben, unter der Koordination der Kulturbeauftragten und Vorsteherin des städtischen Kulturamtes, sich mit einer Neudefinierung der Kulturpolitik mit einer Vision bis 2030 auseinanderzusetzen. Am Rande des partizipativen Prozesses wurden auch Debatten, Konferenzen und Kulturcafés organisiert, deren Höhepunkte auf der Website [www.assises-culture.ch](http://www.assises-culture.ch) aufgeführt sind und deren Ergebnisse im Frühjahr 2014 erwartet werden.

### 7.2.2 Bereiche der SJD

**Öffentliche Gaststätten und zeitlich befristete Grossveranstaltungen.** Die Überwachung der öffentlichen Gaststätten, die Verlängerungsgesuche und die feuer- und baupolizeilichen Kontrollen, haben das Personal des Oberamts wie gewöhnlich ziemlich beschäftigt. Nach dem Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung über die öffentlichen Gaststätten (ÖGG) wurden beim Oberamt insbesondere 26 Gesuche um Zusatzpatente B+ (früher «nächtliche Öffnungszeit») eingereicht, wovon 17 genehmigt werden konnten. Nebst der Aktualisierung der verschiedenen Formulare und Weisungen und der Erteilung zahlreicher Bewilligungen verschiedenster Art (Patente K, Umzüge usw.), hat der Oberamtmann mehrere Grossveranstaltungen (wie die Bolzenfasnacht; Final der Meisterschaft NLA; 75-jähriges Bestehen des HC Fribourg Gottéron; 28. Giron des musiques; Final der Swiss Basket League; Freiburger Messe; 18. Giron des jeunes sarinoises; Heroes Day der Tamil Tigers) bewilligt. Bei Bedarf organisiert das Oberamt Vorbereitungs- und Koordinationssitzungen mit den verschiedenen Partnern.

**Tätigkeiten und störende Begleiterscheinungen in Zusammenhang mit der Prostitution.** Dank umfangreicher Renovierungen der Räumlichkeiten, die nach den systematischen, vom Oberamt Saane angeordneten Inspektionen in allen Gebäuden vorgenommen wurden, konnten die gesundheitlichen Bedingungen an der Grand-Fontaine deutlich verbessert werden. Auf Ansuchen der Stadt Freiburg hat die Arbeitsgruppe, die der Oberamtmann aus lokalen Behörden, der Kantonspolizei, der Gewerbebehörde und den Anwohnern gebildet hat und die nun ein Verein ist, während dem Berichtsjahr Überlegungen gemacht und Aktionen durchgeführt, damit die störenden Begleiterscheinungen der Prostitution an diesem Ort besser unter Kontrolle gebracht werden können.

**Feuerwehr und -polizei.** Nebst dem traditionellen Abend, an dem administrative Informationen erteilt werden und an dem Kommandanten und Präsidenten der örtlichen Feuerkommissionen teilnehmen, hat der Oberamtmann zahlreiche Feuerwehrkorps inspiziert und verschiedene Arbeitssitzungen abgehalten, die die Zusammenarbeit im Bereich Brandbekämpfung in den verschiedenen Regionen des Bezirks verbessern und stärken soll. Ein Mitarbeiter des Oberamts hat das Oberamt im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden sowie des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Projekt «ECALex») vertreten.

### 7.2.3 Bereiche der ILFD

**Politische Rechte.** Ein Teil des Personals des Oberamts wurde bei den kantonalen und den eidgenössischen Wahlen für die Koordination und den Vollzug von gesetzlichen Aufgaben in Anspruch genommen. Das Oberamt des Saanebezirks hat aktiv am Projekt SyGEV mitgewirkt, das die Einführung eines neuen Informatiksystems für die Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen zum Ziel hat. Der Oberamtmann wurde zum Mitglied der Projektoberleitung ernannt und einer seiner Mitarbeiter zum Mitglied des Projektausschusses und des Ausschusses zur Evaluation zukünftiger Anbieter.

**Agglomeration.** Das Agglomerationsprogramm Freiburg (2. Generation) wurde im Laufe des ersten Halbjahres 2013 vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) beurteilt. Das ARE legte den Beitragssatz der Mitfinanzierung bei 40 % fest, was dem höchstmöglichen Beitragssatz entspricht. Dies ergibt einen Beitrag von 26,1 Millionen Franken für die Periode 2015-2018. Die Gesamtkosten für die 48 beschlossenen Massnahmen werden mit 65,4 Millionen Franken veranschlagt. Der Staat Freiburg beteiligt sich an 9 Massnahmen mit 2,8 Millionen Franken. Formell muss über den Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für das Programm noch abgestimmt werden, was im Laufe des Jahres 2014 der Fall sein sollte.

Das Oberamt beteiligt sich ausserdem aktiv an den Arbeiten unter der Federführung der ILFD betreffend die Agglomeration Freiburg und die Gemeindezusammenschlüsse. Der Oberamtmann ist Mitglied des

---

Steuerungsausschusses, während einer seiner Mitarbeiter sich an den Arbeiten der Gruppe der Fachspezialisten beteiligt.

**Fusionsplan.** Der Oberamtmann hat seine Arbeiten im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Fusionsplans für den Saanebezirk weitergeführt und abgeschlossen. Sein ursprünglicher Entwurf des Fusionsplans sowie die Ergebnisse der Vernehmlassung bei den Direktionen wurden im Januar den 36 Gemeinderäten vorgestellt, wobei sie jeweils entsprechend der verschiedenen geplanten Perimeter eingeladen wurden. Im Rahmen der Vernehmlassung bei den Gemeindebehörden schlossen sich 26 Gemeinden, also fast drei Viertel (72 %) der Gemeinden, die mehr als drei Viertel (77 %) der Bevölkerung des Bezirks ausmachten, dem ursprünglichen Vorschlag des Oberamtmanns an.

Am 28. März 2013 stellte der Oberamtmann der ILFD seinen definitiven Fusionsplan vor, der fünf grosse Fusionsperimeter vorsieht (Oberer Saanebezirk, Gibloux, Saane Nord, Saane West und Grossfreiburg). Um die Umsetzung der geplanten Fusionen, insbesondere jener von Grossfreiburg, zu begünstigen, äusserte der Oberamtmann den Wunsch, dass vier Begleitmassnahmen umgesetzt würden, nämlich: Gesetzgeberische Überlegungen anzustellen über die Möglichkeit zur Bildung von «Kreisen» in Gemeinden einer gewissen Grösse, eine vertiefte Auseinandersetzung basierend auf den Kriterien des Bundes über die Grösse des Agglomerationsgebiets, erfolgreicher Abschluss der institutionellen und strukturellen Reformen der Agglomeration und schliesslich Intensivierung der für eine Stärkung des Kantonszentrums notwendigen kantonalen Investitionen.

Am 4. Juni 2013 verabschiedete der Staatsrat den vorgeschlagenen Plan und nahm Kenntnis von den darin enthaltenen Erwägungen. Der Fusionsplan wurde anschliessend an Informationsabenden in Anwesenheit des Oberamtmanns der Bevölkerung der 36 Gemeinden des Bezirks vorgestellt.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Das Fusionsprojekt «2c2g – Englisbourg» (Chésopelloz, Corminbœuf, Givisiez und Granges-Paccot) wurde im Laufe des Jahres 2013 fertig ausgearbeitet und es wird der Bevölkerung im März 2014 zur Abstimmung unterbreitet werden mit der Aussicht auf einen Zusammenschluss per 1. Januar 2016. Auf Anfrage des Oberamtmanns hin konnten ihm die von diesem Projekt betroffenen Gemeinderäte bestätigen, dass die geplante Fusion eine ihrer Ansicht nach notwendige Etappe sei vor der Fusion Grossfreiburg mit der Perspektive 2021.

Die Gemeinderäte von Freiburg, Marly und Villars-sur-Glâne führten ihrerseits die Gespräche im Hinblick auf einen Zusammenschluss in Grossfreiburg weiter und beschlossen im September 2013, am 18. Mai 2014 eine Konsultativabstimmung über die Fusion durchzuführen. Nachdem der Generalrat von Villars-sur-Glâne am 7. November beschlossen hatte, bei der Konsultativabstimmung die Analyse der Gemeindeexekutive zu unterstützen, gemäss der ein Zusammenschluss beim aktuellen Stand der Dinge nicht durchführbar sei, entschied der Gemeinderat der Stadt Freiburg im folgenden Monat, den Fusionsprozess auszusetzen und auf die Konsultativabstimmung bei der Bevölkerung zu verzichten.

Das Vorprojekt des Gemeindezusammenschlusses Gibloux (Corpataux-Magnedens, Farvagny, Rossens, Le Glèbe, Vuisternens-en-Ogoz, Hauterive), ist ausgereift und wurde im Herbst 2013 einer Konsultativabstimmung unterzogen. Während das Vorprojekt in den übrigen Gemeinden deutlich angenommen wurde, wurde es von der Bevölkerung von Hauterive abgelehnt. Das Projekt wird ohne die Gemeinde Hauterive weiterverfolgt.

In Saane West und Saane Nord sind auf der Stufe der im Fusionsplan des Saanebezirks vorgeschlagenen Perimeter vorbereitende Schritte im Hinblick auf Fusionsstudien unternommen worden.

#### 7.2.4 Bereiche der VWD

**Neue Regionalpolitik (NRP).** In Erwartung der Schaffung einer formellen Regionalstruktur vertritt der Oberamtmann den Saanebezirk weiterhin im Vorstand des Vereins der Freiburger Regionen für die Neue Regionalpolitik (INNOREG FR). Die operative Zusammenarbeit mit den übrigen Regionalsekretariaten wird von der Agglomeration Freiburg gewährleistet.

#### 7.2.5 Bereiche der GSD

**CODEMS.** Die Kommission für Pflegeheime des Saanebezirks (CODEMS) nutzte die Einführung der neuen «kantonalen» Richtlinie für die Berechnung der Finanzierungs- und Investitionskosten für Pflegeheime (Richtlinie «Fiffine»), um ihr Reglement zu aktualisieren und ihre Grundsätze betreffend die Übernahme der Kosten zur

---

Finanzierung der Pflegeheime zu vereinfachen. Auf dieser Grundlage nahm sie eine systematische und eingehende Kontrolle der Anlagebuchhaltung aller Pflegeheime des Bezirks vor. Sie hat ausserdem die Schlussabrechnungen der Pflegeheime La Providence und St-Martin kontrolliert. In Zusammenarbeit mit der Association des communes pour les services médico-sociaux (ACSMS) hat die Kommission den Abbau des historischen Rückstands von einem Jahr bei den Zahlungen der Finanzierungskosten der Pflegeheime in Angriff genommen. Die erfolgreiche Ausglichung des Rückstandes verschaffte den Gemeinden wesentliche und nachhaltige Zinersparnisse und ermöglichte es den Pflegeheimen des Bezirks, ihre Finanzen zu verbessern. Schliesslich nahm die Kommission Stellung zur Planung neuer Pflegeheimbetten im Bezirk.

**Association des Communes pour les Services Médico-Sociaux (ACSMS).** In den letzten Jahren wurden verschiedene Schritte unternommen, um die Funktionsweise des Gemeindeverbands und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten im sozialmedizinischen Bereich auf der Ebene des Bezirks zu verbessern. In Anbetracht der Zunahme der Aufgaben des Gemeindeverbandes, die unweigerlich immer komplexer werden, hat der Vorstand vor dem Sommer ein externes Organ damit beauftragt, eine Diagnose des Verbandes und seiner Partnerinstitutionen (Stiftung für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe, Codems und die Kommission für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe) zu stellen und Lösungen vorzuschlagen, die die Führung des Gemeindeverbands und seiner bevorzugten Partner verbessern könnten.

Damit das vom Vorstand gesetzte Ziel erreicht wird, nämlich den Gemeindeverband zu reorganisieren und ihn seiner Grösse anzupassen, um effizienter zu werden, werden im Auditbericht folgende Vorschläge gemacht (geordnet nach Wichtigkeit): Schaffung der Stelle eines Verwalters, Zusammenlegung der HR-Dienste und des Finanz- und Rechnungswesens der verschiedenen Partner, Anpassung und Stärkung der Rolle der Codems bei der Kontrolle der Aufwendungen und Investitionen der Pflegeheime, Bemühungen um Zusammenarbeit, Synergien und Kosteneinsparungen bei den Pflegeheimen des Bezirks und, längerfristig, Prüfung einer Vernetzung, bzw. Integration der Pflegeheime des Bezirks in den Verband.

#### 7.2.6 Bereiche der RUBD

**Ehemalige Deponie La Pila.** Das Oberamt bietet der Projektoberleitung des Konsortiums weiterhin seine Hilfe an, namentlich bei der Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen für die Öffentlichkeit in Zusammenhang mit der vom Oberamtmann beschlossenen Erweiterung des Zugangsverbotsperimeters.

**Poyaprojekt.** Die vom Oberamtmann des Saanebezirks präsidierte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit fortgeführt im Hinblick auf die Erarbeitung und die Koordination von Lösungen für das Verkehrsmanagement und die Grossveranstaltungen rund um die Sportanlage Saint-Léonard und auf dem Plateau d'Agy. Trotz der Herausforderung, die die verschiedenen Etappen der Baustelle der Poya-Brücke und der Baustelle der neuen SBB-Haltestelle darstellen, konnten für alle Phasen der Baustelle passende Verkehrs- und Sicherheitsdispositive erstellt werden.

**Neue Modalitäten bei der Behandlung von Baugesuchen.** Das Oberamt hat verschiedene Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu diesen neuen Modalitäten abgehalten. Es hat auch in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt, die zu diesem Zweck vom BRPA und dem TBA gebildet worden sind.

### 7.3 Oberamt des Sensebezirks

Oberamtmann: **Nicolas Bürgisser**

#### 7.3.1 Allgemeines

Die Annahme der Regionalplanung des Sensebezirks, mit einem Ziel bis 2030, bildete den Höhepunkt des vergangenen Jahres. Die Planung wurde an der Delegiertenversammlung der Region Sense im Herbst einstimmig gutgeheissen, nachdem vier Jahre daran gearbeitet worden war. Auch im letzten Jahr mussten leider wieder zahlreiche Demissionen von Gemeinderäten verzeichnet werden. Und erneut war es nur mehr oder weniger gut möglich, diese freien Sitze neu zu besetzen.

Die diversen Mitgliederkollektive der Sensler Gemeinden und Gemeindeverbände entwickeln sich unterschiedlich. Die Arbeit in der «Hauptstadtregion Schweiz» trägt die ersten Früchte. So figuriert die Arbeitszone Birch in

---

Düdingen neu unter den 10 wichtigsten Arbeitszonen der Hauptstadtregion Schweiz. Dass die Gemeinden des Sense-Oberlands dem Naturpark Gantrisch angehören, wird mit der Zeit ebenfalls immer positiver wahrgenommen.

Auch 2013 hat der Vorstand der Region Sense, der sich aus den 19 Gemeindepräsidentinnen und Ammännern der Sensler Gemeinden zusammensetzt, intensiv und in einem konstruktiven Klima zusammengearbeitet.

### 7.3.2 Tätigkeiten auf kommunaler, regionaler und kantonaler Ebene

Auch 2013 standen das Oberamt und der Oberamtmann den Sensler Gemeinden und Gemeindeverbänden, aber auch den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung, indem sie ihnen eine breite Palette an Dienstleistungen anboten. Beratung, Unterstützung und Koordinationstätigkeiten zwischen den Gemeinden gehören, wie bereits in der Vergangenheit, zu den Hauptaufgaben des Oberamts.

Nachfolgend werden – nach den Direktionen des Staates geordnet – die wichtigsten Aufgaben und Tätigkeiten erläutert, welche die Gemeinden, ihre Verbände und den Oberamtmann im Berichtsjahr beschäftigten.

### 7.3.3 Bereiche der EKSD

Die Eröffnung der neuen Dauerausstellung im Sensler Museum bildete den kulturellen Höhepunkt im vergangenen Jahr. Die Sensler Gemeinden beteiligen sich mit jährlich 120 000 Franken an den Betriebskosten des Museums. Ebenfalls wurden zwei Freilichtaufführungen mit grossem Erfolg durchgeführt. Die Entstehung des Schiffenensees in Räsch bei Düdingen (am Ufer des Schiffenensees, die Bühne sogar zum Teil im See!) und die Freilichtaufführung „Bachab“, welche das geologische Drama des Falli Hölli darstellte, waren beides Highlights des Sensler Kulturlebens. Beide Veranstaltungen waren restlos ausverkauft.

Die «Region Sense» führt das Sekretariat und die Buchhaltung der Orientierungsschule des Sensebezirks. Der Oberamtmann nahm als Vorstandsmitglied dieser Schule während des ganzen Jahres an ihrer Arbeit teil und unterstützte den Vorstand und die Gemeinden in allen Bereichen.

Schwierigkeiten gibt es bei den Schultransporten. Mehrere langjährige Busverbindungen wurden gestrichen und mussten mit teuren Schulbussen ersetzt werden.

### 7.3.4 Bereiche der SJD

Der jährliche Kdt-Rapport der Sensler Feuerwehrs-Korps fand in den Räumlichkeiten der Ambulanz Sense statt. Die vielfach neuen Korpskommandanten konnten dabei live die Arbeit der Ambulanz Sense und deren hervorragende Infrastruktur erleben. Auch wurden gemeinsam mit der KGV verschiedene Aspekte und Probleme der Feuerwehren besprochen. An mehreren Inspektionen der verschiedenen Feuerwehrs-Korps konnte sich der Oberamtmann ein Bild der Qualität in den verschiedenen Dörfern machen. Der Einsatz und der Wille waren überall hervorragend. Die Zusammenarbeit des Oberamts mit den lokalen Feuerwehrcorps, dem Stützpunkt Düdingen und der KGV war während des ganzen Jahres intensiv und effizient.

Fusionen und/oder mögliche Formen der Zusammenarbeit sind auch bei den verschiedenen Feuerwehrs-Korps ein Thema. Um die Anforderungen von FriFire zu erfüllen, welches verlangt, dass innerhalb von 15 Minuten nach einem Brandalarm 8 Feuerwehrmänner, davon 4 mit Atemschutz, auf Platz sind, müssen mehrere Feuerwehrcorps zusammenarbeiten mit benachbarten Feuerwehren eingehen.

Auch 2013 arbeitete der Oberamtmann des Sensebezirks als Vertreter der Oberamt männerkonferenz im Kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit.

Mehrere Sensler Gemeinden nahmen auf Einladung des Oberamts an drei gemeinsamen Arbeitssitzungen mit der bürgernahen Polizei teil. Diese Art der Zusammenarbeit wurde von allen Teilnehmern geschätzt, sodass die Arbeitssitzungen in regelmässigen Abständen wiederholt werden.

### 7.3.5 Bereiche der ILFD

Der Oberamtmann hat im Berichtsjahr seine offiziellen Besuche der einzelnen Gemeinden weitergeführt. Dabei hat er feststellen können, dass die Gemeinden des Sensebezirks gesamthaft gut geführt und verwaltet werden. Es gingen hingegen mehrere Rekurse und Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinderäte bei der Aufsichtsbehörde ein. Etliche

---

Arbeitssitzungen mit allen Gemeinden wurden zu vielen Themen durchgeführt. Es kann festgestellt werden, dass die Gemeinden nicht einzeln das Rad neu erfinden wollen und in vielen Bereichen gut zusammenarbeiten. Das gleiche gilt für die Koordination von Stellungnahmen zu anstehenden Vernehmlassungsverfahren.

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, so mussten auch 2013 etliche Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern registriert werden. Vielen Leuten ist nicht bewusst, welche Arbeit ein Gemeinderatsmandat mit sich bringt. Mit dem Verband der Verwaltungsangestellten der Gemeinden des Sensebezirks (und des Seebezirks) wurden im Hinblick auf ein Angebot von Ausbildungsgängen Schulungen durchgeführt.

Auch die Jagdsaison 2013 verlief mehrheitlich ohne Turbulenzen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Wald, Wild und Fischerei, den Wildhütern und dem Oberamt ist weiterhin gut. Die Jagd soll weiterhin Emotionen für alle auslösen – positive Emotionen.

Die Gemeindefusionen kommen weiter voran. Der Oberamtmann stellte in seinem Bericht den künftigen Bezirk mit neu 8 anstelle von 19 Gemeinden vor. Die konkrete Umsetzung hat nun begonnen. Die fünf Gemeinden Plaffeien, Oberschrot, Zumholz, Brünisried und Plasselb traktandierten die Fusionsabsicht bereits an deren Gemeindeversammlungen mit einem entsprechenden Kreditantrag. Überall wurden die Kreditanträge gutgeheissen. Die vier anderen Gemeinden des Sense Oberlandes – Giffers, Tentlingen, St. Silvester und Rechthalten – haben beschlossen, ihre Bürgerinnen und Bürger konsultativ über deren Meinung für eine allfällige Fusion zu befragen.

#### 7.3.6 Bereiche der VWD

Die ersten positiven Rückmeldungen für den Sensebezirk aus der Mitgliedschaft in der Hauptstadtregion Schweiz sind zu verzeichnen. Die Düdinger Industriezone Birch wurde von der Hauptstadtregion Schweiz in die Top-10 Industrie-Standorte aufgenommen.

Der Oberamtmann ist gleichzeitig Präsident des Gemeindeverbandes Region Sense und hat sich mit den nachfolgenden Themen befasst:

In der kürzlich verabschiedeten Regionalplanung für den gesamten Bezirk wurde unter allen Sensler Gemeinden definiert, wo künftige Industriestandorte angesiedelt werden sollen. Gleiches gilt für die Ansiedlungen von KMU.

Weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeverband See betreibt der Sensebezirk ein Gründerzentrum in Murten. Mehrere junge Start-Ups sind bereits eingezogen.

#### 7.3.7 Bereiche der GSD

Die Schliessung mehrerer Leistungen am HFR Spitalstandort Tifers hat im Sensebezirk zu einem grossen Kopfschütteln und zu einer grossen Enttäuschung und Resignation geführt.

Der Oberamtmann engagiert sich weiterhin im Gesundheitswesen von Amtes wegen und als Mitglied des Gemeindeverbandes «Gesundheitsnetz Sense» (ehemals «Gemeindeverband Pflegeheim Maggenberg und sozialmedizinische Dienste»).

Die Umsetzung der Studie zur Demenzabteilung für den Bezirk läuft, die definitive Variante wurde gewählt. Der Projektkredit ist gesprochen.

Die Kommission für die Entrichtung der Pauschalentschädigungen führt ihre Arbeit fort, alle Fälle neu zu evaluieren und gemäss den von der Oberamt männerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zu bewerten.

Das Zentrum für die Unterbringung von Asylsuchenden in Wünnwil wurde nun geschlossen. Es lief viel besser, als es sich viele Betroffene vorgestellt haben. Das neue Zentrum wurde in Düdingen eröffnet. Bisher sind keine nennenswerten Klagen der Bevölkerung zu vermerken.

#### 7.3.8 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

---

### 7.3.9 Bereiche der RUBD

Viele abgeschlossene Ortsplanungen der verschiedenen Gemeinden warten oftmals lange (manchmal über Monate, ja Jahre hinweg) bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion auf die Genehmigung. Mit der Annahme des neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetzes könnten diese Ortsplanungen ungültig werden.

Die Regionalplanung des Sensebezirks wurde im Herbst 2013 nach einer vierjährigen Arbeit von der Delegiertenversammlung verabschiedet.

### 7.3.10 Schlussbemerkungen

Zusätzlich zu den oben genannten Engagements nehmen der Oberamtmann und das Oberamt am öffentlichen Leben im Bezirk, aber auch an privaten Initiativen mit einem wirtschaftlichen, kulturellen oder sportlichen Aspekt teil und unterstützen diese. In diesem Sinne zeigten der Oberamtmann und sein Vertreter durch ihre Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen auch im vergangenen Jahr das Interesse der Behörden an allem, was auf regionaler und lokaler Ebene geschieht.

## 7.4 Oberamt des Greyerzbezirks

Oberamtmann: **Patrice Borcard**

### 7.4.1 Bereiche der EKSD

**Orientierungsschulverband Greyerz.** 2013 hat sich der Vorstand der OS Greyerz auf drei Projekte in Zusammenhang mit den Auswirkungen des starken Bevölkerungswachstums im Bezirk konzentriert. Beim ersten handelt es sich um den Bau einer dritten OS, in Riaz. Die Wettbewerbsphase wurde mit der Auswahl eines Projekts abgeschlossen, das noch einer Reihe von Änderungen unterzogen wurde. Eine Baukommission hat unverzüglich die Arbeit aufgenommen, denn das Gebäude muss seine Türen zwingend auf den Schulbeginn 2017 öffnen. Zwei weitere Projekte wurden weiterverfolgt: der Umbau der OS Bulle und der Baubeginn von vier Schulzimmern an der OS La Tour-de-Trême. Anlässlich von Gesprächen wurde entschieden, dass die Gemeinde Bulle – Eigentümerin der Garderoben unterhalb des geplanten Baus – das Projekt realisiert und die Räume nachher der OS vermietet. Der Schulvorstand hat die Reorganisation des technischen und künstlerischen Managements des Kultursaals CO2 weiterverfolgt.

**Kollegium des Südens.** Die vorbereitenden Arbeiten für den Ausbau des Standorts Bulle wurden während des Berichtsjahrs in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen des Staates Freiburg weiterverfolgt. Im Herbst 2013 wurde die Bewilligung erteilt.

**Stiftung Schloss Greyerz.** Die Stiftung Schloss Greyerz richtete ihre Überlegungen auf ein Projekt mit dem Titel «Aufwertungs- und Kommunikationsstrategie 2020». Die Einrichtung soll sich in einem Umfeld zunehmenden Wettbewerbs besser profilieren. Raoul Blanchard, Konservator des Schlosses seit 1. Januar 2001, hat auf Anfang 2014 seine Kündigung eingereicht. Sein Nachfolger, der Kunsthistoriker Filipe Dos Santos, hat sich unter 65 Bewerbungen durchgesetzt. Er tritt sein neues Amt am 1. Februar 2014 an.

**Regionales Sportzentrum.** Der Regionalverband Greyerz und namentlich die zu diesem Zweck gebildete Arbeitsgruppe setzen ihre Schritte im Hinblick auf den Bau eines Sportzentrums fort. Die Haupttätigkeit bestand 2013 darin, in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Ernst & Young die Art der öffentlich-privaten Partnerschaft näher zu verfeinern. Es wurden Kommissionen gebildet, um das Programm des Sportzentrums auszuarbeiten. Um die Finanzierung der letzten Untersuchungsetappe zu ermöglichen, die zur Wahl des Privatpartners führen sollte, wurde um die Unterstützung der Neuen Regionalpolitik (NRP) ersucht. Die Delegierten des Regionalverbands Greyerz haben dieses Vorgehen gutgeheissen. Vertiefere Analysen wurden zur Standortwahl durchgeführt.

Ausserdem wurde 2013 das Verfahren zur Schaffung des Gemeindeverbands «Sports en Gruyère» weitergeführt. Es mündete in der Genehmigung der Statuten durch den Staatsrat. Die konstituierende Versammlung ist für Ende Januar 2014 vorgesehen.



---

#### 7.4.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten.** Das Oberamt ist an mehreren Fronten aktiv gewesen, um die Tätigkeit der öffentlichen Gaststätten des Bezirks und namentlich jener im Hauptort zu regulieren. Der Verband «Noct-en-Bulle» hat in Zusammenhang mit anderen Bewegungen Aktivitäten durchgeführt, um auf die nächtlichen Ruhestörungen aufmerksam zu machen. Das Oberamt hat zudem eine Kampagne organisiert, mit der Jugendliche für exzessiven Alkoholkonsum sensibilisiert werden sollten. Anhand eines Wettbewerbs («C'est l'abus comme t'as bu !»), der zusammen mit dem Verband «Stop Violence» und REPER durchgeführt wurde, konnten die Hilfsmittel für eine Informationskampagne zusammengetragen werden. Ausserdem hat das Oberamt Ende Jahr mehrere Partner an einen Tisch gebracht, um ein Label für die Ausgangsszene zu initiieren, das einen Rahmen für die Organisatoren von Grossveranstaltungen bereitstellt.

**Feuerpolizei.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben an zahlreichen Veranstaltungen, Versammlungen, Kursen und Übungen der Feuerwehr-Korps des Greyerzbezirks teilgenommen. Mehrere Schäden erforderten die Anwesenheit des Oberamtmanns, namentlich eine Explosion in Marsens Anfang Januar, bei der der Plan Orange angeordnet werden musste. Im Laufe des Jahres fanden Inspektionen bei den Feuerwehren von Marsens-Vuippens und Haut-Intyamon statt.

#### 7.4.3 Bereiche der ILFD

**Gemeindezusammenschlüsse.** 2013 war gekennzeichnet durch mehrere Initiativen und Umsetzungen im Bereich der Gemeindezusammenschlüsse. Das Oberamt hat den in der Abstimmung vom 3. März 2013 angenommenen Zusammenschluss zwischen Charmey und Cerniat begleitet, aus dem ab dem 1. Januar 2014 die neue Gemeinde Val-de-Charmey entsteht.

Der Staatsrat hat Anfang Juni 2013 den vom Oberamtmann ausgearbeiteten Fusionsplan genehmigt. Der Oberamtmann hat die Gemeinden für die verfolgten Ziele sensibilisiert, indem er namentlich an Informationsveranstaltungen teilgenommen hat.

#### 7.4.4 Bereiche der VWD

**Bergbahnen.** Nachdem er um eine Unterstützung für die Schneekanonenanlage im Skigebiet La Berra ersucht wurde, hat der Regionalverband Greyerz eine Untersuchung der für die nächsten zehn Jahre vorgesehenen Investitionen auf Bezirksebene durchgeführt. Er hat namentlich die Volkswirtschaftsdirektion darum ersucht, das Gesetz über den Tourismus zu ändern, in dem keine Unterstützung für die künstliche Beschneigung vorgesehen ist. Angesichts der bedeutenden angekündigten Investitionen haben die Delegierten des Regionalverbands darauf verzichtet, die Installation künftiger Schneekanonen zu unterstützen.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Die Zusammenarbeit des Greyerzbezirks mit der NRP betraf weiterhin mehrere Projekte: den Bau eines regionalen Sportzentrums, jenes der Ökoindustrie, dem die meisten Unternehmen in der Zone Planchy in Bulle angehören, und die Organisation der Chilbi 2014.

#### 7.4.5 Bereiche der GSD

**Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz.** Als Präsident der Delegiertenversammlung des Gesundheitsnetzes Greyerz, der Kommission für spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe sowie der Pflegeheimkommission des Greyerzbezirks (CODEMS) wird der Oberamtmann in zahlreiche Dossiers im Bereich Gesundheit und Soziales einbezogen. Ein Konzeptentwurf zur Betreuung betagter Personen machte die Bildung mehrerer Arbeitsgruppen, die im Bereich der Zwischenstrukturen tätig waren, und eines regionalen Informations- und Beratungsorgans erforderlich.

**Der Regionalverband Greyerz** hat die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter untersucht. Es ist vorgesehen, auf der Basis einer eingehenden Analyse des aktuellen Angebots (Krippen, Hort, Kindergarten, Spielgruppen ...) eine Referenztafel für die gesamten Einrichtungen zu erstellen und ein Internetportal einzurichten. Damit wird eine bessere Information der Eltern und eine effizientere Koordination zwischen den verschiedenen Angeboten angestrebt.

#### 7.4.6 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

#### 7.4.7 Bereiche der RUBD

**Raumplanung.** Als Präsident der Delegiertenversammlung des interkommunalen Verbands MOBUL überwachte der Oberamtmann die in der Stadt Bulle durchgeführten Arbeiten im Rahmen der Umsetzung des Projekts MOBUL. In Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Greyerz organisierte er im November die zweiten «Etats généraux» des Greyerzbezirks zum Thema Raumplanung. Das Treffen war gut besucht. Der Regionalverband engagierte sich zudem für die Unterstützung einer Studie zur Erhaltung der landschaftlichen Vielfalt des Intyamons- und des Jauntals im Rahmen der Agrarpolitik 2014-2017. Er hat ausserdem eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Zukunft der Alphütten im Eigentum der Gemeinden beschäftigt. Es ist ein Bericht geplant, in dem den Gemeinden praktische Ansätze vorgeschlagen werden, die sie bei der Erhaltung dieses kostspieligen Kulturguts entlasten können.

### 7.5 Oberamt des Seebezirks

Oberamtmann: **Daniel Lehmann**

#### 7.5.1 Bereiche der EKSD

**Schulen.** Der Oberamtmann präsidiert die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule (OS) Region Murten. Er vertritt die Gemeinden des Haut-Lac français im Vorstand der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français. Er ist für die Schulverantwortlichen der Gemeinden sowie für die Vorstände, Kommissionen und Schulleitungen der Orientierungsschulen und der Primarschulen des Bezirks beratend tätig.

**Berufsberatung.** Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwacht den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

**Kultur.** Das Oberamt unterstützt verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern.

#### 7.5.2 Bereiche der SJD

**Polizei.** Das Oberamt unterstützt die Polizei bei der Umsetzung des Konzepts der bürgernahen Polizei. Dazu findet ein regelmässiger Informationsaustausch mit dem Kommando der Region Nord statt.

**Strafsachen.** Wie schon im Vorjahr hat die Anzahl ausgestellter Strafbefehle erneut deutlich zugenommen (+11,5 %). Die Anzahl Einsprachen gegen die Strafbefehle hat in absoluten Zahlen leicht zugenommen, anteilmässig ist sie aber weiter zurückgegangen. Die Anzahl Klagen, die die Ansetzung einer Versöhnungsverhandlung zur Folge hatten, ist gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Die Anzahl der Versöhnungen, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten, ist gegenüber dem Vorjahr jedoch gestiegen.

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Wie in den Vorjahren haben Beanstandungen im Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen sowie die Abklärungen für die Bewilligung von besonderen Veranstaltungen einen grossen zeitlichen Aufwand mit sich gebracht. Das neue Sicherheitskonzept für die Murter Fastnacht hat sich bewährt. Es ist für die künftigen Veranstaltungen aber noch weiterentwickelt worden.

**Schiesswesen.** Die vom Oberamtmann präsidierte kantonale Kommission für die Schiessstände hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt zahlreiche Beratungstätigkeiten durchgeführt und Entscheide der Direktion vorbereitet.

**Feuerwehr.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben mehrere Regionalübungen durchgeführt und kantonale und Bezirks-Kurse besucht. Ausserdem erfolgte eine rege Tätigkeit zur Beratung der Gemeinden bzw. der Feuerwehren betreffend Kooperationen oder Fusionen, insbesondere hinsichtlich der diesbezüglichen Vereinbarungen, Statuten und Reglemente.

Das Grossereignis vom Juni 2013, der Brand bei der Recycling-Firma Bühlmann in Cressier, wurde unter Mithilfe zahlreicher kantonaler und ausserkantonaler Einsetzelemente hervorragend bewältigt.

---

### 7.5.3 Bereiche der ILFD

**Wahlen und Abstimmungen.** Das Oberamt hat die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vorbereitet und durchgeführt und die Gemeindegewahlbüros in ihren Vorbereitungen und Arbeiten unterstützt.

**Gemeinden.** Das Oberamt hat, zum Teil in Zusammenarbeit mit den zuständigen Amtsstellen, für die Gemeinden zu verschiedenen Sachthemen Informationsveranstaltungen durchgeführt oder schriftliche Informationen verfasst. Es berät die Gemeinden in Verfahrens- und Rechtsfragen.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Der vom Oberamtmann erarbeitete Fusionsplan ist im Seebezirk allgemein gut aufgenommen worden. Schon vor seiner Genehmigung durch den Staatsrat haben verschiedene Gemeinden die Lancierung von Fusionsprojekten an die Hand genommen. Die laufenden Fusionsprojekte stehen alle im Einklang mit dem Fusionsplan. Das Oberamt hat die Prozesseinleitung für die Abklärung der Möglichkeit einer kantonsübergreifenden Gemeindefusion zwischen Murten und Clavaleyres koordiniert.

**Verband der Gemeinden des Seebezirks.** Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wurden Stellungnahmen zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen verfasst. Der Oberamtmann hat sich an den Arbeiten des Verbandes insbesondere in den Bereichen Verkehr und Raumplanung beteiligt.

**Ausbildung der Gemeinderäte und des Gemeindepersonals.** Der Oberamtmann hat an einem Fachkurs für Gemeindebauverwalter als Dozent mitgewirkt.

### 7.5.4 Bereiche der VWD

**Neue Regionalpolitik (NRP).** In seiner Funktion als Präsident des Regionalverbandes See beteiligt sich der Oberamtmann an der Erarbeitung und der Realisierung von Projekten der Regionalpolitik. Bei dem von den Bezirksverbänden See und Sense initiierten Gründerzentrum Nord konnte auch der Broyebezirk in die Trägerschaft integriert werden. Auf kantonaler Ebene setzt sich der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandsausschusses von Innereg FR (Verband der Freiburger Regionen zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik) ein.

**Hauptstadtregion Schweiz.** Der Regionalverband See ist, wie auch die Stadt Murten, Gründungsmitglied des Vereins Hauptstadtregion Schweiz und unterstützt damit die Bestrebungen des Kantons, in dieser Region das ihm zustehende Gewicht zu erhalten. In seiner Funktion als Mitglied des Vorstandes der Hauptstadtregion Schweiz verstärkt der Oberamtmann die Mitwirkung des Kantons und des Seebezirks in dieser Organisation. Ein messbarer Erfolg des Mitwirkens des Seebezirks in der Hauptstadtregion Schweiz ist die Aufnahme des strategischen Sektors Löwenberg in die 20 wichtigsten Arbeitszonen der Hauptstadtregion.

**Wirtschaftsförderung.** Aufgrund der vom Regionalverband See im Vorjahr durchgeführten Umfrage zur regionalen Wirtschaftsförderung ist auf Bezirksebene ein Gesprächsforum geschaffen worden, das den interessierten Gemeinden den Erfahrungsaustausch betreffend Gemeindeaktivitäten zur Wirtschaftsförderung ermöglichen soll. Zudem sind Kontakte mit der Region Broye für eine Vernetzung der regionalen Wirtschaftsförderungsaktivitäten aufgenommen worden. Im Übrigen arbeitet die Region mit der kantonalen Wirtschaftsförderung und den Wirtschaftsorganisationen zusammen.

**Tourismus.** Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg und führt erfolgreich eigene Marketingaktionen durch. Hervorzuheben ist auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen, so namentlich in der Tourismusregion 3-Seen-Land, in welcher der Oberamtmann die Freiburger Regionen im Vorstand vertritt. Auf kantonaler Ebene ist der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandes und des strategischen Ausschusses des Freiburger Tourismusverbandes tätig.

**Arbeitsmarkt.** Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk ist der Oberamtmann des Seebezirks Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher. Ausserdem ist er Vorstandsmitglied und Vizepräsident von IRIS-FR, einem Verein zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Erwerbslosen, der vorwiegend im See- und im Sensebezirk aktiv ist.

---

### 7.5.5 Bereiche der GSD

**Umsetzung der Spitalplanung.** Nach der Eröffnung des Provisoriums für die Permanence konnte im Frühling des Berichtsjahres der Um- und Neubau des Spitals HFR Meyriez-Murten mit dem Beginn des Rückbaus des alten Gebäudes an die Hand genommen werden. Mit den im Berichtsjahr realisierten Arbeiten liegt das Projekt sowohl zeitlich als auch kostenmässig auf Kurs.

**Gesundheitsnetz See.** Der Oberamtmann ist Präsident der Delegiertenversammlung und Mitglied des Vorstandes des Gesundheitsnetzes See. Zu einer verstärkten Integration der einzelnen Leistungseinheiten (Pflegeheime) sowie zur verbesserten Koordination der Planung und Leistungserbringung hat das Gesundheitsnetz seine Organisation reformiert.

**Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime.** Als Präsident der Bezirkskommission für die Pflegeheime hat der Oberamtmann bei den Arbeiten zur Regelung der Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime mitgewirkt. Diesbezüglich hat die Delegiertenversammlung des Gesundheitsnetzes dem Antrag zugestimmt, inskünftig auch den nicht zum Netz gehörenden Institutionen im Bezirk diese Kosten zu vergüten, so wie dies die kantonale Gesetzgebung für Pensionäre des Bezirks in Heimen anderer Bezirke vorschreibt.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, welche insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat. Ausserdem koordiniert der Oberamtmann die Gespräche der vier Spitexdienste des Seebezirks zur Überprüfung ihrer Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.

### 7.5.6 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

### 7.5.7 Bereiche der RUBD

**Raumplanung.** Auf kantonaler Ebene hat sich der Oberamtmann an der Vernehmlassung zur Inkraftsetzung der neuen Bundesbestimmungen über die Raumplanung sowie am Gesprächsforum zur aktiven Bodenpolitik beteiligt. Auf Bezirksebene lag das Hauptaugenmerk auf den Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplanes. Dabei wurden insbesondere Koordinationsgespräche zwischen der Region und den betroffenen Gemeinden im Hinblick auf die Realisierung der strategischen Arbeitszone Löwenberg durchgeführt. Ein wichtiges Projekt stellen sodann die Planungsarbeiten betreffend Hochwasserschutz und Revitalisierung im Grosse Moos dar. Schliesslich hat der Oberamtmann in einer Gemeinde im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine Vermittlungsrolle zwischen Gemeinde und betroffener Eigentümerschaft wahrgenommen.

**Bauwesen.** Die Anzahl ausgestellter Baubewilligungen ist gegenüber dem Vorjahr um 5 % gestiegen. Zudem hat das neue Verfahren zur Behandlung der Baugesuche, welches eine Verschiebung eines beträchtlichen Teils der Arbeiten von verschiedenen begutachtenden Dienststellen auf die Oberämter mit sich brachte, zu einer massiven Vergrösserung des Aufwandes für die Behandlung der Baugesuche geführt. Da bisher noch kein zusätzliches Personal zur Bewältigung dieses Aufwandes zur Verfügung gestellt worden ist, sind die Kapazitätsgrenzen erreicht bzw. sogar überschritten worden.

Nachdem die Gemeinde Haut-Vully im August aus der Liste der Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von mehr als 20 % gestrichen worden ist, ist der Seebezirk von den Bestimmungen zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus nicht mehr betroffen.

## 7.6 Oberamt des Glanebezirks

Oberamtmann: **Willy Schorderet**

### 7.6.1 Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks.** Der OS-Vorstand hat die Abklärungen zum Bedarf und zur Raumaufteilung für den Umbau der Orientierungsschule abgeschlossen.

---

Neben der Renovierung des gesamten Hauptgebäudes, der Klassenzimmer und des Anbaus umfasst das Projekt den Bau eines neuen Komplexes. In diesem soll ein Schwimmbad mit fünf Bahnen gebaut werden, das als Ersatz für das aktuelle Schwimmbad dienen soll, das über 40 Jahre alt ist und den Sicherheitsanforderungen und den Bedürfnissen der Schüler nicht mehr entspricht. Das neue Schwimmbad wird allen Primarklassen des Bezirks zur Verfügung gestellt werden und ausserhalb der Schulzeiten und während der Schulferien der Bevölkerung offenstehen. Zudem werden Kursräume für das Konservatorium und eine Regionalbibliothek eingerichtet. Dieses neue Gebäude wird zwischen der aktuellen Orientierungsschule und dem Bicubic liegen. Am Standort des aktuellen Schwimmbads werden Sonderschulzimmer gebaut werden (TG, Handarbeiten, Wissenschaften usw.). Der Vorteil des Projekts liegt darin, dass die besonderen Fächer zusammengefasst werden (Sport, besondere Aktivitäten).

Das gesamte Projekt wurde am 14. Juni 2013 Staatsrätin Isabelle Chassot vorgestellt. Frau Chassot anerkannte die Qualität der getätigten Arbeiten und betonte, dass das Programm genau den Vorstellungen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport entspreche.

Sie verpflichtete sich, dem Staatsrat ein Reglement über die Subventionierung von Schwimmbädern von regionaler Bedeutung zu überweisen und darauf hinzuweisen, dass ein Interesse daran besteht, in einem neuen Gebäude Räume für das Konservatorium einzurichten.

Anfang 2014 werden mit den Partnergemeinden des Bicubic Gespräche aufgenommen werden über die Übernahme der dritten Sporthalle des Bicubic.

Das definitive Projekt wird den Gemeindedelegierten im Laufe des Frühlings 2014 präsentiert und dann der Delegiertenversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden. Angesichts des Umfangs der Investition werden die Bürgerinnen und Bürger die für diese Arbeiten notwendigen Kredite bei einer Abstimmung genehmigen müssen.

In Anbetracht der demografischen Entwicklung, der künftigen bedeutenden Ausgaben und des obigen Projekts zieht es der Glanebezirk mittelfristig vor, wie von der EKSD verlangt, mit den benachbarten Bezirken Greyerz und Vivisbach den Bau einer neuen OS im Grenzbereich der drei Bezirke des Südens zu prüfen.

**Gymnasium.** Die Bevölkerung des Glanebezirks war empfänglich für die Erneuerung der Vereinbarung mit der EKSD. Dank dieser Vereinbarung haben die meisten Schüler des Glanebezirks weiterhin die Möglichkeit, das erste Jahr am Gymnasium in Romont zu absolvieren.

**Bildungslandschaften Glane – «Transition».** Das Ziel des Programms «Bildungslandschaften Schweiz», das von der JACOBS Foundation lanciert wurde und vom Staat Freiburg unterstützt wird, ist es, die Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Bildung und der persönlichen Entfaltung zu verbessern, was durch innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen schulischen und ausserschulischen Akteuren erreicht werden soll.

Nach einer Analyse der Situation von Jugendlichen in Schwierigkeiten haben sich Berufsleute mit unterschiedlichem Hintergrund und aus verschiedenen Interventionsbereichen zusammengesetzt, um diese Problematik in der Arbeitsgruppe «Qualité de vie en Glâne» anzugehen. Diese Jugendlichen, zumeist im Alter von 14 bis 18 Jahren, haben unter anderem Schwierigkeiten bei der beruflichen und sozialen Eingliederung (beschränktes schulisches Niveau, Erlernen einer neuen Sprache und Kultur, mangelnde berufliche und soziale Eingliederung, namentlich im örtlichen Vereinswesen, «Herumhängen» an bestimmten Plätzen, familiäre Probleme, Bedürfnis beachtet und anerkannt zu werden usw.).

Die Idee des Projekts Transition ist es, alle Akteure aus dem schulischen, ausserschulischen, familiären und vor allem wirtschaftlichen und beruflichen Bereich an diesem heiklen Moment des Übergangs von der obligatorischen Schulzeit ins Berufsleben zusammenzubringen. Die Steuergruppe, der das Oberamt, vertreten durch Vizeoberamtsfrau Sarah Devaud, die Gemeinde Romont, die Leitung der OS des Glanebezirks, der Verein REPER, der Elternverein des Glanebezirks und Scène 9 angehören, kann auf die hervorragende Arbeit einer Koordinatorin und zweier Coaches zählen. Da immer noch mehrere Dutzend Jugendliche durch die Maschen des Netzes fallen und keine beruflichen Aussichten haben, war es wichtig, ihnen konkrete Unterstützung zu bieten. Nebst dem persönlichen und schulischen Coaching, das seit Herbst 2013 angeboten wird, hat das Projekt Transition in enger Zusammenarbeit mit der Kommission Fit4Jobs der Jungen Wirtschaftskammer im Glanebezirk im November 2013 ein Apéro-Quiz

---

organisiert. Diese Veranstaltung war ein grosser Erfolg bei allen Akteuren und verheisst Gutes für die Zukunft des Projekts Transition.

**Bicubic.** Dieses Gebäude ist gefragt und zahlreiche interne und externe Veranstaltungen finden darin statt. Es entspricht den Bedürfnissen und Erwartungen. Zahlreiche kantonale, regionale und nationale Veranstaltungen werden hier jedes Jahr durchgeführt.

Der Schulvorstand hat grosse Umbauarbeiten geplant, um einen besseren Zugang zu gewissen Räumen zu gewährleisten und die Bedürfnisse der Nutzer besser zu berücksichtigen (Empfang, Bars, WC usw.). Mittelfristig wird ein Kredit beantragt werden.

**Vitromusée und Tapetenmuseum.** Die Temporärausstellungen geben jedes Mal Anlass zu ausserordentlichen Entdeckungen und werten die Museen unter verschiedenen Aspekten auf. In der Sommerausstellung des Vitromusée Romont und des Tapetenmuseums in Mézières konnten Werke aus Glas international bekannter zeitgenössischer Künstler und junger Talente entdeckt und vor allem die Synergien zwischen den beiden Museen verstärkt werden.

**Kulturelle Aktivitäten und Treffen.** Wenn jemand gerne Freude bereitet, ohne viel Aufhebens zu machen, dann sind dies die Einwohner des Glanebezirks. 2013 war ein aussergewöhnlicher Jahrgang. Nebst den umfangreichen Programmen, die die beiden Kulturvereine anboten, boten Volksfeste wie die Musik-, Gesangs- und Jugendfeste, die Fasnacht, der Trödelmarkt, Messen, das Art Forum usw. magische Momente, an denen man innehalten und Gastfreundschaft und Geselligkeit geniessen konnte. Abgesehen davon, dass Feste stets schön sind, sind auch die Freundschaften, die zwischen den Organisatoren entstehen, ein wesentliches Element.

### 7.6.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten und öffentliche Ordnung.** Mehrere Gaststätten haben 2013 definitiv ihren Betrieb eingestellt. Einer der Gründe besteht darin, dass die Gesellschaft anders funktioniert. Auch wenn man sich gegenwärtig noch nicht zu beunruhigen braucht, wäre es schädlich, wenn diese Tendenz sich fortsetzen oder in den kommenden Jahren gar verstärken würde.

2013 hat das Oberamt vier Gesuche für Patente B+ behandelt. Eines wurde nach einem Gespräch mit der betreffenden Person zurückgezogen, zwei Patente wurden ausgestellt. Die Gesetzesänderung machte keine Schwierigkeiten, die Änderungen wurden, im Gegenteil, gut aufgenommen.

Alle Grossveranstaltungen im Glanebezirk 2013 haben keine Probleme bereitet, weder mit den Anwohnern, noch aufgrund von Alkoholmissbrauch oder Kriminalität. Die Vorbereitungsarbeiten und die vom Oberamt mit den Organisatoren und den Gemeindebehörden sowie mit den Verantwortlichen der Ambulanzdienste, der Feuerwehr und der Polizei organisierten Treffen wirken sich positiv aus und diese Vorgehensweise wird auch in den kommenden Jahren Anwendung finden.

Zum ersten Mal haben die drei Bezirke des Südens auf die Initiative des Oberamtmanns des Greyerzbezirks hin zusammen mit der Gendarmerie ein Reglement für die Organisation von Campingplätzen bei Jugendfesten erlassen. Dieses klare Dokument, das mehr Lösungen als Verbote enthält, wurde von den Organisatoren geschätzt.

**Beistandschaft.** Seit mehreren Jahren arbeiten die Gemeinden des Glanebezirks zusammen, um ihre Aufgaben im Bereich Beistandschaft wahrzunehmen, ohne gesetzliche Grundlage.

Ab 2014 werden alle Gemeinden die Verwaltung der Beistandschaften einem neuen Mehrzweckverband des Glanebezirks (ABMG) übertragen. Der Verband wird unter den Bereichen der ILFD beschrieben. Die Kosten werden zwischen den Gemeinden nach dem Verteilschlüssel des Bezirks aufgeteilt.

**Fahrende.** Das Oberamt hatte mehrfach mit der illegalen Anwesenheit von Fahrenden zu tun. Es übernahm die Rolle des Vermittlers und hat alle nötigen Massnahmen ergriffen, um Probleme in Zusammenhang mit der öffentlichen Ordnung zu verhindern. Da die Eigentümer, die mit der Nutzung ihres Geländes nicht einverstanden waren, nicht oder nur teilweise entschädigt wurden, sind in Zukunft äusserst schwierige Situationen zu befürchten, wenn es der Polizei nicht gelingt, nicht bewilligte Aufenthalte von Fahrenden zu räumen. Zudem werden die Plätze in einem jämmerlichen Zustand zurückgelassen, da der Oberamtmann nicht die Mittel hat, um Unternehmen anzustellen, die

---

Container zur Verfügung stellen, die Abfälle beseitigen, den Platz reinigen usw. Man wird sicherlich mit dem Unverständnis und mit heftigen Reaktionen der Bevölkerung konfrontiert werden.

**Gendarmerie.** Das Oberamt weist auf die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Gendarmerie, dem Ambulanzdienst des Freiburger Südens und dem Feuerwehrstützpunkt Romont hin.

**Feuerwehr.** Das stetige Engagement des Oberamts und die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden haben dazu geführt, dass alle Gemeinden am 1. Januar 2014 die Anforderungen von FriFire erfüllen. Die letzte interkommunale Vereinbarung wurde im Dezember unterzeichnet. Nun ist der Bezirk um den Feuerwehrstützpunkt und fünf interkommunale Feuerwehrkorps organisiert. Eine Gemeinde des Saanebezirks wurde in den «Corps des sapeurs-pompiers du Gibloux» mit den Gemeinden Villorsonnens und Massonnens integriert. Die Gemeinde Le Châtelard gehört zu keinem Korps, arbeitet aber eng mit der Gemeinde Sorens zusammen.

Die Rolle der Gemeinden, die sie über die Verwaltungskommissionen der neuen Korps wahrnehmen, bleibt entscheidend.

**Bevölkerungsschutz.** Die Gemeindeübereinkunft wurde aufgelöst, zumal diese Aufgabe vom neuen Mehrzweckverband des Glanebezirks übernommen wird, der am 1. Januar 2014 in Kraft tritt. Diese neue Struktur ermöglicht eine verbesserte Transparenz und wird die Organisation vereinfachen.

### 7.6.3 Bereiche der ILFD

**Gemeindezusammenschlüsse.** Der vom Oberamt vorgestellte Fusionsplan wurde von allen Gemeinden gut aufgenommen. Derzeit werden zwei Projekte geprüft. Das erste umfasst die Gemeinden Billens-Hennens, Mézières und Romont, beim zweiten sind die Gemeinden Châtonnaye, La Folliaz, Massonnens, Torny, Villaz-St-Pierre und Villorsonnens betroffen.

Auch wenn im Süden des Bezirks noch keine konkreten Projekte entstanden sind, sei doch erwähnt, dass die Gemeinden aufgrund anderer Themen regelmässig Kontakte pflegen, zum Beispiel zur mittelfristigen Organisation des schulischen Angebots.

Man muss auch zugeben, dass die finanziellen Anreize für Gemeinden mit wenig Einwohnern sehr gering sind und dass dieses Kriterium keinen Einfluss auf die Annäherungen hat. Diese geschehen aus anderen Gründen, wie der mittelfristigen Organisation, Antworten auf Fragen zukünftiger Generationen zu Raum, Infrastrukturen, Führungsfragen usw.

**Mehrzweckverband des Glanebezirks (ABMG).** 2013 hat das Oberamt zusammen mit dem Vorstand des Gemeindeverbands Glane den neuen Mehrzweck-Gemeindeverband des Glanebezirks (ABMG) gegründet. Diese neue Einheit wurde von allen Gemeinden deutlich befürwortet. Zwar gab es bei den Abstimmungen in den Gemeindeversammlungen und Generalräten ein paar Enthaltungen, aber es gab kein «Nein».

Dieser neue Verband übernimmt ab dem 1. Januar 2014 mehrere Aufgaben für die Gemeinden und zu ihrer Entlastung, darunter die Verwaltung der Beistandschaften und das Gemeindeführungsorgan (GFO).

Der ABMG vereinfacht die Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren und ist auf die Herausforderungen der Gemeinden ausgerichtet. Zudem dient er dazu, dass der gesamten Bevölkerung identische, rationelle und effiziente Angebote zur Verfügung gestellt werden können.

In Zukunft wird untersucht werden, ob es möglich ist, die Ziele der Organisation der Betreuung von Kindern im Vorschulalter im Bezirk hinzuzufügen, um einheitliche Einrichtungen und einen gemeinsamen Pool für alle Gemeinden zu schaffen, was wiederum die Solidarität innerhalb des Bezirks fördern würde.

Das Oberamt und der Gemeindeverband Glane haben bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, die Koordination zwischen den Betreuungsstrukturen sicherzustellen.

Diese Organisation wird namentlich damit beauftragt werden, für alle Betreuungseinrichtungen die Aufnahmebedingungen und -prioritäten, die Tarife und das massgebliche Einkommen festzulegen.

---

Sie wird sich auch dafür einsetzen müssen, die in den Betreuungseinrichtungen vorhandenen Kompetenzen und das Know-how zu erhalten, ihre Bildungsprojekte und Besonderheiten zu bewahren und eine Verbindung zwischen Eltern und Einrichtungen darzustellen.

**Revierkörperschaften.** Der Oberamtmann leitete mit der Unterstützung des Amtes für Wald, Wild und Fischerei und der interkantonalen Revierkörperschaft Farzin – Glâne-Nord eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der 12 Gemeinden des Glânebezirks, die Mitglied der Revierkörperschaften La Neirigue und Glâne-Sud sind (Auboranges, Chapelle, Le Châtelard, Ecublens, Grangettes, Massonnens, Montet, Rue, Siviriez, Ursy, Villorsonnens und Vuisternens-devant-Romont), um die Modalitäten im Hinblick auf die Bildung einer neuen Waldbetriebseinheit zu untersuchen.

Alle Gemeinden waren ambitioniert und verantwortungsbewusst. Die Gemeindelegislativen und die Mitgliedgemeinden der Körperschaft «Farzin – Glâne-Nord» haben an ihren Versammlungen für den Beitritt zur neuen Revierkörperschaft «Glâne – Farzin» abgestimmt.

Die Fusion der forstlichen Körperschaften des Glânebezirks erfolgt im Rahmen der Entwicklungsstrategie für forstliche Betriebseinheiten, wie sie im Bericht Nr. 286 vom 11. Oktober 2011 des Staatsrats an den Grossen Rat vorgeschlagen wird.

Hervorgehoben sei der Wille aller Gemeinden, sich gemeinsam an der neuen Körperschaft zu beteiligen.

Die neue Revierkörperschaft «Glâne – Farzin», die am 1. Januar 2014 gegründet wird, umfasst die Wälder der 19 Gemeinden des Glânebezirks, des Staats Freiburg, des Bundes (VBS), der Abbaye de la Fille-Dieu und der drei Reviere des Glânebezirks, die Wälder von acht Waadtländer Gemeinden, der Firma Nestlé Waters SA (Henniez) und des waadtländischen Waldreviers Farzin. Die Waldfläche beträgt 2612 ha. Die erreichbare Holzernte dürfte jährlich rund 23 000 m<sup>3</sup> betragen.

Die neue Revierkörperschaft «Glâne – Farzin» hat zum Ziel, eine moderne und multifunktionale (Holzproduktion, Freizeit im Wald und Schutz) Bewirtschaftung der Wälder ihrer Mitglieder zu fördern. Die professionelle Forstequipe – Ausbilderin von Lernenden, unterstützt von den Temporärarbeitern der Gemeinden – sieht sich mit diesen beiden Herausforderungen konfrontiert: Sicherheit und Qualität der Arbeit.

**Politische Rechte.** Das Oberamt übernahm die Organisation und die Kontrolle aller Urnengänge, sowohl der eidgenössischen als auch der kantonalen und kommunalen.

Zusammen mit seinem Amtskollegen des Vivisbachbezirks hat der Oberamtmann die Ammänner darüber informiert, welche Vor- und Nachteile die verschiedenen Varianten zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte in Zusammenhang mit den Wahlkreisen hätten. Dabei machte er deutlich, dass eine Zusammenlegung der Kreise Glâne und Vivisbach seiner Meinung nach eine Ungleichbehandlung bei der Repräsentativität der Regionen schaffen würde. Er dankt der Staatsrätin und der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft dafür, infolge einer ersten Vernehmlassung neue Varianten vorgeschlagen zu haben.

Der Oberamtmann betont, dass es seit den letzten Gemeindewahlen bis am 31. Dezember 2013 fünfzehn Rücktritte gegeben hat. Dies entspricht der Tendenz der drei vorangegangenen Amtsperioden. Es muss darauf hingewiesen werden, wie schwierig es ist, potenzielle Kandidaten zu finden.

**Gemeinden.** Die Gemeinden werden gut geführt und die Verständigung zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Räte ist gut.

**Datenbank der Gemeinden.** Das Programm «DaGem» entspricht den Bedürfnissen. Es ist einfach und effizient. Die vorgesehenen Aktualisierungen und Anpassungen, wie die Ausdehnung auf das Register der Interessenbindungen, sollten unverzüglich vorgenommen werden.

**Veterinärwesen.** Bei mehreren Landwirten im Glânebezirk war ein Teil der Herde von der Rindertuberkulose betroffen. Die Situation war schwierig und extrem beschwerlich für die betroffenen Landwirte und ihre Familien. Das Veterinäramt hat mit Unterstützung der Sanima beträchtliche Arbeit geleistet sowohl was die Massnahmen zur Ausrottung dieser Krankheit betrifft, als auch bei der Personenbetreuung, der Information und den regelmässigen Kontakten mit den Behörden.



---

#### 7.6.4 Bereiche der VWD

**Wirtschaft.** Das prägende Element des letzten Jahres, die Ankündigung von Nespresso, im Glanebezirk eine Fabrik zu eröffnen, ermöglichte es auch 2013, die Wirtschaftsförderung auf einem erfreulichen Niveau fortzuführen. Die Arbeitslosigkeit ist tief und die Qualität der kleinen und mittleren Unternehmen/Industriebetriebe macht den Erfolg des Bezirks aus.

**Armee.** Die Reorganisation der Armee hat positive Folgen für den Glanebezirk, und zwar wird das AMP verstärkt und der Waffenplatz Drogens wird ausgeweitet. Dies sind erfreuliche Neuigkeiten; zumal die politischen Behörden des Bezirks vor sieben Jahren für den Erhalt des AMP Romont gekämpft haben.

#### 7.6.5 Bereiche der GSD

**Réseau Santé de la Glâne (RSG).** 2013 konnten die meisten Vorbereitungsarbeiten für den Bau eines neuen Heims in Vuisternens-devant-Romont durchgeführt werden und die Bauarbeiten können sicher im Frühling 2014 aufgenommen werden. An der Versammlung im Frühling 2012 haben die Gemeindedelegierten die Investitionskosten von geschätzten 31,7 Millionen gutgeheissen.

Gleichzeitig hat ein privates Unternehmen den Bau eines Gebäudes mit 30 altersgerechten Wohnungen in der Nähe des neuen Heims ebenfalls öffentlich aufgelegt. Durch einen Verbindungsgang gelangt man vom einen Gebäude ins andere.

**HFR.** Die Bevölkerung und die politischen Verantwortlichen des Bezirks waren von dem Entscheid der Reorganisation des HFR überrascht; insbesondere beschäftigte sie, dass die kardiovaskuläre Abteilung in Billens in Frage gestellt wurde. Das Engagement dafür, die Anzahl Betten in Billens zu erhalten und die beim Transfers der kardiovaskulären Rehabilitation nach Freiburg verlorenen Betten vollständig durch Betten für die allgemeine Rehabilitation zu ersetzen, ist hingegen zu begrüssen.

**Ärzte - Gemeinschaftspraxen.** Die Allgemeinpraktiker sind rar und die Mehrheit von ihnen ist über 55 Jahre alt. Der Oberamtmann hat von der Absicht des Staates Kenntnis genommen, die Mittel zur Untersuchung einer passenden Einrichtung zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel die Bildung von Gemeinschaftspraxen. Um eine Diskriminierung unter den Regionen zu verhindern, müsste auch die finanzielle Unterstützung für den Betrieb dieser neuen Einrichtungen festgelegt werden.

#### 7.6.6 Bereiche der FIND

**Informatik.** Die Vizeoberamtfrau, Sarah Devaud, vertritt die Oberämter im Vorstand des Verbands CommuNet. Zur Erinnerung, dank dieser Organisation profitieren die Gemeinden über den Staat von einem qualitativ guten Informatikservice, der den neuen Bedürfnissen der Gemeinden entspricht.

Die Synergien zwischen dem Staat und den Gemeinden wurden vereinfacht und ermöglichen in Zukunft vermehrt, systematischen Datenaustausch vorzunehmen, der gleichzeitig die Sicherheit berücksichtigt.

Die regelmässigen Kontakte und die gemeinsame Suche nach Lösungen mit dem ITA sind hervorragend und der Oberamtmann hebt die Hilfsbereitschaft und die guten Beziehungen zum Direktor, den Verantwortlichen und den für die Anwendung zuständigen Personen hervor.

Der 2012 geäusserte Wunsch, dass eine solche Plattform, wie jene der zukunftsorientierten Deutschschweizer Gemeinden, auf alle Gemeinden des Kantons ausgedehnt wird, wird wiederholt.

**Revierkörperschaft.** Mit der Gründung einer neuen öffentlich-rechtlichen Revierkörperschaft hat die Direktion ein Gesuch um Steuerbefreiung genehmigt. Diese Garantie ermöglicht es, die Aufgaben der Gemeinden zu erfüllen, und gleichzeitig einige private Mitglieder aufzunehmen, die aus Gründen der Effizienz und Rationalität mit den Gemeinwesen zusammenarbeiten möchten.

---

### 7.6.7 Bereiche der RUBD

**Baubewilligungsverfahren.** Das neue Verfahren, das im Verlaufe des Jahres eingesetzt wurde, hat für viel Gesprächsstoff gesorgt. Man muss gewillt sein, zu hinterfragen, was nicht zufriedenstellend ist und den reibungslosen Ablauf der Verfahren erschwert, und alle Kinderkrankheiten zu beseitigen. Derzeit sind die Zuständigkeiten zwischen den Ämtern, dem Bau- und Raumplanungsamt und den Oberämtern verschwommen. Es sei bemerkt, dass der Aufwand der Oberämter stark zugenommen hat, ohne dass zusätzliches Personal eingestellt worden wäre, und dass dies ebenfalls korrigiert werden muss.

Das Oberamt des Glanebezirks hat 2013 eine Informations- und Ausbildungsveranstaltung für die Gemeinden organisiert. Diese wurde geschätzt und wird 2014 wiederholt werden.

**RER.** Der Erfolg der RER wurde bestätigt. Die Wiederinbetriebnahme der Haltestellen Vuisternens-devant-Romont und Sâles muss eine Priorität bleiben.

In dieser Erfolgsgeschichte der RER hat die Direktion genehmigt, dass 2014 im Greyerz- und im Vivisbachbezirk eine Studie über die Feinerschliessung gestartet wird.

**SBB.** Die Region Glane-Vivisbach hat von den Engagements des Kantons Kenntnis genommen, damit in Zukunft die Linie Romont–Lausanne und insbesondere die Einführung des Flügelzug-Konzepts des Zugs von Romont mit jenem von Payerne im Bahnhof Palézieux erhalten bleiben oder sogar ausgebaut werden, oder aber durch andere Lösungen ersetzt werden, die keine der betroffenen Regionen benachteiligen würden. Sie wiederholt ihre Forderung nach einem akzeptablen Angebot für die Verbindung nach Genf.

## 7.7 Oberamt des Broyebezirks

Oberamtmann: **Christophe Chardonnens**

### 7.7.1 Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos.** Aufgrund der demografischen Entwicklung des Bezirks stellt der Schulvorstand neue Überlegungen dazu an, wie in naher Zukunft über neue Räumlichkeiten verfügt werden könnte. Entweder könnten die aktuellen Standorte erweitert oder aber ein dritter Standort errichtet werden.

**Interkantonales Gymnasium der Region Broye.** Die Ergebnisse der Studie zur Schätzung der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen am Interkantonalen Gymnasium der Region Broye von 2013 bis 2025, die im Mai 2013 vorgestellt wurden, bestärken den Schulvorstand in seinen Überlegungen zur Vergrösserung der bestehenden Gebäude. Um das für eine Erweiterung der Gebäude nötige Land erwerben zu können, muss ein Abkommen mit der Gemeinde Payerne gefunden werden.

**Stiftung Pro Vallon.** Damit das finanzielle Gleichgewicht der Einrichtung garantiert werden kann, setzt der Stiftungsrat seine Sparpolitik fort. Mit umso mehr Stolz hebt er daher die Qualität und die Vielfalt der Aktivitäten hervor, die den Besucherinnen und Besuchern angeboten werden und die auch zum Ansehen des Standorts beitragen.

**Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye.** Um die Nachfrage, insbesondere im Bereich des logopädischen Bedarfs, decken zu können, war die Kommission gezwungen, zusätzliche finanzielle Mittel von den Gemeinden zu verlangen. Trotzdem stellt sich in der Kommission die Frage, ob es möglich ist, den weiter steigenden Bedarf zu decken.

**Interkantonale Zusammenarbeit der Schulen.** Obwohl das Modell verlockend wäre, muss festgestellt werden, dass die Gemeinden der Freiburger Broye, insbesondere die Gemeinden der Enklaven Surpierre und Vuissens sowie die Gemeinde Murist, nach wie vor skeptisch sind, was die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit ihren waadtländischen Nachbargemeinden im Bereich der obligatorischen Schule betrifft. Es ist daher unwahrscheinlich, dass die laufenden Projekte zu handfesten Ergebnissen führen. Es sei jedoch auch hervorgehoben, dass die Bestimmungen des künftigen Schulgesetzes zur Grösse der Schulkreise sicherlich neue Überlegungen anstossen werden.

---

### 7.7.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Das Oberamt begleitete aufmerksam die Tätigkeit der öffentlichen Gaststätten des Bezirks, namentlich was die Umsetzung der neuen Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und insbesondere die neuen Patente B+ betrifft. Ausserdem führte es, in enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, seine Tätigkeit mit den Organisatoren von öffentlichen Veranstaltungen fort, um deren reibungslosen Ablauf zu fördern.

**Feuerwehr.** Die Reorganisation der Feuerwehrcorps des Broyebezirks ist 2013 leicht ins Stocken geraten. Es wurde keine Fusion verzeichnet. Zudem müssen die Überlegungen dazu fortgeführt werden, dass die Corps, die den FriFire-Standards nicht entsprechen, ihre Strukturen anpassen können. Es fällt auf, dass in der Praxis eine immer tiefere Kluft zwischen den bereits neu organisierten Corps und den Corps besteht, die sich mit einer Lösung schwertun und für die es immer schwieriger wird, eine effiziente Bekämpfung von Feuer und Elementarschäden sicherzustellen.

### 7.7.3 Bereiche der ILFD

**Abstimmungen.** Das Personal des Oberamts hat sich für einen reibungslosen Ablauf der eidgenössischen und kantonalen Urnengänge eingesetzt. Zudem half das Oberamt den Gemeinden, in denen Ersatzwahlen durchgeführt werden mussten. Besondere Aufmerksamkeit galt ausserdem den Überlegungen, welche Software bei den nächsten eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Wahlen angewendet werden soll.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Die Umsetzung des Fusionsplans führte zur Lancierung von fünf Fusionsstudien, an denen 27 der 30 Gemeinden im Bezirk teilnehmen. Die Gemeinden Domdidier, Dompierre, Léchelles und Russy haben ihre Überlegungen erstmals der Bevölkerung vorgestellt, die das Projekt mehrheitlich gut aufgenommen hat.

**Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye).** Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung der laufenden Dossiers mit. Es ist zu begrüssen, dass der Vorstand dem Verband neue Impulse verleihen will.

### 7.7.4 Bereiche der VWD

**Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB).** Die Regionale Gemeinschaft der Broye konnte 2013 mit der Genehmigung des zivilen Betriebsreglements für den Militärflugplatz Payerne und der Niederlassung neuer Unternehmen einige Erfolge verzeichnen. Sie setzt ihre Anstrengungen fort, oberstes Ziel ist dabei die Schaffung von Arbeitsplätzen.

**Aéropôle.** Die Genehmigung des zivilen Betriebsreglements für den Militärflugplatz Payerne durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt im September war ein Meilenstein für das Projekt «Aéropôle». Allerdings beginnt die eigentliche Arbeit erst mit der Umsetzung des Reglements und der Notwendigkeit, sehr schnell ein Konzept für den Instrumentenflug auszuarbeiten. Die ersten Ansiedlungen werden konkret und es ist schön, die Attraktivität dieses ambitionierten Projekts zu spüren.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat an den Arbeiten des Verbandes der Freiburger Regionen für die Umsetzung der neuen Regionalpolitik (INNOREG FR) mitgewirkt und in seinem Bezirk Diskussionen angeregt, um Projekte anzustossen, die eine Unterstützung des Bundes oder des Kantons erhalten könnten. So konnte im strategischen Sektor «Rose de la Broye» anhand von NRP-Geldern eine Mobilitätsstudie entwickelt werden.

### 7.7.5 Bereiche der GSD

**Gemeindeverband für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks.** Das Um- und Anbauprojekt des Pflegeheims Les Fauvettes, in Montagny-la-Ville wurde in Angriff genommen und dürfte 2014 abgeschlossen werden. Zudem soll in Anwendung der Bettenplanung 2010–2025 der Pflegeheime des Broyebezirks der erste Grundstein für das Um- und Anbauprojekt des Pflegeheims Les Mouettes, in Estavayer-le-Lac, gelegt werden. Der Vorstand hat sich auch an der Entwicklung weiterer Projekte beteiligt, darunter die Möglichkeit, die Betreuung und Begleitung Betagter zu diversifizieren und die Möglichkeit, eine interkantonale Einrichtung für die spitalexterne Krankenpflege zu schaffen.

---

**Interkantonales Spital der Broysregion (HIB).** Die Annahme der neuen Rechtsstellung durch die Grossen Räte der Kantone Freiburg und Waadt war das prägendste Ereignis des Jahres. Dies hielt den Verwaltungsrat jedoch nicht davon ab, zahlreiche Projekte zu entwickeln und für die Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Anstalten zu sorgen.

**COSAF.** Die Kommission hat zahlreiche Gesuche um Pauschalentschädigungen behandelt und gleichzeitig die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialmedizinischen Akteuren verfolgt.

**Bezirkskommission für Pflegeheime CODEMS.** Die Kommission hat die neue Berechnungsweise der Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime validiert und die ersten Etappen der Umsetzung der Bettenplanung 2010–2025 der Pflegeheime des Broysbezirks begleitet.

#### 7.7.6 Bereiche der FIND

**Informatik.** Das Oberamt verfolgt aufmerksam die Entwicklung von Informatik-Tools und -dienstleistungen, die den Verwaltungen und Privatpersonen zur Verfügung stehen.

#### 7.7.7 Bereiche der RUBD

**Association de la Grande Cariçaie.** Der neue Verband hat seinen Rhythmus gefunden und kann sich nun effizient für die langfristige Erhaltung und die Integrität der Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees einsetzen.

**Paritätische Konsultativkommission für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees.** Die paritätische Kommission hat ein neues Pflichtenheft ausgearbeitet, um infolge der Gründung der Association de la Grande Cariçaie ihre Rolle und die Erwartungen der Kantone Freiburg und Waadt zu präzisieren. Das neue Pflichtenheft wurde den Kantonen zur Zustimmung vorgelegt und die Kommission hat noch keine Antwort erhalten.

**Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf.** Die Kommission begleitet weiterhin die Unterhaltsarbeiten an den Ufern der Kleinen Glane und des Fossé Neuf. Gleichzeitig gilt ihre besondere Aufmerksamkeit dem von den Freiburger Gemeinden St-Aubin und Vallon und den Waadtländer Gemeinden Missy und Vully-les-Lacs entwickelten Revitalisierungsprojekt.

**Interkantonaler Richtplan.** Mit der Annahme der Revision des Raumplanungsgesetzes des Bundes ist die Aussicht auf einen raschen Abschluss des interkantonalen Richtplans der Broys etwas verblasst. Die Kantone haben indes die Notwendigkeit bekräftigt, die Arbeiten fortzuführen. Die Region wird die notwendigen Kräfte mobilisieren mit dem Ziel, den Richtplan im Verlauf des Jahres 2014 öffentlich aufzulegen. Man sollte wohlverstanden mit der Unterstützung der für die Raumplanung zuständigen Direktion des Kantons Freiburg bzw. des Departements des Kantons Waadt rechnen können.

**Öffentlicher Verkehr.** Die Arbeit der Regionalen Gemeinschaft der Broys, der Ämter für Mobilität der Kantone Freiburg und Waadt, der tpf und von Postauto trägt Früchte: Das neue Busnetz der Broys wurde im Herbst in die Vernehmlassung gegeben. Das Projekt wurde gut aufgenommen und ermöglicht nicht nur die Förderung der Umsetzung der RER in der Region, sondern auch die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel als Ganzes.

**Gemeindeübereinkunft für die Entwicklung des strategischen Sektors «Rose de la Broys».** Der runde Tisch zur aktiven Bodenpolitik im Kanton Freiburg verstärkte die Zweifel der Gemeindeübereinkunft an den realen Möglichkeiten, den Sektor «Rose de la Broys» mittelfristig weiterzuentwickeln.

**Fahrende.** Auch wenn sich die Umsetzung eines offiziellen Durchgangsplatzes auf gutem Weg befindet, muss in der Zwischenzeit sichergestellt werden, dass Fahrende unter den bestmöglichen Bedingungen empfangen werden.

**Militärflugplatz Payerne.** Die Kontaktgruppe Militärflugplatz, deren Vorsitz der Oberamtmann des Broysbezirks innehat, hat ihre Überlegungen und den Austausch weitergeführt und namentlich die Genehmigung des militärischen Betriebsreglements begleitet. Der Kauf eines neuen Kampfflugzeugs gab ebenfalls Anlass zu Überlegungen der Kontaktgruppe. Es gilt sicherzustellen, dass dieses neue Flugzeug, das höchstwahrscheinlich in Payerne stationiert wird, auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze generiert.

---

## 7.8 Oberamt des Vivisbachbezirks

Oberamtmann: **Michel Chevalley**

### 7.8.1 Bereiche der EKSD

**Schulgesetz.** So wie es heute vorliegt, löst das neue Schulgesetz bei den Gemeinden, die sich auf 1000 Einwohner belaufen, Bedenken aus. Die Vorstellung, nicht mehr einem Schulkreis zu entsprechen, ist ein erneuter Schlag ins Gesicht der Gemeindeautonomie.

**Obligatorische Schule.** Eine Demografie-Studie zeigt den starken Anstieg der Schülerzahlen auf und gibt wertvolle Angaben zu den unumgänglichen Um- und Anbauarbeiten der Schul- und Sportinfrastrukturen.

Dies gilt sowohl für die Orientierungsschule (30 Millionen Franken müssen investiert werden), als auch für die Primarschulen. Verschiedene Schulkreise müssen die Eröffnung neuer zusätzlicher Schulzimmer in Betracht ziehen.

**Jugendgesetz.** Das Atelier jeunesse, «Tous unis contre la violence» und REPER haben sich zu einer Partnerschaft zusammengeschlossen. Die treibenden Kräfte des Bezirks gruppieren sich rund um das Projekt «Bildungslandschaften Schweiz», das finanziell vom Kanton und der JACOBS Foundation unterstützt wird.

### 7.8.2 Bereiche der SJD

**Polizei.** Die **bürgernahe** Polizei wird zu Recht so genannt. Ihre Arbeit und ihre Präsenz werden von allen geschätzt. Ganz besonders vom Oberamtmann, der für die Sicherheit und öffentliche Ordnung zuständig ist. Denn er kann auf sie zählen, und sie leistet ihm viele Dienste.

Was die **mobile Polizei** betrifft, gilt dasselbe wie überall: Der Bezirk ist der Einbruchswelle nicht entgangen, die durch den Kanton geschwappt ist.

**Feuerwehr.** Die 4 Feuerwehrcorps funktionieren zur allgemeinen Zufriedenheit. Der Feuerwehrstützpunkt übernimmt voll und ganz den Lead. Die einzige Sorge, dafür jedoch eine grosse: Die Rekrutierung, die Ausbildung und die Mobilisierung von Milizionären wird immer schwieriger.

**Bevölkerungsschutz.** Er nimmt Form an, auch wenn dies in der Praxis weniger sichtbar ist als auf den Organigrammen.

**Gaststätten.** Die Situation der nächtlichen Ruhestörungen, die oft in der Stadt angezeigt wurden, hat sich deutlich verbessert. Gewisse Gaststätten ergreifen drastische Massnahmen, um eines Tages ein Patent B+ erhalten zu können. Das erklärt vielleicht die Verbesserung der Nachtruhestörungen.

### 7.8.3 Bereiche der ILFD

**Gemeinden.** Um sich als Gemeinderat zu engagieren, muss man manchmal berufen sein, und ihre Rekrutierung erweist sich als zunehmend schwieriger.

Die Synergien und die Einstellung, die bei den Treffen zwischen den neun Gemeinden und dem Bezirk vorherrscht, sind nach wie vor gut. Die Ammännerkonferenz, die grundsätzlich einmal pro Monat stattfindet, trägt wahrscheinlich viel dazu bei.

Das Oberamt bzw. der Oberamtmann stehen in besonders gutem, praktisch täglichem Kontakt mit den Gemeinden, mit den Mitgliedern der Gemeindebehörden oder mit der Verwaltung. So beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Oberamtmann zahlreiche Fragen, schlagen Lösungen zu den dargelegten Problemen vor, beraten, betreuen ...

**Gemeindezusammenschlüsse.** Es muss eingeräumt werden, dass die Kampagne für die Gemeindefusionen ein Schlag ins Wasser war. Es besteht nicht mehr viel Hoffnung, in dieser Amtsperiode noch etwas Konkretes zu erreichen.

**Der Kleine Rat.** Fünf- oder sechsmal pro Jahr treten der Oberamtmann und die 6 Abgeordneten im Kleinen Rat zusammen. Sie behandeln entweder Themen der kommenden Session oder Themen, die für den Bezirk vielversprechend sind.

---

#### 7.8.4 Bereiche der VWD

**Region Glane-Vivisbach (RGV).** Die wichtigsten Entwicklungsschwerpunkte des Bezirks und der Region werden zweifellos im Führerstand der RGV-Maschine skizziert.

Die RGV befasst sich mit allem, was die Gemeinden gemeinsam machen wollen, abgesehen vom Schulwesen und dem Gesundheitsnetz. Die wichtigsten Dossiers betreffen die Energie, die industrielle Ökologie, die Suche nach Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei der Verwaltung des Gemeindehaushalts, um nur einige Beispiele zu nennen.

**Tourismus.** Auch wenn die Monte-pente de Corbetta SA ihr 75-jähriges Bestehen feiert, so gibt der Tourismus doch nach wie vor Anlass zur Sorge. Es ist äusserst wichtig, dass er einen neuen Aufschwung erfährt und das Angebot diversifiziert wird, insbesondere hin zur Hotellerie, die heute eindeutig ungenügend ist.

Zum Glück sind Ideen vorhanden, die nur noch umgesetzt werden müssen. Sie benötigen aber auch viel Geld und einen gewissen Mut, zumal es heute heikel ist, in Projekte zu investieren, die nicht vollständig sicher sind.

#### 7.8.5 Bereiche der GSD

**freiburger Spital.** Die Schliessung des Standorts Vivisbach wirkt sich natürlich stark auf die Tätigkeit im Jahr 2013 aus. Denn solange kein neuer Projektleiter ernannt war, der die Zügel in die Hand nimmt, musste Reaktionsfähigkeit bewiesen und einige Szenarien entwickelt werden, die es ermöglichten, das Fehlen einer Spitalinfrastruktur zu kompensieren.

Der Entschluss des Staatsrats löste bei den Vivisbachern eine Schockwelle aus, ein sehr unangenehmes Gefühl, Opfer einer Ungleichbehandlung geworden zu sein.

Dieser Donnerschlag am Spitalhimmel hat grosse Sorgen bereitet, die Treffen nach allen Seiten vervielfacht und es nötig gemacht, dass pragmatische Lösungen gefunden werden für die gesundheitlichen Probleme der Einwohner einer ganzen Region.

**Gesundheitsnetz Vivisbach.** Das Gesundheitsnetz Vivisbach wird sich nun um die Infrastruktur und die Schaffung eines medizinischen Zentrums kümmern. Es hat auch die neue öffentlichen Berufsbeistandschaft unter seine Fittiche genommen und arbeitet an der Fusion der gegenwärtig drei Sozialdienste des Bezirks mit.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Die wichtigsten Änderungen bei der Betreuung vor und nach dem Spitalaufenthalt lassen die vom Dienst erfassten Anfragen in die Höhe schnellen. Es handelt sich eindeutig um eine Verlagerung der Kosten, was sich langfristig auch negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken wird.

**Pflegeheime für Betagte.** Die beiden Pflegeheime des Bezirks sorgen für graue Haare bei den Gemeinderäten. Investitionen in der Höhe von rund 40 Millionen Franken werden nötig sein.

#### 7.8.6 Bereiche der FIND

**Gemeindefinanzen.** Das weiter oben erwähnte Wachstum hat zwingend Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und letztendlich aufs Portemonnaie des Steuerzahlers.

Diese finanzielle Sorge wird durch die Tatsache verstärkt, dass der Staatsrat drastische Massnahmen ergriffen hat, die in neun von zehn Fällen die Gemeindefinanzen beeinträchtigen.

**ITA.** Die Dienstleistungen des ITA sind in jeder Hinsicht bemerkenswert. Kompetenz, Freundlichkeit und Schnelligkeit werden sehr geschätzt.

#### 7.8.7 Bereiche der RUBD

**Raumplanung.** Das Raumplanungsgesetz des Bundes, das gelinde gesagt restriktiv ist, vermittelt den Eindruck, eine Bedrohung für jedes Entwicklungsprojekt zu sein.

**Baurecht.** Das neue Baurecht bringt die Arbeit der Gemeinden und Oberämter völlig durcheinander und führt zu bedeutend mehr Arbeit.

**Verkehr.** Die Verkehrskommission der RGV nimmt weiterhin alles unter die Lupe, was den öffentlichen Verkehr und die Feinerschliessung betrifft. Sie arbeitet eng mit den benachbarten Regionen und den Dienstleistungsanbietern zusammen.

**Agglomerationen.** Der Oberamtmann vertritt den Kanton im Agglomerationsprojekt Rivelac und die Region im regionalen Richtplan Oron-Lavaux. Das erste Projekt hat vom Bund eine Absage erhalten, das zweite hat Mühe, eine Linie zu finden, vielleicht weil der neue Bezirk Lavaux-Oron sehr heterogen ist.

## 7.9 Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik)

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
<b>Strafklagen und Strafanzeigen</b>	8399 (8303)	1011 (1142)	2202 (2508)	2914 (2622)	438 (628)	951 (1046)	668 (577)
<b>Vermittlungsversuche</b>	399 (392)	48 (66)	110 (154)	48 (48)	56 (65)	71 (77)	60 (32)
<i>davon erfolgreich</i>	259 (244)	27 (26)	52 (84)	24 (17)	24(41)	23 (33)	37 (27)
<i>davon gescheitert</i>	140 (148)	17 (23)	39 (51)	24 (31)	18 (20)	29 (31)	23 (5)
<b>Strafbefehle</b>	7926 (7840)	946 (1104)	2092 (2354)	2860 (2565)	381 (563)	880 (969)	608 (545)
<i>davon definitiv</i>	7871 (7774)	942 (1070)	2035 (2291)	2824 (2531)	379 (551)	864 (953)	591 (525)
<i>davon mit Einsprache angefochten</i>	55 (66)	15 (16)	57 (63)	36 (34)	2 (12)	16 (16)	17 (20)
<b>Verwaltungsbeschwerden</b>	51 (46)	20 (10)	37 (18)	11 (18)	14 (17)	23 (34)	5 (11)
<b>Baubewilligungen</b>	795 (671)	364 (353)	534 (588)	382 (360)	219 (269)	328 (422)	161 (197)
<i>ausgestellt</i>	688 (643)	360 (349)	512 (571)	320 (334)	211 (262)	317 (412)	161 (192)
<i>verweigert</i>	2 (6)	1 (2)	8 (3)	0 (2)	8 (7)	4 (2)	0 (1)
<i>Annullierung des Baugesuches</i>	5 (5)	3 (2)	14 (14)	3 (14)	0 (0)	7 (8)	0 (4)
<b>Jagdpatente</b>	487 (506)	311 (322)	655 (632)	160 (158)	203 (213)	219 (210)	288 (296)
<b>Fischereipatente</b>	1518 (1695)	1328 (1268)	1901 (2052)	2834 (2491)	285 (252)	712 (756)	220 (201)
<b>Hundehaltungsbewilligung und -steuer</b>	3715 (3851)	2724 (-)	3028 (3050)	2085 (-)	1908 (1870)	1913 (2079)	1415 (1398)
<b>Einsargungen</b>	27 (25)	2 (2)	6 (10)	0 (0)	3 (6)	1 (2)	3 (0)
<b>Verschiedene Bewilligungen</b>	3707 (4033)	912 (1102)	2400 (2821)	1459 (1666)	796 (959)	1199 (1272)	858 (684)
<b>Freiheitsentzug (Vorführungen)</b>	33 (34)	0 (4)	21 (30)	5 (0)	17 (6)	0 (0)	11 (3)
<b>Bewilligungen zur Installation eines Videoüberwachungssystems</b>	13 (9)	7 (0)	7 (0)	1 (0)	3 (1)	3 (2)	3 (-)
<i>erteilt</i>	12 (9)	7 (0)	7 (0)	1 (0)	3 (0)	2 (2)	3 (-)
<i>verweigert</i>	1 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (1)	1 (0)	0 (-)

## 8 Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg

Direktorin: **Geneviève Gassmann**

### 8.1 Tätigkeit und besondere Ereignisse

Den Rhythmus des vergangenen Jahres gaben das 125-Jahre-Jubiläum des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg und das erste schriftliche Zeugnis der Grangia Nova, der Neuen Scheune, vor 750 Jahren vor. Das Jubiläumsjahr wurde von zahlreichen Anlässen begleitet. Anhand von geschichtlichen Hintergründen, aktuellen Präsentationen und Zukunftsperspektiven wurde den Fachpersonen, Laien, Partnern und der breiten Öffentlichkeit an mehreren Veranstaltungen die Bedeutung der Landwirtschaft, des Lebensmittelbereichs und der Hauswirtschaft, der Berufsausbildung und Beratung sowie der angebotenen Dienstleistungen für den Kanton Freiburg in Erinnerung gerufen.

Die Stärkung der Bildungsgänge in den Bereichen Forstwirtschaft und Gartenbau festigt die Rolle des Instituts, und damit des Kantons, für die Naturberufe.

Gleichzeitig war das Jahr gekennzeichnet durch die Einführung neuer Bildungsgänge infolge von Reformen auf Bundesebene und durch die Festigung der bestehenden Ausbildungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, insbesondere der Stationen, haben zahlreiche Stunden für die Vorbereitung, die Koordination des Inkrafttretens der Agrarpolitik 2014-17 gearbeitet. Die sinnvolle und effiziente Begleitung der Berufsleute steht im Zentrum dieser Anstrengungen.

Die Entwicklung und die Führung der Betriebe, einschliesslich der Aussenanlagen des Instituts, werden systematisch überprüft, um daraus wertvolle pädagogische Hilfsmittel im Dienst der Ausbildung und damit der Lehrpersonen und Schüler zu machen.

Das Institut nimmt auch am Projekt zum Umzug der Tätigkeiten von Agroscope Liebefeld teil, für das ein Gebäude am Standort Posieux gebaut werden wird. Für Grangeneuve ist es äusserst wichtig, sich uneingeschränkt an der Schaffung eines eidgenössisch und international anerkannten Kompetenzzentrums in den Bereichen Agrar- und Ernährungswirtschaft zu beteiligen und damit den Bekanntheitsgrad von Grangeneuve zu steigern.

Die Einführung eines Qualitätsmanagements ist ein weiteres aktuelles Projekt, das die Direktion und die Kader des Instituts mobilisiert, und zwar namentlich durch Gruppenarbeiten und Weiterbildungen. Kontinuierliche Aktualisierung des Qualitätssystems, neue Zertifizierung (ISO 22'000), Einführung von Kontrollindikatoren, strategische Überlegungen; das alles sind sowohl komplexe als auch anspruchsvolle Aufgaben, zu denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts ausgebildet werden müssen.

### 8.2 Berufsbildungen

Die Bildungszentren von Grangeneuve, die von der Konsultativkommission und den Bildungskommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 1025 (1057) Schülerinnen und Schüler.

#### 8.2.1 Berufsbildung Naturberufe

	Anzahl Schüler/ Kandidaten
Landwirtschaftliche Lehre (EFZ und EBA)	239 (267)
Forstwartlehre	52 (52)
Gärtnerlehre (EFZ, EBA und Anlehre)	163 (161)
Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausweis	83 (75)
Vorbereitungskurs für das eidg. Diplom	38 (60)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis Sport-	91 (67)



	<b>Anzahl Schüler/ Kandidaten</b>
und Golfrasenspezialisten, Baumpfleagespezialisten, Landschaftsgärtner und Grünpfleagespezialisten, Naturgartenspezialisten, Zierpflanzenkultivateure, Staudengärtner und Baumschulisten	
Vorbereitungskurs für die Teilprüfung Bauführer (Diplom 1. Teil)	13 (15)
Handelsschule (20 Wochen)	15 (6)
Höhere Fachschule für Agrohandel und Agrotechnik	11 (16)

Nach der Reform der Grundausbildung ist es nun an der höheren landwirtschaftlichen Berufsbildung, ihre Reform in Angriff zu nehmen. Der eidgenössische landwirtschaftliche Fachausweis gewinnt an Bedeutung und die Berufsbildung behandelt zusätzlich zu den üblichen technischen Aspekten die Rentabilität und die Vermarktung verschiedener Produkte. Die landwirtschaftliche Meisterprüfung widmet sich ihrerseits vermehrt der Erstellung eines Businessplans. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Lehrerschaft, umso mehr als die Kandidatinnen und Kandidaten das Institut, an dem sie auf die Qualifikationsverfahren vorbereitet werden, selbst auswählen können. Angesichts der Schülerzahlen scheint es, dass sich Grangeneuve mit diesem neuen Berufsbildungsangebot gut positioniert hat.

Die höheren Gärtnerausbildungen entsprechen ebenfalls einem grossen Bedarf. In vier Jahren ist Grangeneuve zur schweizweit grössten Einrichtung für höhere Gärtnerausbildungen geworden. Es trägt damit aktiv zu einer besseren Qualifikation der Fachleute im Bereich der Naturberufe bei.

### 8.2.2 Hauswirtschaftliche, milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Berufsbildungen

	<b>Anzahl Schüler/ Kandidaten</b>
Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft, modulare Ausbildung	25 (36)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis und das eidg. Diplom für Bäuerin	11 (8)
Hauswirtschaftslehre (EFZ und EBA)	79 (84)
Lehre Milchtechnologin/Milchtechnologe (EFZ und EBA)	123 (121)
Lehre Lebensmitteltechnologin/Lebensmitteltechnologe (EFZ und EBA)	42 (48)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis für Milchtechnologen	12 (12)
Vorbereitungskurs für das eidg. Diplom für Milchtechnologen	13 (-)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis für Lebensmitteltechnologen	- (11)
Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie	15 (18)

Es wurden 29 Lehrverträge zwischen dem Verein Freiburger Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker und den Lernenden unterzeichnet.

Die Kurse für Lebensmitteltechnologen haben während der Bildungsreform begonnen. Es mussten neue Lehrmittel erarbeitet und übersetzt werden.

## 8.3 Milchwirtschaft

Der milchwirtschaftliche Beratungsdienst (CASEi) hat seine Tätigkeit bei rund 270 Käsereien und 4000 Milchproduzenten wie bisher wahrgenommen.

Das Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor hat für die gleichen Kunden zahlreiche Analysen vorgenommen. Für seinen Partner Suisselab in Zollikofen hat es die Milchproben aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura gesammelt.

---

## 8.4 Dienstleistungen

Im Folgenden sind die wichtigen Ereignisse des Jahres 2013 für die landwirtschaftlichen Stationen kurz erläutert:

### 8.4.1 Aufhebung der Weisungen über das Ausbringen von Hofdünger

Im Winter 2012/2013 sind die Weisungen des Kantons Freiburg über das Ausbringen von Hofdünger in Kraft getreten. Unter anderem nach der Veröffentlichung des Moduls der Vollzugshilfe für den Umweltschutz in der Landwirtschaft haben die RUBD und die ILFD gemeinsam beschlossen, die Weisungen aufzuheben. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den verschiedenen Dienststellen des Staates (AfU, ILFD, LwA, LIG usw.) ist mehrmals zusammengetreten, um einen Vorschlag auszuarbeiten, der den beiden Direktionen vorgelegt wurde. Die Weisungen wurden im September 2013 aufgehoben.

Im Herbst und Winter 2012/2013 hat Grangeneuve die Fragen der Landwirtinnen und Landwirte beantwortet und sie über die Website von Grangeneuve regelmässig darüber informiert, welche Elemente berücksichtigt werden müssen, um über ein allfälliges Ausbringen von Hofdünger zu entscheiden.

### 8.4.2 FRIBO-Tagung

Am 27. März 2013 fand in Grangeneuve aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des landwirtschaftlichen Bodenbeobachtungsnetzes des Kantons Freiburg (FRIBO) eine Tagung zum Thema Boden statt. Am Vormittag wurden Vorträge gehalten, am Nachmittag fanden verschiedene Workshops statt. Das FRIBO umfasst 250 Standorte auf Freiburger Gebiet, d. h. ein Standort pro 400 ha. Freiburg ist eine der wenigen Regionen Europas, die über Ergebnisse von 25 Jahren Untersuchungen verfügt. Zudem ist es von grossem Interesse, über aufbewahrte Proben zu verfügen, die es ermöglichen, die Analysen jederzeit zu wiederholen.

### 8.4.3 Begleitung der Landwirte im Rahmen der neuen Agrarpolitik 2014-17

2013 war ein Übergangsjahr vor dem Inkrafttreten der neuen Agrarpolitik. In diesem Zusammenhang und um die Landwirte bestmöglich zu informieren haben die landwirtschaftlichen Stationen Ende 2012 zwei Informationsveranstaltungen organisiert, an denen Jacques Bourgeois, Nationalrat und Direktor des Bauernverbandes, als Hauptredner auftrat.

2013 führte Grangeneuve über 50 Informationsveranstaltungen durch, um die Landwirte namentlich zu den Projekten zur ökologischen Vernetzung ÖQV und zur Landschaftsqualität zu informieren. Die landwirtschaftlichen Stationen beteiligen sich an der kantonalen Arbeitsgruppe zur Errichtung des Pfeilers «Landschaftsqualitätsbeiträge».

Im September 2013 führten die landwirtschaftlichen Stationen zwei Thementage «Produzieren!» durch. Dabei wurden rund 400 Teilnehmer in Grangeneuve empfangen.

Im Dezember 2013, nach der Verabschiedung der Verordnungen, haben die Beraterinnen und Berater der landwirtschaftlichen Stationen an verschiedenen Orten 33 Informationsveranstaltungen organisiert. Die landwirtschaftlichen Stationen informieren die Landwirte regelmässig über die Website der Beratung, aber auch anhand des Infoblatts «Terre à Terre».

### 8.4.4 Interne Projekte

Die Neuorganisation des Sekretariats auf Ebene der landwirtschaftlichen Stationen ist abgeschlossen. 2014 wird sie operativ umgesetzt werden.

Die Neuorganisation der landwirtschaftlichen Stationen hat mit einem Kickoff-Meeting am 6. Dezember 2013 offiziell begonnen.

Die Neuorganisation der Versuche hat im Juli 2013 begonnen und wird die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Stationen in der ersten Hälfte 2014 beschäftigen.

## 8.5 Betriebe

Die neue Bezeichnung der Betriebe, wie Schulbauernhof von Grangeneuve, Schulbauernhof von Sorens und Schulgärten von Grangeneuve wurde angenommen.

---

Ein grosser Beitrag wurde für die Vorbereitung der verschiedenen Posten für die Thementage «Produzieren!» geleistet.

Zu den Betrieben gibt es für das Jahr 2013 insbesondere Folgendes zu berichten:

#### 8.5.1 Schulbauernhof von Grangeneuve

- > gute Ergebnisse beim Ackerbau, bei Weizen, Gerste und Triticale bezüglich Züchtung, bei den Kartoffeln bezüglich Konsum und beim Mais bezüglich Grünfütterung und Futterlieferung;
- > kontinuierlicher Anstieg des genetischen Niveaus des Sauenbestands und der Fruchtbarkeitsleistung mit dem Ziel, dass Grangeneuve zu den besten Remonten-Zuchtbetrieben der Schweiz zählt;
- > Beteiligung mehrerer Mitarbeitenden am logistischen Erfolg der European Championship in Freiburg;
- > Verkauf von elf Kühen und drei Zuchtstieren von sehr guter genetischer Qualität zu Preisen über dem aktuellen Durchschnitt;
- > Integration der Werkstatt in den Schulbauernhof;
- > Bildung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe für die Überwachung der Weide auf dem Schulbauernhof von Grangeneuve, um die Weidepraxis besser verstehen und optimieren zu können;
- > seit 2012 aktive Teilnahme im Rahmen des Vernetzungsprojekts nach ÖQV Bas-Gibloux und Umgebung;
- > konsequente und effizientere Verwaltung der Weiden auf dem Schulbauernhof;
- > Sanierung des Rohrleitungsnetzes für Hofdünger;
- > Installation einer Entmistungsanlage auf einer Seite im Schulbauernhof, um die Arbeit deutlich weniger anstrengend zu machen.

#### 8.5.2 Schulbauernhof von Sorens

- > Trotz besonders schwieriger Weideverhältnisse weiterhin Bereitstellung von verlässlichen und relevanten Daten zum Abschluss der Versuche, die für Agroscope Liebefeld-Posieux auf dem Schulbauernhof durchgeführt werden;
- > Weiterführung des ersten Kurses FBA Hirsche (fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung) für Hirschhalter in der Westschweiz durch mehrere Mitarbeiter mit der Absicht, die Hirschzucht auf dem Schulbauernhof für die Ausbildung aber auch für die Lieferung von Remonten und die praktische Mentortätigkeiten für die neuen Züchter zu profilieren.

#### 8.5.3 Schulgärten und Le Magasin

- > Lagerung und Vermarktung der Staatsweine in enger Zusammenarbeit mit dem Verwalter und seinem Adjunkten, die der ILFD direkt unterstellt sind;
- > Renovierung der Räumlichkeiten für die Zubereitung von Gemüse in der Nähe des Magasins und Anpassung an die Normen.

#### 8.5.4 Betriebe allgemein

- > aktive und konstruktive Teilnahme zahlreicher Mitarbeitenden und aller Lernenden der Betriebe am Auftritt von Grangeneuve und der Animation am Stand während einer Woche im Fribourg Centre im Rahmen des 125. Jubiläums von Grangeneuve;
- > Fortführung der Aktualisierung von Elementen für die Betriebssicherheit auf den Schulbauernhöfen;
- > sehr rege Nutzung der beiden Schulbauernhöfe für zahlreiche landwirtschaftliche und gartenbauliche überbetriebliche Kurse, interdisziplinäre Tage sowie alle Qualifikationsverfahren (Prüfungen EFZ Landwirtschaft);
- > Austausch zahlreicher Parzellen mit Agroscope Liebefeld-Posieux, Haras vor allem zugunsten der Forschung;
- > ISO-22 000-Zertifizierung für die Lernwerkstätten.

## 9 Nutztiersicherungsanstalt (Sanima)

Verwalter: **Hubert Jungo**

SANIMA ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist administrativ der ILFD zugewiesen. SANIMA ist beauftragt:

- > die Nutztiere entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und gemäss den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersicherung zu versichern;
- > die Aufgaben wahrzunehmen, die ihr durch das Ausführungsgesetz vom 22. Mai 1997 zur Bundesgesetzgebung über die Entsorgung tierischer Abfälle übertragen werden.

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommission der SANIMA. Es wird auf den besagten Bericht verwiesen.

## 10 Personalbestand

Behörden – Direktionen Finanzstellen		Rechnung 2013 VZÄ	Rechnung 2012 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft</b>		<b>438.98</b>	<b>428.69</b>	<b>10.29</b>
<i>Zentralverwaltung</i>		<i>251.88</i>	<i>243.72</i>	<i>8.16</i>
3400 / ICAS	Generalsekretariat	12.24	11.07	1.17
3405 / ETCI	Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	26.75	27.45	-0.70
3410 / PREF	Oberämter	39.27	38.47	0.80
3415 / DECO	Amt für Gemeinden	7.90	7.91	-0.01
3425 / AGRI	Amt für Landwirtschaft	23.40	23.15	0.25
3430 / OVET	Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	81.28	76.59	4.69
3445 / SFOR	Amt für Wald, Wild und Fischerei	60.28	58.32	1.96
3460 / VILA	Weinberge Lavaux	0.76	0.76	
<i>Besondere Sektoren, sonstige Anstalten</i>		<i>187.10</i>	<i>184.97</i>	<i>2.13</i>
3440 / IAGR	Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	169.25	166.29	2.96
3445 / SFOR	Amt für Wald, Wild und Fischerei	16.61	17.44	-0.83
3461 / VIVU	Weinberge Vully	1.24	1.24	